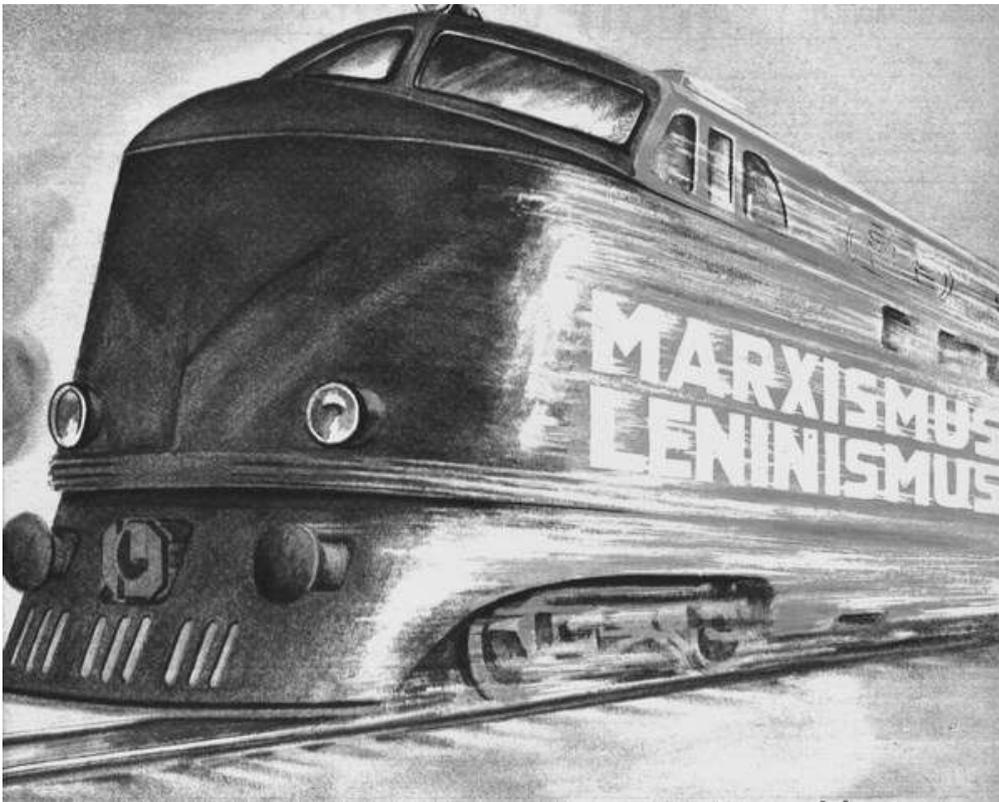


1968 – 2008

KPD/ML - KPD



KPD/ Marxisten-Leninisten

www.kpd-ml.org - kontakt@kpd-ml.org

PF: 351102 39034 Magdeburg



ROTER

Zentralorgan der
Kommunistischen Partei
Deutschlands, Marxisten-Leninisten

MORGEN

3. Jg. Dez. 68/Jan. 69 50 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !

Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten gegründet

Am 31. Dezember 1968 konstituierte sich in Hamburg am 50. Jahrestag der Gründung der KPD durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

Angesichts der revisionistischen und unterwürfigen Politik der DKP/KPD gegenüber der Monopolbourgeoisie hatten sich überall in Deutschland die bewußten revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft und der Intelligenz zusammengefunden, um getreu der Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung den revolutionären Befreiungskampf des Proletariats fortzusetzen, den die Revisionisten in Ost und West verraten haben. Sie waren sich bewußt, daß nur eine konsequente revolutionäre Partei den monopolkapitalistischen Staatsapparat

zerschlagen und dessen reformistischen und revisionistischen Handlungen Einhalt gebieten kann.

33 Delegierte aus allen Teilen Westdeutschlands und Westberlins berieten auf dem Gründungsparteitag über die nach Diskussion in den einzelnen Gruppen vorgelegten Papiere: Erklärung zur Gründung der KPD/ML, Statut und Richtlinien für die einzelnen Kommissionen. Nach lebhafter Aussprache wurden die Entwürfe geringfügig geändert angenommen. Im Anschluß daran wählte der Parteitag die einzelnen Organe der Partei. Die KPD/ML, legitime Nachfolgerin der revolutionären Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns, war damit gegründet.

Erklärung zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Wie die Geschichte der Menschheit zeigt, führten stets die hart vor ihrem Untergang stehenden reaktionären Kräfte einen letzten Verzweiflungskampf gegen die revolutionären Kräfte, und es liesen sich wiederholt manche Revolutionäre eine Zeitlang dadurch irreführen, daß der innerlich Schwache äußerlich stark erscheint, und sie erkannten nicht das Wesen der Sache, daß nämlich der Feind seiner Vernichtung, sie selbst aber ihrem Triumph entgegengehen (Mao Tse-tung).

Die Errichtung und der Aufbau des Sozialismus in der DDR in den 50er Jahren erfolgten unter schwierigen Bedingungen. Obwohl die Arbeiterklasse sich nicht zum revolutionären Kampf erhoben hatte, obwohl es der KPD nicht gelungen war, sie im Geiste der proletarischen Revolution zusammenzuschweißen, ermöglichte es die Zerschlagung des Faschismus und damit des imperialistischen Staatsapparates durch die Rote Armee und deren Anwesenheit in der sowjetischen Besatzungszone, daß dort binnen kurzer Zeit die Macht vom Volk unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei ausgeübt wurde.

Das bedeutete aber auch, daß die Arbeiterklasse, die Massen sich nicht selbst im bewaffneten Kampf, in der gewaltsamen sozialistischen Revolution von ihren Ausbeutern und Unterdrückern befreit hatten, daß ihnen der Sozialismus sozusagen „geschenkt“ wurde. Das bedeutete, daß die Partei nicht so kampfgestählt und ihre Verbindung mit den Massen nicht so eng war, wie es nach einem langwierigen, erfolgreichen Kampf um die Macht unter ihrer Führung der Fall gewesen wäre.

Der faschistische Terror hatte große Lücken in die Reihen der KPD gerissen; gerade seine zielklarsten, Erprobtesten und tapfersten Führer hatte das Proletariat verloren. Diejenigen, die nach über einem Jahrzehnt aus der Emigration zurückkehrten, hatten oftmals die Verbindung zu ihrem Volk verloren und mußten sofort Funktionen übernehmen, bei denen ebenfalls die Gefahr bestand, sich von den Massen zu isolieren. Hinzu kamen die Resignation und abwartende Haltung großer Teile des Volkes nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und der negative ideologische Einfluß von Millionen kleinbürgerlich-bäuerlicher Umsiedler, die durch ungenügende Aufklärungsarbeit und Fehler in der Siedlungspolitik gegen die Potsdamer Beschlüsse eingestellt und darüber hinaus antikommunistisch verhetzt waren.

Von Westdeutschland und Westberlin aus versuchten die Imperialisten pausenlos und mit allen Mitteln, die Bevölkerung der DDR gegen die Kommunisten, die Diktatur des Proletariats und die Rote Armee aufzuhetzen. Ihre Agenten verübten Sabotage, ermordeten Kommunisten, warben bürgerliche Spezialisten und Funktionäre ab und betrieben eine hemmungslose demagogische Propaganda. Durch die Spaltung Deutschlands waren viele Lebensadern der ostdeutschen Wirtschaft zerschnitten, ihr fehlte das natürlich gewachsene Hinterland.

Aber all diese Schwierigkeiten konnten überwunden werden, der wütende Widerstand der Bourgeoisie gebrochen, der Sozialismus siegreich aufgebaut werden, wenn es gelang, die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse, ihr festes Bündnis mit den anderen Teilen des werktätigen Volkes herzustellen, wenn es gelang, die breiten werktätigen Massen für die Ziele der Arbeiterklasse zu gewinnen und zu mobilisieren. Die ausschlaggebende Bedingung dafür aber ist in jedem Fall die stählerne Kampfeinheit zwischen dem Proletariat und seiner Partei. Das Wesen der Partei, ihr Festhalten am Marxismus-Leninismus, am Weg des Sozialismus und Kommunismus, war die entscheidende Frage, die Lebensfrage des Sozialismus in der DDR.

Die Vereinigung der KPD mit der SPD in Ostdeutschland zur SED führte zwar dazu, daß die durch den revisionistischen Verrat der SPD hervorgerufene Spaltung der deutschen Arbeiterklasse weitgehend überwunden, daß die SPD als Partei liquidiert wurde, aber sie hatte auch schwerwiegende negative Aspekte: Durch den ungenügenden ideologischen Kampf vor dem Zusammenschluss, durch die nicht vollzogene Kennzeichnung und Verurteilung der Verratspolitik der SPD seit 1914, durch die teilweise Aufgabe marxistisch-leninistischer Prinzipien wurden unzulässige Kompromisse gegenüber der Sozialdemokratie gemacht. So drang mit der Vereinigung auch der Sozialdemokratismus in die Partei ein.

Um diese gefährlichen Erscheinungen zu überwinden, drängen die Marxisten-Leninisten in der Partei darauf, die Partei vorrangig ideologisch aufzubauen. 1948/49 wurde eine Kampagne zur Bolschewisierung der SED durchgeführt, um sie zu einer wirklich leninistischen Partei neuen Typus zu machen. Es wurden Maßnahmen ergriffen zur Verbesserung der ideologischen Erziehung und Schulung, gegen das Eindringen klassenfremder Elemente in die Partei, zur vorrangigen Ausrichtung auf die Betriebe, zur Entfaltung der Massenlinie.

Doch die revisionistischen und sozialdemokratischen Elemente in der Parteiführung taten auf der anderen Seite alles, um die Bolschewisierung der SED zu verhindern. Sie sabotierten die konsequente Durchführung der Maßnahmen. Stattdessen verstärkten sie ihre Versuche, die Partei auf den kapitalistischen Weg zu zerren. Durch eine unbolschewistische Aufnahmepolitik begünstigten sie das Eindringen vieler karrieristischer und korrupter Elemente in die Partei, die die Partei nicht nur zersetzten, sondern auch ihrem Ansehen unter den Massen größten Schaden zufügten.

Am 17. Juni 1953 wurde sichtbar, daß sich die Kluft zwischen Partei und Regierung einerseits und den werktätigen Massen andererseits vergrößert hatte. Der 17. Juni war zwar, wie aus seiner Durchführung, seinen Zielen und seiner Planmäßigkeit eindeutig hervorging, ein von den Imperialisten und ihren Agenten gelenkter konterrevolutionärer Putschversuch. Aber er hätte niemals seine relative Breite auch im Proletariat erreichen können, wenn er nicht auf die Unzufriedenheit großer Teile der Werktätigen gestoßen wäre, die sahen, daß, während sie aufopferungsvoll, unter Entbehrungen und voller Elan den Sozialismus aufgebaut hatten, sich eine neue bevorzugte Schicht herausgebildet hatte. Ein Teil der höheren Partei- und Staatsfunktionäre, bürgerliche Spezialisten und Intellektuelle genossen zunehmende Privilegien, während für das werktätige Volk die Normen erhöht wurden.

Gegen den Widerstand der Marxisten-Leninisten in der SED, die nach dem 17. Juni verstärkt forderten, Kritik und Selbstkritik zu entfalten, das Steuer herumzureißen und die Volksmassen gegen den Imperialismus und für die Verteidigung des Sozialismus zu mobilisieren, hielt die Ulbricht-Clique am revisionistischen Kurs fest, administrierte und dekreditierte weiter, blockte berechnete Kritik von unten ab. Die hohen Lohnunterschiede wurden nicht abgebaut, sondern vergrößert, die Politik des materiellen Anreizes verstärkt, Bürokratie und Korruption wurden nicht nur weiterhin geduldet, sondern dehnten sich aus. Krasser Ausdruck dieser Politik war die Erklärung der Ulbricht-Administration nach dem 17. Juni, „das Volk habe das Vertrauen der Regierung verloren“.

Der konterrevolutionäre Putsch der Chruschtschow-Clique 1956 in der Sowjetunion beschleunigte auch die Entartung in der DDR. Jetzt kamen die vorher noch versteckten revisionistischen Tendenzen an die Oberfläche. Ulbricht übernahm voll und ganz die konterrevolutionären Thesen des Chruschtschow-Revisionismus. Wie Chruschtschow propagierte Ulbricht die Theorie des "friedlichen Wettbewerbs", das wirtschaftliche Ein- und Überholen der Bundesrepublik in wenigen Jahren, die Theorie der Produktivkräfte, nach der nicht der Klassenkampf, sondern nur die Steigerung der Produktion durch technischen Fortschritt das Hauptkettenglied beim Aufbau des Sozialismus sein soll. Wie Chruschtschow propagierte Ulbricht den Gulaschkommunismus, nach dem nicht die Frage, welche Klasse die Diktatur ausübt, sondern nur die Menge der zur individuellen Konsumtion zur Verfügung stehenden Waren das entscheidende Kriterium für die sozialistische Entwicklung sein soll usw.

Gestützt auf die sowjetischen Truppen in der DDR, unter Ausschaltung aller ehrlichen, revolutionären Kommunisten und ihrer Ersetzung durch bürgerliche Technokraten, Spezialisten und Intellektuelle in Partei- und Staatsapparat, setzte die Ulbricht-Clique planmäßig die revisionistische Linie durch. Ende der fünfziger Jahre verschärften sich die Widersprüche in der DDR. Das Wachstum der Produktion von Industrie und Landwirtschaft ging drastisch zurück. Zu Zigtausenden verließen Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre von diesem „Sozialismus“ enttäuschte und von der Propaganda aus dem „goldenen Westen“ getäuschte Menschen die DDR. Darunter viele, die sich in den Aufbaujahren begeistert für ihren neuen sozialistischen Staat eingesetzt hatten.

Als die Massenfluchtbewegung, angeheizt durch die westdeutsche Bourgeoisie, monatlich die Hunderttausend erreichte, schloss die Ulbricht-Regierung die Grenze zu Westberlin und der Bundesrepublik hermetisch ab. Nicht, um – wie es hieß - das Eindringen von Agenten und Schiebern zu verhindern (Schiebereien großen Ausmaßes an der offenen Grenze zu Ostberlin hatte es schon über zehn Jahre gegeben) oder einen Krieg zu verhindern, sondern um den Staatsbankrott, der durch die Flucht von Millionen Werktätiger drohte, abzuwenden. Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 war ein Ausdruck der Entartung der DDR und ein Beweis für die brutale Unterdrückung des werktätigen Volkes.



ERRI POPULLIT

Dezember 1961

Sonderausgabe
für die Genossen in der
Deutschen
Demokratischen Republik

ORGAN DES ZK DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS

„Brutale Verletzung des Prinzips der Gleichheit und Unabhängigkeit der marxistisch-leninistischen Parteien“

Aus der Rede des Genossen Enver Hoxha zum 20. Jahrestag
der Gründung der Partei der Arbeit Albanien

„Unsere geheiligte Freundschaft mit den zukünftigen Brüdern vom
Sowjetunion... werden wir wie unseren Augapfel bewahren, wie
die allzeitbarste Sache. Diese Freundschaft ist in der Vergangenheit
und wird in der Zukunft nicht zurückgenommen werden — weder durch die Ma-
növer der Imperialisten noch durch die Intrigen der Renegatenbande
Thos noch durch die Verleumdungen, Erpressungen und die Blockade
Wlita Chruschtschows. In der Außenpolitik ist unsere Partei und unsere
Regierung immer an der Seite der anderen sozialistischen Länder mar-
schiert in der Beförderung, den Frieden in der Welt gesamtzuhalten
und zu konsolidieren. Sie hat auch immer die Generallinie der Außen-
politik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zur Regelung
der wichtigsten internationalen Probleme gebilligt und unterstützt. Und
diese Außenpolitik der Volksrepublik Albanien hat immer die volle
Zustimmung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder erhal-
ten, die sie immer als eine richtige Politik im Hinblick auf unser gemein-
sames Ziel anerkennen haben.“

versierter Thesen des XX. Parteitag
des KPdSU stimmt unsere Par-
tei nicht mit der sozialistischen
Königreich überein, wie es auch ge-
genwärtig nicht mit einigen sozia-
listischen Ländern des KPdSU regiert
und auch mit dem neuen Partei-
programm der KPdSU überein-
stimmt. Entsprechend den sozial-
istischen Prinzipien, die zwischen
den marxistischen Parteien maß-
geblich sind, konnte die Beschlus-
sungen des Parteitag einer Partei, so
wichtig diese auch sei, und so
groß auch die Partei eines Lan-
des sein, allein maßgeblich für ihre
einigen Mitglieder sein. Der Ver-
bot, die Entscheidungen eines
Parteitages für alle anderen

Von Genossen zu Genossen

Wir albanischen Kommunisten
werden uns nicht in der Absicht
an die Genossen der Deutschen
Demokratischen Republik, um die
inneren Verhältnisse der DDR
und der SED unter der Führung des
Genossen Walter Ulbricht ein-
zusetzen. Natürlich wäre es uns
lieber, wenn sich die kampfer-
probte Partei der deutschen Ar-
beiterklasse in der notwendigen
Auseinandersetzung nicht auf die
Seite der opportunistischen Chru-
schtschow-Clique schlugen, son-
dern an der konsequenten Zurück-
weisung und Liquidierung aller
Versuche teilzunehmen würden, die

Albanische Genossen unterstützten die Genossen in der DDR, um ihnen das ganze Ausmaß des Verrats der Chruschtschow-Revisionisten aufzuzeigen.

Parallel zur Entartung der SED lief die der KPD in der Bundesrepublik und der SEW in Westberlin. Ohne Zweifel war die Kommunistische Partei Deutschlands nach 1945 bis weit in die 50er Jahre hinein die revolutionäre Vorhutpartei des westdeutschen Proletariats. Auch nachdem ihre revisionistische Entartung nach 1956 zur Hauptseite wurde, behielt sie noch für längere Zeit ihren proletarischen Charakter.

Sofort nach dem XX. Parteitag der KPdSU, Anfang 1956, wurde der „friedliche Übergang“ zum Sozialismus zur Generallinie erklärt und der Kampf an allen Fronten in pazifistische und reformistische Bahnen gelenkt. Die Lösung vom revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes wurde öffentlich als falsch zurückgenommen. Infolge ihres Legalismus traf die Partei das Verbot am 17. August 1956 trotz des langen Prozesses völlig unvorbereitet. Der Machtantritt des Revisionismus auch in der DDR verwandelte das enge Kampfbündnis von KPD und SED in ein Verhältnis der völligen politischen und materiellen Abhängigkeit und beschleunigte den Prozess der revisionistischen Entartung der KPD.

Der XX. Parteitag der KPdSU hatte all jenen Kräften in der kommunistischen Bewegung Auftrieb gegeben, die noch schneller als ihr Herr und Meister Chruschtschow bereit waren, den Marxismus-Leninismus über Bord zu werfen. Das führte zu den bekannten Ereignissen in Polen und Ungarn. In der DDR war es die Harich-Gruppe, die auch in der KPD über nicht wenige Anhänger verfügte, die mit einer konterrevolutionären Plattform in Erscheinung trat, in der unter anderem die Auffassung vertreten wurde, daß der Sieg des Sozialismus in Westdeutschland nur auf friedlichem Wege und nur durch die SPD verwirklicht werden könne, daß die Thesen des Marxismus-Leninismus erweitert werden müssten durch die Erkenntnisse Trotzki's, Bucharins und Kautskys.

Diese Positionen waren es, gegen die viele einfache Genossen der KPD den Kampf aufnahmen. Dabei aber übersahen sie infolge mangelnder ideologischer Reife, daß es ihre eigene Parteiführung war, die durch ihre revisionistischen Auffassungen den Boden für diese konterrevolutionäre Linie bereitet hatte. Außerdem führten sie einen harten Kampf gegen das mit dem Parteiverbot einsetzende

Liquidatorentum. Zu Tausenden und Abertausenden verließen Mitglieder die Partei, zur Hauptsache, weil sie die Schwierigkeiten des illegalen Kampfes, die damit verbundenen Gefahren und Opfer scheuten. All jene Kleinbürger und Arbeiteraristokraten, die zur Zeit der Legalität in die Partei eingetreten waren, weil sie sich eine Karriere erhofft hatten, kehrten ins bürgerliche Leben zurück.

Für die Verhältnisse in Westdeutschland/West-Berlin kamen erschwerend die Bedingungen der Illegalität hinzu, die verhinderten, daß die Genossen der Parteibasis überhaupt mit den Fakten und Hintergründen der Auseinandersetzungen zwischen Marxisten-Leninisten und den modernen Revisionisten in der internationalen kommunistischen Weltbewegung bekannt wurden. Um offen auftreten und öffentlich die ideologische Plattform und politische Linie der Chruschtschowrevisionisten anprangern zu können, mussten in erster Linie eine feste marxistisch-leninistische Überzeugung, gründliche Kenntnisse über den Verlauf der Dinge und große ideologisch-theoretische Fähigkeiten vorhanden sein, um die Ereignisse und Erscheinungen der Zeit wissenschaftlich analysieren und die Perspektive klar erkennen zu können.

Der Parteivorstand der KPD saß in Ostberlin. Er, wie auch die leitenden Genossen in Westdeutschland, waren ideologisch, politisch und finanziell völlig abhängig von der Parteiführung, dem Politbüro der SED, das ihnen Anweisungen erteilte. Die revisionistische Parteiführung benutzte die Illegalität als Vorwand, die Reste des demokratischen Zentralismus und der ideologischen Auseinandersetzung zu unterdrücken, Marxisten-Leninisten isoliert und ausgeschlossen. Jede Opposition wurde als Machenschaft des Verfassungsschutzes bezeichnet.

So entartete die KPD im Laufe der 60er Jahre immer mehr zu einer bürgerlichen Partei revisionistischen, sozialdemokratischen Typus. Sie beschränkte ihre Aktivitäten auf den Kampf um Reformen, gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen die Notstandsgesetze, für die Aufhebung des KPD-Verbotes und pazifistische Friedensumzüge wie die Ostermärsche. Konzentrierter Ausdruck ihres Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse, an der sozialistischen Revolution, war der im Februar 1968 vom ZK der KPD veröffentlichte Programmentwurf, der praktisch alle „Auslagestücke“ des modernen Revisionismus von den so genannten „Strukturreformen“, des „Parlaments als Organ des Volkswillens“ und den verräterischen Phrasen vom „friedlichen demokratischen (!) Weg“, von der Erringung einer „fortschrittlichen, sozialistischen Mehrheit im Parlament“ enthielt.

Bereits in einer Sonderausgabe des „Freien Volks“ (Zentralorgan der KPD) vom August 1966 zum zehnjährigen Parteiverbot hatte es in einer Reimann-Rede geheißt:

„Die Zeit ist gekommen . . . Die Arbeiterklasse muss den Monopolen und der Regierung eine eigene Wirtschaftspolitik entgegensetzen. Vollbeschäftigung, Währungsstabilität zu sichern, die Aufgaben der technischen Revolution zu meistern, das erfordert, die Alleinherrschaft der Monopole einzuschränken und den Gewerkschaften jede Unterstützung zu gewähren in ihrem Kampf um die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts.“

So viele Sätze, so viel Lügen. Wie sollte denn die Arbeiterklasse den Monopolen und ihrer Regierung eine eigene Wirtschaftspolitik entgegensetzen, ohne sie zu zerschlagen, zu entmachten? Wie sichert man Vollbeschäftigung und Währungsstabilität, ohne den Kapitalismus zu Grabe zu tragen? Und was die Einschränkung der Alleinherrschaft der Monopole mittels der Mitbestimmung betrifft, so heißt das nichts anderes als: lasst uns ran an die Futterkrippen des Kapitals. Aber auch dort, wo die KPD noch vom Sozialismus sprach, wie im 1968er Programmentwurf, zeigte sich unverhüllt der Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. So hieß es:

„In einer sozialistischen Ordnung der Bundesrepublik wird das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens werden, das auf dem Mehrparteiensystem beruht ... Eine parlamentarische Minderheit, die die Verfassung und die vom Parlament beschlossenen Gesetze einhält, wird ihre Rechte wahrnehmen können.“

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie honorierte dieses Wohlverhalten der KPD bereits ein halbes Jahr später durch ihre Parteizulassung unter dem Namen „Deutsche Kommunistische Partei“, DKP. Neben der im Zuge der „neuen Ostpolitik“ des westdeutschen Imperialismus von der Kreml-Führung

gestellten Forderung auf Zulassung einer kommunistischen Partei und dem Streben, die eigene „demokratische“ Fassade aufzupolieren, war für die Bourgeoisie maßgebend die Hoffnung, sich mit der DKP eine sich kommunistisch nennende Partei zu schaffen, die in der Lage sein würde, die zu erwartende wachsende Unzufriedenheit und revolutionäre Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse in für sie ungefährliche Bahnen zu lenken.

Die revisionistische KPD-Führung wurde bei ihren Absprachen mit dem Bonner Innenministerium davon überzeugt, daß die Neugründung der DKP für das westdeutsche Finanzkapital günstiger sei als die Wiederzulassung der inzwischen entarteten KPD, was die Revisionistenführer zunächst anstrebten. Denn so konnte das KPD-Verbot geschickt umgangen werden. Die Bourgeoisie brauchte dieses Gesetz auf die DKP nicht anzuwenden; sonst wäre klarer geworden, daß die DKP alle revolutionären Ziele der alten KPD, wie sie noch im Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands von 1952 enthalten waren, über Bord geworfen hatte. Die DKP war damit die erste sich kommunistisch nennende Partei, die ihre Existenz einer Absprache mit der Bourgeoisie verdankte - was klar ihre Rolle als deren Agentur im Lager der Arbeiterklasse beweist.

Die revisionistische Entartung von KPD und SED war mit ein Faktor dafür, daß dem westdeutschen Imperialismus seine relative Stabilisierung gelang. In der Zeit vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zu Mitte der 50er Jahre hatte sich Westdeutschland in quasi-kolonialer Abhängigkeit vom USA-Imperialismus befunden. Weil die USA an der Stärkung Westdeutschlands als Bollwerk und Aufmarschgebiet gegen die sozialistischen Länder interessiert waren, setzten sie durch, daß die westdeutschen Imperialisten nach und nach von allen Einschränkungen (zum Beispiel Entflechtung der Monopole, Verbot der Rüstungsindustrie etc.) befreit wurden. Die alten Monopolvereinigungen wurden nicht nur völlig wiederhergestellt, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals überstieg sogar die aus der Zeit des Faschismus.

Die völlige Unterdrückung aller Nachrichten über das wirkliche Wesen der Auseinandersetzungen in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ab dem Jahre 1960 erschwerte den Genossen der KPD die Aufnahme des Kampfes gegen den Verrat der Parteiführung. Erst ab dem Jahre 1963, als es anlässlich des Parteitages der SED, auf dem auch eine Delegation der KPD anwesend war, zu offenen Angriffen auf den chinesischen Vertreter kam, traten auch in der KPD vereinzelt Genossen gegen den revisionistischen Kurs der Parteiführung auf. Sie wurden schnell isoliert.

Erst mit dem Erscheinen albanischer und chinesischer Schriften in deutscher Sprache ab 1963, die über die Differenzen und den Kampf gegen den modernen Revisionismus berichteten, vor allem der „Polemik über die Generallinie“ im Jahre 1963, deren Verbreitung vereinzelt Gruppen - vor allem aber die österreichischen Marxisten-Leninisten direkt oder über Sympathisanten - in Westdeutschland übernahmen änderte sich die Lage. Es entstanden unabhängig voneinander außerhalb der Partei kleine Gruppen, die aber keinen Versuch unternahmten, miteinander in Verbindung zu treten oder die marxistisch-leninistische Partei wieder aufzubauen.

Die erste korrekte Gruppe in der Bundesrepublik war die der Marxisten-Leninisten Nordrhein-Westfalens, die ab Ende 1966 mit Hilfe der österreichischen Marxisten-Leninisten in unregelmäßiger Folge die Zeitschrift „Spartakus“ herausgab. Die Initiative ging dabei von einem einzelnen Genossen aus, der früher Mitglied und Funktionär der KPD war und der später bei der Gründung der KPD/ML bei der Ausarbeitung von Statut und Grundsatzklärung einen wichtigen Beitrag leistete.

Auch mit ihrer im September/Oktober 1967 im österreichischen „Rote-Fahne“-Verlag erschienenen Broschüre „Probleme der Marxisten-Leninisten in der BRD“ halfen sie, politisch und ideologisch die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML vorzubereiten. Aber die Zeitschrift „Spartakus“ erschien illegal in einer minimalen Auflage und erreichte es nicht, die verstreuten und voneinander isolierten Marxisten-Leninisten zu vereinen, da die meisten zunächst gar nichts von dieser Gruppe wussten.

In dieser Situation war es die Gruppe der Hamburger Marxisten-Leninisten, die auf Initiative des Genossen Ernst Aust im Juli 1967 die erste Nummer des „Roten Morgen“ herausgab mit dem Ziel,

eine überregionale Zeitung zu schaffen, die als kollektiver Propagandist, Agitator und nicht zuletzt Organisator sich die Aufgabe stellte, im Kampf gegen den modernen Revisionismus eine neue gemeinsame Plattform aller damaligen marxistisch-leninistischen Kräfte zu schaffen.

Die Versuche der westdeutschen Monopolbourgeoisie, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen dadurch zu unterdrücken, daß sie sie auf die Dauer ihrer revolutionären Vorhut, der marxistisch-leninistischen Partei, beraubte, scheiterten.

Im unversöhnlichen Kampf gegen den modernen Revisionismus und andere Strömungen des Opportunismus gründete sich um die Jahreswende 1968/69 in Hamburg für Deutschland die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, die KPD/ML, um das Banner der revolutionären Arbeiterbewegung aus dem Staub zu reißen, in den es die modernen Revisionisten getreten hatten.

Anlaß für diesen Schritt des öffentlichen Auftretens - hatte man doch vorher schon innerhalb der Partei versucht, den Kampf zu führen - war unter anderem eine Broschüre der albanischen Genossen „Die von Breschnew vorgeschlagene Beratung der ‚Kommunistischen Parteien‘ - ein weiteres Komplott der chruschtschowschen Revisionisten gegen den Marxismus-Leninismus und die Revolution“, die 1967 erschien. Darin hieß es unter anderem:

„Jetzt ist es an der Zeit, eine klare Demarkationslinie mit den modernen Revisionisten aller Schattierungen zu ziehen. Es gibt keine einzige Hoffnung mehr, daß die revisionistischen Verräter auf den richtigen Weg zurückkehren ... Unsere Partei hat öffentlich erklärt, daß heute auf der Tagesordnung als aktuelles Problem nicht die Versöhnung und die Einheit mit den Revisionisten, sondern die Loslösung und endgültige Trennung von ihnen steht.“

In diesem Sinne hieß es in der Ausgabe Nr. 1 des „Roten Morgens“ unter der Überschrift „Erklärung der Marxisten-Leninisten der Kommunistischen Partei Deutschlands“:

„Angesichts des 50. Jahres der großen Sozialistischen Oktoberrevolution, angesichts der ruhmreichen Verdienste Lenins um die Befreiung der Menschheit, angesichts unserer Liebe zum Sowjetvolk, verurteilen wir aufs schärfste den schamlosen, ungeheuerlichen Verrat, den die Kossygin-Breschnew-Clique an den Völkern der Sowjetunion, an dem gesamten internationalen Proletariat und den um ihre Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus kämpfenden Völkern der Welt, begeht.“



Der „Rote Morgen“ erschien zunächst geheim, als Zeitschrift der KPD Marxisten-Leninisten, also innerhalb der Partei. Natürlich konnte er so seine Rolle als kollektiver Organisator nur beschränkt erfüllen. Es kam zu einem Beschluss, den Bruch mit der Partei offen zu vollziehen und ab November 1967 den „Roten Morgen“ unter der Verantwortung des Genossen Ernst Aust offen erscheinen zu lassen. Bis zur Gründung der Partei hieß der „Rote Morgen“ dann „Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift“.



Im Lokal Ellerneck fand der Gründungsparteitag der KPD/ML statt

Am 31. Dezember 1968, am 50. Jahrestag der Gründung der KPD durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, trafen sich 33 ordentliche und Gastdelegierte zum Gründungsparteitag in Hamburg. Sie verabschiedeten Statut, die Gründungserklärung und wählten das erste Zentralkomitee. Damit hatte die deutsche Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin wieder ihre revolutionäre, kommunistische Vorhutpartei, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten Leninisten, die KPD/ML. Der „Rote Morgen“, der seine Auflage von Juli 1967 von 400 auf 1.000 zum Zeitpunkt der Gründung steigern konnte, wurde das Zentralorgan der Partei.

Die Gründung der KPD/ML war ein Ereignis von großer Bedeutung. Damit wurde die historisch notwendige Konsequenz aus der revisionistischen Entartung von KPD/DKP gezogen, wurde eine neue Etappe der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland eingeleitet. Die Gründung der KPD/ML war ein entscheidender Schritt vorwärts auf dem Weg zur Revolution, ein wichtiger Schlag gegen das kapitalistische System, gegen den modernen Revisionismus, den Trotzismus und alle anderen bürgerlichen Strömungen in der gesamten revolutionären Bewegung unseres Landes.

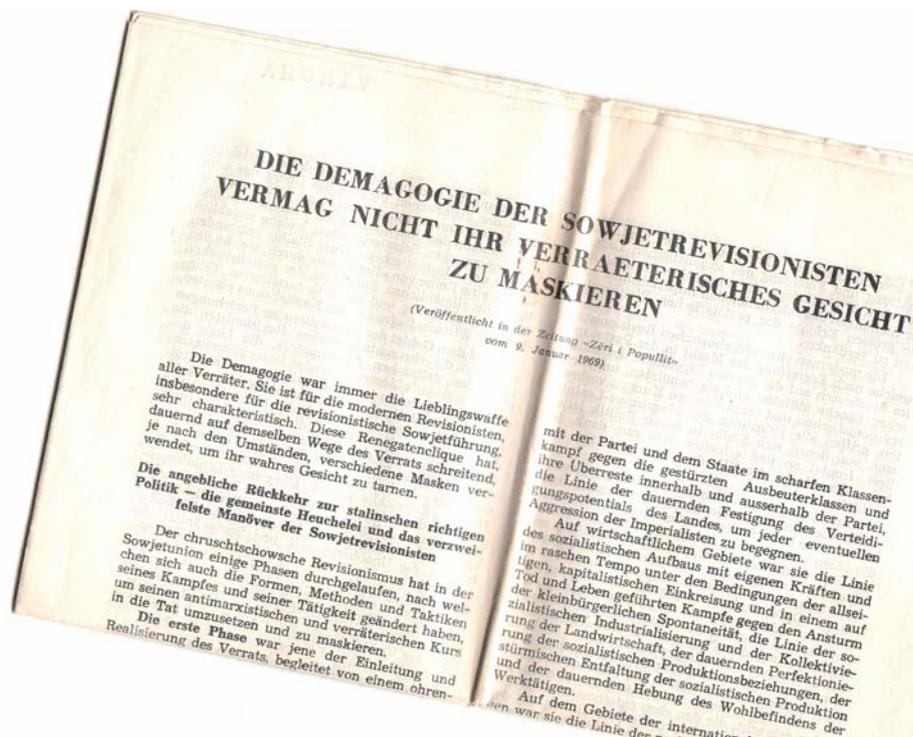


Die KPD/ML entstand in der revolutionären Tradition der ersten deutschen kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands. Doch gab es gravierende Unterschiede zur Zeit der Gründung der KPD vor 50 Jahren. Als 1918/19 die KPD gegründet wurde, herrschte in Deutschland eine revolutionäre Situation. Hunderttausende kampfbereiter Werktätiger schlossen sich ihr spontan an. Zu offenkundig war der Verrat, der Kriegskurs der SPD-Führung, ihr Bündnis mit der Bourgeoisie, ihre konterrevolutionäre Haltung während der Novemberrevolution von 1918. Hinzu kam, daß die KPD über so erfahrene, kampferprobte Führer wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und andere verfügte. Trotzdem brauchte auch sie eine Reihe von Jahren zu ihrer endgültigen Konsolidierung als einer bolschewistischen Partei.

Vergleichsweise ungünstiger war die Situation zum Zeitpunkt der Gründung der KPD/ML. War die SPD, aus der die USPD, der Spartakusbund und die KPD hervorgingen, eine Massenpartei von Hunderttausenden Mitgliedern, so hatte die KPD - aus deren Reihen im Kampf gegen die revisionistische Entartung die KPD/ML entstand - höchstens noch drei bis viertausend Mitglieder. Es herrschte keine revolutionäre Situation, so war auch der Verrat ihrer Führer den einfachen Mitgliedern der KPD nicht so offenkundig, wie der der Verräter der II. Internationale, zumal sich die modernen Revisionisten als die legitimen Erben der ruhmreichen Partei Lenins: der großen sozialistischen Sowjetunion ausgaben.

Im Gegensatz zur KPD besaß die KPD/ML bei ihrer Gründung zwar revolutionäre, aber doch relativ noch unerfahrene proletarische Kader. Sie waren es, die darauf drangen - um klar den Charakter der KPD/ML als einer marxistisch-leninistischen Partei zu bestimmen -, daß in der Gründungsnummer des „Roten Morgens“ als verbindliche Richtlinie die stalinischen „12 Bedingungen für die Entwicklung der KPD zur Partei neuen Typus“ aufgenommen wurden. Als negativ in der Folge wirkte sich vor allem aber nach der Parteigründung, der Zustrom ungefestigter, kleinbürgerlicher Genossen aus der Studentenbewegung aus.

Hatte bereits das Jahr 1968 zu gewaltigen Demonstrationen gegen die Annahmen der Notstandsgesetze geführt, an denen sich Hunderttausende mit Demonstrationen, Streiks, Versammlungen, Schulbesetzungen usw. beteiligten, so begann tausende mit Demonstrationen, Streiks, Versammlungen, Schulbesetzungen usw. beteiligten, so beginnt auch das neue Jahr mit Massenaktionen, vor allem der studentischen Jugend, gegen das dekadente, bourgeoise Erziehungswesen, die bürgerliche Klassenjustiz, aber auch gegen die faschistischen Regierungen in Spanien, Griechenland und gegen den Aggressionskrieg des USA-Imperialismus in Vietnam. Es kommt zur Zerstörung von Amerikahäusern, Universitäten werden besetzt, Barrikaden errichtet. Revolutionäre Jugendliche demonstrieren; auch die Bundesregierung, Ex-Kanzler Erhard und Bundeskanzler Altnazi Kiesinger, können sich nur mit massiven Polizeiaufgeboten auf die Straße wagen. Es kommt zu großen Straßenschlachten zwischen der Polizei und revolutionären Jugendlichen. Während reaktionäre Gewerkschaftsführer wie Höhne, Klunker und Leber von der Bundesregierung fordern, „man müsse diesen Aktionen mit aller Härte begegnen“, beschimpfen die DKP-Führer Studenten, Jungarbeiter und Lehrlinge als „anarchistische Wirrköpfe“, nur weil sie in berechtigter Empörung über den Massenmord der USA-Imperialisten in Vietnam die Scheiben einiger Amerikahäuser zu Bruch gehen ließen.



Sofort nach Gründung der Ortsgruppen bzw. Parteizellen der KPD/ML beginnen die Genossen anhand von Werken wie „Was tun?“, „Über die Grundlagen des Leninismus“, „Staat und Revolution“ u. a. m. die Schulung. Der ideologische und politische Kampf gegen den modernen Revisionismus wird mit unverminderter Schärfe fortgesetzt, gleichzeitig aber werden die Genossen zur Anwendung der Taktik der Einheitsfront von unten aufgerufen und ihnen erklärt: „Was wir also tun müssen in der täglichen Arbeit, im Betrieb, ist, uns eng mit den Genossen der DKP/KPD im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Monopolbourgeoisie, verbünden, ihnen aber gleichzeitig in geduldiger, sachlicher Diskussion den Verrat ihrer revisionistischen Führung erklären. Einigermaßen sinnlos ist es, sich mit bezahlten Funktionären der DKP/KPD in Diskussionen einzulassen. Für sie gilt in der Regel der Grundsatz ‚Wes Brot ich esse, dessen Lied ich singe` ... **Also niemals vergessen: Unsere Hauptfeinde sind der USA-Imperialismus, der Sowjetrevisionismus und die mit ihnen verbündete westdeutsche Monopolbourgeoisie, die ostdeutsche Ulbricht-Clique.. aber nicht die DKP/KPD-Genossen in unserem Betrieb, in unserem Haus.**“

Im Verlauf der nächsten Monate schreitet der Aufbau der KPD/ML auf Bundesebene weiter voran. Im Februar und März werden die Ortsgruppen Hannover und Mannheim gegründet, in Westberlin erscheint die erste Ausgabe der marxistisch-leninistischen Jugendzeitschrift „Rote Garde“. In Hamburg gibt die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD/ML, eine Grundsatzerklärung heraus. Am 12. April konstituiert sich die Ortsgruppe München, es folgen Worms und Göttingen. Erstmals zum „Ostermarsch“ und später zum 1. Mai tritt die KPD/ML mit Flugblattaktionen und Demonstrationen in mehreren Städten in Erscheinung. In Aktionseinheit mit der außerparlamentarischen Opposition gelingt es, dem Klassengegner und den Revisionisten empfindliche Schläge zu versetzen. Inzwischen erscheint auch das erste theoretische Organ der Partei unter dem Namen „Revolutionärer Weg“. Im „Roten Morgen“ werden eine Reihe Grundsatzartikel wie zum Charakter der bürgerlichen Verfassung, „Schlagt den Faschismus, wo ihr ihn trifft“ und ein Aufruf der Partei zum Boykott der Bundestagswahl veröffentlicht.

Im September 1969 kommt es in der stahlschaffenden Industrie wie auch im Bergbau zu der umfassendsten Streikbewegung seit dem Jahre 1963. Ausgehend von den Betrieben im Ruhrgebiet legen die Kollegen spontan und gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen die Arbeit nieder. Schnell dehnt sich der Streik über das halbe Bundesgebiet, Bremen, Niedersachsen, das Saarland, Baden-Württemberg und Bayern aus. Nach dem Vorbild ihrer französischen Klassenbrüder in den Mai/Juni-

Unruhen im Jahre zuvor stürmen vor allem die jüngeren Arbeiter die Büros und besetzen strategisch wichtige Punkte wie Telefonzentralen, Verwaltungsgebäude etc. Damit haben die Arbeiter all jenen bürgerlichen Ideologen wie Marcuse, Habermas und anderen, die behauptet hatten, die westdeutsche Arbeiterklasse sei völlig verbürgerlicht, eine entschiedene Abfuhr erteilt.

In der zweiten Jahreshälfte verstärken Landesverbände und Ortsgruppen ihre Aktivitäten, nutzen sie die Bundestagswahlen, um in verschiedener Weise das Wesen des kapitalistischen Staates zu entlarven, versuchen sie die Solidarität mit den Streikenden zu organisieren, entfalten sie, wie in Mannheim, Initiativen gegen Umweltverseuchung und Giftgaslagerung. Gleichzeitig richtet die Partei ihre praktische Arbeit verstärkt auf die Betriebe aus, mit dem Ziel, den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren. Sie entlarvt die reaktionäre Rolle der DGB-Führung, **fordert aber gleichzeitig ihre Mitglieder auf, in den Gewerkschaften zu arbeiten**: „Unsere Aufgabe muß sein, den Arbeitern zu helfen, sich zu organisieren, den ökonomischen Kampf der Arbeiter in einen bewusst geführten Klassenkampf zu verwandeln.“ Bis Ende des Jahres haben sich die Landesverbände Wasserkante, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Westberlin, Südwest und Bayern konstituiert, so daß die Partei auf nationaler Ebene (außer in der DDR) organisiert ist.

Mit dem Ausklang der von allerlei bürgerlichen und stark antiautoritären Tendenzen geprägten revolutionären Studentenbewegung setzt ein Trend zu einer verstärkten Zirkelbildung ein. Während der Großteil der Studenten sich ins bürgerliche Lager zurückzieht, ein anderer Teil - von den modernen Revisionisten stark hofiert - sich diesen anschließt, wird bei einem kleineren Teil, stark geprägt durch den Einfluss Chinas, der Marxismus-Leninismus zu einer Art Modebewegung. Typisch für diese und noch folgende Zirkelgründungen ist, daß sie nicht etwa im Kampf gegen den modernen Revisionismus, sondern gegen die KPD/ML entstehen; ist, daß sie zwar ein Lippenbekenntnis zur Notwendigkeit einer kommunistischen Partei, zur Hegemonie des Proletariats ablegen, in Wirklichkeit aber nichts anderes bezwecken, als daß sich die Arbeiterklasse ihrer kleinbürgerlichen, intellektualistischen Führung unterwirft.

Aber auch in der Partei selbst kommt es Anfang des Jahres in einem Landesverband zu von intellektuellen Genossen prinzipienlos überspitzten Auseinandersetzungen. Einerseits gibt es die Tendenz zur Spontaneität, zum Ökonomismus, zur Herabminderung der Rolle der revolutionären Theorie, zur Paktiererpolitik gegenüber den modernen Revisionisten der DKP, andererseits aber kommt es in einem Artikel der Januar/Februar-Ausgabe des „Roten Morgen“ zu einer Überbewertung der Rolle der revolutionären Intelligenz beim Parteaufbau, zu einem Angriff auf die führende Rolle der Arbeiterklasse. Dieser Angriff wird in der folgenden „Plattform des ZK der KPD/ML“ zwar zurückgewiesen, jedoch nicht klar und unmissverständlich, so daß die später auftretenden Liquidatoren sich bei ihrem Angriff auf die Partei mit der Formel „Vereinigung der Vorhut des Proletariats mit den besten Kräften der Studentenbewegung“, die tatsächlich die Hegemonie des Proletariats zu beseitigen sucht, darauf zu berufen versuchen.

Doch ungeachtet der Spaltertätigkeit, die zum vorübergehenden Entstehen einer durch ein Zentralbüro geleiteten Abspaltung von der Partei führt, wächst die Partei, erweitert sich ihr Einfluss. Gleichzeitig zieht sie sich aber auch den Hass des Klassengegners und seiner Lakaien zu. Moderne Revisionisten, DKPler und SDAJler, überfallen Flugblattverteiler der Partei und inszenieren Schlägereien bei Demonstrationen. Am 12.2.1970 dringen Polizisten, mit Maschinenpistolen im Anschlag, ohne Hausdurchsuchungsbefehl, in die Räume der Roten Garde, der Jugendorganisation der Partei in München ein. Am 6.3. wiederholt sich der Überfall. 17 zivile und 25 uniformierte Beamte brechen mit Brachialgewalt die Tür zu den Versammlungsräumen der Roten Garde auf und verwandeln diese in ein Chaos. Selbst sämtliche Wohnungen völlig unbeteiligter Leute im gleichen Haus werden durchsucht.

Mag mancher vielleicht noch meinen, die D„K“P-Revisionisten seien nur „irrende Kommunisten“, so zeigen die Tatsachen, daß es sich um Verräter handelt, die vor faschistischem Terror nicht halt machen, um gegen wirkliche Kommunisten und Revolutionäre vorzugehen. Sie sind wie ihre Brüder in Ostberlin und Moskau Sozialfaschisten, die bei ihrem Vorgehen gegen unsere Partei voll und ganz den Schutz von Polizei und Justiz genießen. Das zeigen die im folgenden geschilderten Vorfälle aus Essen.

Es war am 4. März, gegen Abend. Der Essener Buchladen der KPD/ML wollte gerade schließen. Einige Kunden, die Literatur kaufen wollten, waren noch im Laden. Plötzlich standen acht bis zehn Schläger in der Tür, bewaffnet mit armdicken, einen Meter langen Holzknüppeln, und stürmten den Laden. Zwei fielen mit ihren Knüppeln über die Anwesenden her. Einen Kunden, der sich wehrte, versuchten sie brutal zu erschlagen. Mit aller Gewalt zielte einer der Schläger mit seinem Knüppel auf den Kopf des Kunden. Nur durch seine Reflexbewegung — er riß schützend seinen Arm vor sein Gesicht — konnte er sein Leben retten. Sein Arm wurde von dem Schlag unterhalb des Ellenbogens gebrochen. Andere Kunden wurden ebenfalls ge-

gen, vor denen Genossen Flugblätter verteilen, setzen sie ihre Schlägertrupps ein. Vor einem Jahr, als die Partei eine Kampagne gegen die D„K“P-Revisionisten durchführte, überfielen diese nachts eine Genossin der KPD/ML vor ihrer Wohnungstür, hielten sie fest und versuchten ihr in den Unterleib zu treten. Die Genossin wehrte sich so heftig, daß die Revisionisten flohen. Einem Genossen des KSB/ML, der Studentenorganisation der KPD/ML, drohten die Revisionisten nach einem Überfall: „Das nächste Mal kommst du nicht mehr mit dem Leben davon.“ Auch in anderen Städten haben diese Sozialfaschisten bereits mehrere Anschläge auf Genossen unternommen. In Kiel z. B. warfen sie einen Genossen feige von hinten eine Treppe



Zerstörtes Schaufenster des Essener Büros der KPD/ML

schlagen. Sie trugen Prellungen und Schürfwunden davon und wurden von den Schlägern mit einer teerartigen Masse überschüttet. Zugleich verwüsteten die Schläger den Buchladen. Die entschiedene Gegenwehr der Kunden und Genossen im Laden konnte die Schlägerbande schließlich verjagen.

hinunter. In Bochum versuchten D„K“P-Schläger während der Landtagswahl sogar nachts einen Genossen mehrmals mit einem Auto zu überfahren.

Der jüngste Anschlag in Essen geschah im Zusammenhang mit der Verschleppung unseres Genossen Bernd Hübner durch die Osterliner

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 36 vom 7. September 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

MORDDROHUNG DER D'K'P GEGEN ERNST AUST

-eine unverschämte Provokation der D'K'P-Sozialfaschisten gegen den Vorsitzenden der KPD/ML

In das Hamburger Parteibüro kam vergangene Woche zweimal ein Mann, der vertraulich mitteilte, er habe aus Kreisen der D.,K'P erfahren, daß die D.,K'P plant, den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust, zu ermorden. Der Informant kauft seit längerer Zeit Literatur im Parteibüro und macht einen durchaus glaubwürdigen Eindruck. Es ist auch nicht das erstmal, daß von den D.,K'P-Revisionisten eine solche Drohung ausgeht. Vor allem zur Zeit der Gründung der KPD/ML schmiedeten sie bereits Mordpläne gegen Genossen Aust und versuchten, ihn mit Drohbriefen und -anrufen einzuschüchtern. Das Gegenteil gelang ihnen. Die Information über diesen neuen ungeheuerlichen faschistischen Mordplan wird umso glaubwürdiger, wenn man sieht, welchen Terror die Revisionisten der D.,K'P verstärkt gerade in den letzten Tagen gegen Parteigenossen und Sympathisanten entfaltet haben. Es handelt sich dabei keineswegs um Einzelaktionen einiger aufgehetzter Revisionisten, sondern um eine planvolle Terrorwelle der revisionistischen Partei. Die Tatsachen aus der letzten Zeit beweisen das.

— Ein Sympathisant der Partei in Hamburg, der früher engere Kontakte zur D.,K'P hatte, teilte uns mit, daß ihm von D.,K'P-Funktionären prahlerisch gesagt wurde: Es sei jetzt Anweisung ihrer Partei, Terror gegen unsere Genossen auszuüben. Man werde gegen unsere Thälmandemonstration vorgehen, unsere Genossen zusammenschlagen und mit Steinen bewerfen und auch ihn persönlich zusammenschlagen, weil er mit uns sympathisiere.

— Bei der Schlußkundgebung am Hause Ernst Thälmanns in Hamburg waren dann auch 30 D.,K'P-Revisionisten im Hause verborgen. Sie wagten sich allerdings erst hervor, als die Kundgebung beendet war und ihnen die Polizei die Dreckarbeit abgenommen hatte, indem sie die Ehrenwache der Partei niederschlug und festnahm. Die Revisionisten schändeten die Kränze, die vorher zu Ehren Ernst Thälmanns niedergelegt worden waren. Sie schnitten die roten Schleifen ab, auf denen stand: „Vorwärts zur sozialistischen Revolution!“ — „Ernst Thälmann lebt.“ Die weißblauen Kränze des Hamburger Senats ließen sie unberührt.

— Kurz vor der Demonstration der Partei zu Ehren des Genossen Ernst Thälmanns wird ein Sympathisant der Partei, ein Arbeiter, der der D.,K'P-Verräterpartei den Rücken gekehrt hat, auf dem Nachhausweg von D.,K'P-Leuten überfallen, in ein Gebüsch gezerzt und übel zusammengeschlagen. Er hat ein völlig verschwollenes Gesicht, zerschundene Lippen und verschiedene Prellungen. Der Genosse konnte einen der D.,K'P-Schläger erkennen. Er heißt Arthur Kloth.

— Auf zahlreichen Veranstaltungen der Partei im Raum Wasserkante wurde in den letzten vier Wochen beobachtet, daß D.,K'P-Funktionäre anwesend waren. Sie verhielten sich auf diesen Veranstaltungen ruhig. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Funktionäre mit der Partei sympathisieren und deshalb zu den Veranstaltungen kommen. Näher liegt die Vermutung, daß sie sich unsere Genossen — vor allem die, die aktiv für die Partei auftreten — näher ansehen wollen.

— Was am Dienstag, den 27.8. in Kiel Gaarden passierte, ist ein vorläufiger Höhepunkt der Terroraktionen der D.,K'P-Revisionisten gegen Kommunisten.

— Ein Genosse der KPD/ML (er ist Leiter des Parteibüros in Kiel) geht von Haustür zu Haustür und spricht mit den Leuten über den „Roten Antikriegstag“. Als er in einem Haus gerade im vorletzten Stockwerk mit einigen Leuten gesprochen hatte, kam vom obersten Stockwerk ein etwa 30-jähriger Mann und schrie: „Verlassen Sie das Haus, ich habe hier Hausrecht.“ Der Genosse ließ sich nicht beirren. Er ging weiter von Tür zu Tür. Während er mit den Leuten sprach, hielt sich der andere Herr ganz still, kaum war die Tür geschlossen, versuchte er, den Genossen zu vertreiben. Wer nun annimmt, bei diesem Herrn würde es sich um einen reaktionären Hausbesitzer handeln, der irrt. Es handelt sich um das D.,K'P-Mitglied Hoffmann. Herr Hoffmann schickte, während Genosse Möller noch im Haus agitierte, seine Frau mit dem Auftrag weg, sie „solle die Genossen holen.“ Als Genosse Möller nach unten gehen wollte, schlich ihm Hoffmann nach. Er gab ihm plötzlich einen heftigen Stoß von hinten, daß der Genosse den ganzen Treppenabsatz hinunterstürzte. Genosse Diethard Möller berichtet: „Als ich langsam wieder aufstand, sah ich das grinsende Gesicht dieses Revisionistschwines. Ich spürte starke Schmerzen im rechten Oberarm und an der Schulter. Nur mit äußerster Anstrengung konnte ich mich zu einem Genossen schleppen. Er brachte mich sofort zur Klinik. Das Ergebnis dieses faschistischen Anschlags: Zahlreiche Prellungen, Blutergüsse, besonders im rechten Oberarm und rechten Fußgelenk, eine Knochenabsplitterung an der Knochenpfanne der rechten Schulter.“

Fortsetzung auf Seite 6

In einem Grundsatzartikel seiner Februar-Ausgabe weist der „Rote Morgen“ schärfstens die Angriffe der modernen Revisionisten und der diversen Zirkel auf den Genossen Josef Wissarionowitsch Stalin zurück. In Westberlin führt die Partei in vorbildlicher Weise eine Kampagne gegen die geplante Schließung des Bethanien-Krankenhauses durch. Es werden Forderungen aufgestellt und ein Protestmarsch am 14.3. vom Bethanien-Krankenhaus zum Kreuzberger Rathaus organisiert, an dem rund 700 Menschen teilnehmen. Zum ersten Mai ruft die Partei erstmals unter der Losung „Kämpfen wir für die Einheit der Arbeiterklasse - Bauen wir eine starke Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten!“ zu eigenen Demonstrationen und Kundgebungen auf, an denen sich viele tausend Genossen und Rotgardisten im Bundesgebiet und Westberlin beteiligen.

Ab Juni 1970 erscheint der „Rote Morgen“, vorerst noch monatlich gedruckt, im Zeitungsformat. Beschäftigen sich die beiden ersten Ausgaben in intellektualistischer Art fast ausschließlich noch mit den Zirkeln, so wird dies in einem Artikel der September-Ausgabe unter dem Titel

„Dem Klassegegner die Faust ins Gesicht! - Über die Aufgaben des ‚Roten Morgen‘ zurückgewiesen. Darin heißt es:

„Schön und gut, die Zeitung hat sich vom Inhalt verbessert, sie ist umfangreicher geworden, aber was nützt uns das, wenn wir 1. die Zeitung ihrer Themenstellung wegen nicht an klassenbewußte Kollegen verkaufen können, Sprache und Ausdrucksweise unseres Zentralorgans nicht von den Kollegen verstanden wird. Ist nicht unsere Hauptaufgabe der Parteaufbau und damit verbunden die Gewinnung der Besten der Arbeiterklasse? Sicherlich ist die ideologische Auseinandersetzung mit anderen marxistisch-leninistischen Gruppen eine wichtige Sache, doch wichtiger ist: dem Klassegegner die Faust ins Gesicht. (...) Erinnern wir uns, welche Forderungen Lenin an das Zentralorgan einer bolschewistischen Partei stellte: Die Zeitung soll kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator sein. Wobei entsprechend der jeweiligen Situation die Betonung auf der einen oder anderen Seite liegen kann. (. . .) Das heißt jedoch nicht, die eine oder andere Seite völlig aus der Zeitung verschwinden zu lassen. Alle Seiten müssen berücksichtigt werden.“ Und weiter:

„An welchen Leserkreis soll sich der ‚Rote Morgen‘ wenden? Er wendet sich in der Hauptsache an die fortschrittlichen, klassenbewußten Arbeiter, aus deren Reihen sich die Avantgarde des Proletariats rekrutiert. Er wendet sich weiter an die revolutionäre Intelligenz, deren Aufgabe es ist, sich unter Führung der Arbeiterklasse mit dieser eng im Kampf zum Sturz der herrschenden Klasse zu verbünden. Er wendet sich an alle, die erkannt haben, daß dieser Kampf nur unter der Führung einer korrekten, marxistisch-leninistischen, einer bolschewistischen Partei zu gewinnen ist.“

Bereits im gleichen Monat erscheint ein Extrablatt des ‚Roten Morgen‘, in dem der Verrat der IG-Metall-Bonzen an dem Streik der 200.000 Metallarbeiter in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und im Saarland entlarvt wird, einem Streik, in dem es wie im Jahr zuvor in Mannheim, Bochum und Dortmund zu Demonstrationen kommt, Demonstrationen wie die der Arbeiter der drei Hoesch-Betriebe Westfalenhütte, Phoenix und Union, die sich zu einem mächtigen Demonstrationszug in die Dortmunder Innenstadt vereinen und tausendstimmig den Kapitalisten das Wort „Ausbeuter“ entgegen schreien, die auf Spruchbändern entlarven: „Was unterscheidet die Mafia von Unternehmern? Nichts!“, die den alten Kampf der Arbeiterklasse erschallen lassen: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“

Die Betriebszeitung der Partei bei Opel in Bochum, die „Zündkerze“, griff mit der Forderung „15 Prozent = 1 Mark“ in die Streikkämpfe ein, informierte die Kollegen über den Streikverlauf und entlarvte die Abwiegelei der DKP und den Verrat der Gewerkschaftsbonzen an den Forderungen der Kollegen.

In der September-Ausgabe des ‚Roten Morgen‘ nimmt die Partei unter der Überschrift „Bonn und Moskau verschachern die Interessen des deutschen Volkes“ Stellung zu dem am 12.8. 1970 von Brandt und Kossygin im Kreml unterzeichneten, so genannten Gewaltverzichtsabkommen. Dieses Abkommen ist nichts anderes als ein „gegen die Freiheit der Völker Europas gerichtetes Komplott zweier imperialistischer Großmächte, (...), eine zynische Verhöhnung der Souveränitätsrechte der Bevölkerung der DDR und ein Angriff auf das grundlegende Interesse der deutschen Arbeiterklasse: die soziale und nationale Befreiung Deutschlands.“

Durch die von der sozialdemokratischen Regierung durchgeführte so genannte neue Ostpolitik versucht der westdeutsche Imperialismus, seine alte, revanchistische Politik den neuen weltpolitischen Bedingungen anzupassen, wobei er durch den russischen Sozialimperialismus eine bedeutende politische Aufwertung erhält, ohne daß die Forderungen der Völker Europas, die gegen die Hitler-Aggression gekämpft hatten, erfüllt worden wären. Der westdeutsche Imperialismus hofft durch Ausweitung des Osthandels und Kapitalexport nach Osteuropa, nicht nur Riesenprofite zu machen, sondern auch seinen Einfluss zu verstärken und sich neue Rohstoffquellen zu erschließen. Dabei kommen ihm die russischen Sozialimperialisten scheinbar entgegen, wobei sie in Wirklichkeit hoffen, die Widersprüche zwischen westdeutschen Imperialisten und USA-Imperialismus zu verstärken, um sich günstigere Bedingungen für ein weiteres Eindringen in Westeuropa zu schaffen.

Am 25. Oktober kommt es in Frankfurt zur ersten gemeinsamen, von rund 1.000 deutschen und spanischen Arbeitern durchgeführten Demonstration gegen den von der Franco-Regierung geplanten Mord an sechs baskischen Werktätigen, die von der Ortsgruppe der KPD/ML und den Genossen der Partido Comunista de España (Marxista-Leninista), unserer spanischen Bruderpartei PCE/ML, gemeinsam organisiert wird. Innerhalb der nächsten Monate folgen noch viele gemeinsame Demonstrationen gegen den Burgos-Prozeß.

Im November verabschieden die Partei und die marxistisch-leninistische Organisation des Irans, Toufan, eine gemeinsame Erklärung; gegen Ende des Jahres findet in Vorbereitung eines geplanten außerordentlichen Parteitages eine zentrale Betriebsarbeiterkonferenz der Partei statt; der „Rote Morgen“ entlarvt die Bestechung, den Kauf von Bundestagsabgeordneten, wie dem Abgeordneten Geldner, der für 400.000 DM gehandelt wurde.

Am 14. Dezember kommt es in Polens Hafenzentren zu einem machtvollen Streik der Hafen- und Werftarbeiter, der in einen Aufstand übergeht. Die revisionistische Gomulka-Regierung stellt den Norden des Landes unter Ausnahmerecht. Eine große Anzahl von Arbeitern wird ermordet, Hunderte werden schwer verletzt. Doch die Regierung, muß nach außen hin nachgeben. Gomulka wird abgesetzt und ein neuer Mann, Gierek, an die Front geschickt. Die KPD/ML und die KP Polens gaben eine gemeinsame Erklärung heraus und verurteilten die Handlungen der Revisionisten.

Die Partei verstärkt ihre Arbeit in den Betrieben. Neue Betriebszeitungen wie „Der Röhrenkicker“ bei Mannesmann, der „Hammer“ bei DEMAG erscheinen, der „Rote Morgen“ bringt zum ersten Mai seine ständige Seite „Aus Betrieb und Gewerkschaft“, die Zahl der Arbeiterkorrespondenzen wie „Sieben Tote bei Blohm & Voss“, „Streik bei der Duisburger Kupferhütte“, „Ford ist Mord“, „Kurzarbeit bei Siemens“ u. a. m. wächst ständig.

Das ZK der KPD/ML bringt Ende März 1971 in einer Neuauflage die Werke J. W. Stalins heraus. Ebenfalls im März wendet sich die Partei in dem Artikel „Genscher auf den Spuren Görings“ gegen den Versuch des Bonner Innenministeriums, im Verein mit der Springer-Journaille unter dem Vorwand der Bekämpfung der „Baader-Meinhof-Gruppe“ eine Pogromstimmung gegen Westdeutschlands Linke zu erzeugen, eine Hexenjagd auf so genannte Linksextremisten in Szene zu setzen. Klar distanziert sich die Partei - ohne die revolutionäre Gewalt prinzipiell abzulehnen - vom Terrorismus der Baader-Meinhof-Gruppe und wirft ihr, wie bereits im „Roten Morgen“ Nr.8/1970 in dem Artikel „Ökonomismus und Terrorismus“, vor, die Spontaneität zu vergöttern, nämlich die des Protestes bestimmter Gruppen des Kleinbürgertums; eines blinden Protestes gegen das Kapital und seinen Staat, der sich in vom Kampf der Arbeiterklasse losgelöster Militanz äußert.

Im gleichen Artikel unternimmt die Partei den - allerdings illusorischen - Versuch, das Zirkelwesen durch einen Appell, einen Aufruf an die diversen Organisationen zu überwinden. In dem Appell heißt es:

„Genossinnen und Genossen der anderen marxistisch-leninistischen Gruppen und Organisationen, laßt uns gemeinsam in sachlicher und prinzipienfester Diskussion den schädlichen Zustand des Zirkelwesens, das Ausfluß des kleinbürgerlichen Konkurrenzdenkens und Individualismus ist, überwinden. Die KPD/ML ist der Meinung, daß viele, ja die meisten Widersprüche der Marxisten-Leninisten untereinander Widersprüche im Volk und nicht zwischen uns und dem Gegner sind. Zu antagonistischen Widersprüchen werden sie erst da, wo Gruppen den Revisionisten zu folgen beginnen. Stellen wir als ersten Schritt jede unsachliche, prinzipienlose Polemik gegeneinander ein. Beginnen wir mit der Diskussion um noch zu klärende Fragen mit dem Ziel der Einheit. Der Einheit auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungsideen. Der Einheit in der bolschewistischen Partei des Proletariats.“

Doch nicht nur bei der Verankerung, beim Kampf in den Betrieben macht die Partei Fortschritte, auch im Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen wie in Dortmund und Göttingen tritt sie mit der Roten Garde entschieden für die Interessen der Werktätigen ein, führt sie durch Besetzung der Straßenbahnschienen u. ä. den Kampf über den Rahmen der bürgerlichen Legalität hinaus. In der April-Ausgabe des „Roten Morgen“ nimmt die Partei anlässlich der Demonstration von 100.000 Bauern aus sechs EWG-Ländern

in Brüssel unter der Überschrift „Bauern schaffen, Banken raffen“ grundsätzlich zur Lage der Bauern in der Bundesrepublik Stellung. Sie stellt fest, daß die werktätigen, die Klein- und Mittelbauern, trotz hoher Industrialisierung der Bundesrepublik der engste Bündnispartner der Arbeiterklasse sind. Die Partei führt als ihr verbindliches Symbol den Hammer, für die Arbeiterklasse, die Sichel, für die werktätigen Bauern und das Gewehr, als Ausdruck dafür, daß es keinen friedlichen Übergang zum Sozialismus gibt, daß es die Pflicht des Proletariats ist, sich selbst zu bewaffnen, ein.

In einem Extrablatt mit einer Auflage von über 200.000 Exemplaren ruft die Partei unter der Losung: „Gegen das Kapital und seine SPD-Regierung die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse! - Nieder mit dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus! - Stärken wir die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten - Für ein einiges, freies, unabhängiges und sozialistisches Deutschland!“ zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse auf.

Zu Beginn des zweiten Halbjahrs 1971 erscheint im „Roten Morgen“ neben Berichten über die Arbeitskämpfe im Chemiebereich eine Artikelserie mit einer Analyse des DGB und der grundsätzlichen Haltung der Partei zur Gewerkschaftsfrage. Diese Serie kann infolge der in der Partei wie auch im „Roten Morgen“ beginnenden Auseinandersetzungen mit den so genannten Liquidatoren nicht zu Ende geführt werden. Ab September 1971 erscheint der „Rote Morgen“ vierzehntägig.

Bei den Liquidatoren handelt es sich um eine Strömung in der Partei, die darauf abzielt, die führende Rolle der Arbeiterklasse durch die führende Rolle der kleinbürgerlichen Intellektuellen zu ersetzen. Immer deutlicher treten die verschiedenen Positionen in der Partei zutage: hier die Verteidigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und des bolschewistischen Charakters der Partei, dort die Propagierung der führenden Rolle der Intelligenz und der Versuch, die Partei in eine theoretische Kommission unter der Leitung eines Intellektuellenklüngels umzufunktionieren und den bolschewistischen Charakter der Partei und damit die Partei selbst zu liquidieren.

In einem ganzseitigen Aufruf „Schluß mit dem intellektuellen Geschwätz“ in der Oktober-Ausgabe des „Roten Morgen“ antworten in einem vom Genossen Ernst Aust initiierten Artikel Hamburger Arbeiter auf „den Versuch, unter dem Deckmantel des Kampfes zweier Linien innerhalb der Partei und des Kampfes gegen den Ökonomismus die Partei zu zerstören“. In Bezug auf eine „Handvoll intellektueller Genossen“ in Hamburg heißt es darin:

„Der Gipfel ihrer Erkenntnis war schließlich der, daß sie feststellten, die Arbeiterklasse könne kein Klassenbewußtsein entwickeln, nur sie, die Intellektuellen, seien dazu in der Lage, die Arbeitervertreten die bürgerliche Ideologie, während sie, die bürgerlicher und kleinbürgerlicher Herkunft sind, die proletarische vertreten. Was dann betreffs der Partei zur Folge haben müßte: Sie, die Intellektuellen, müssen in jedem Fall die Führung innehaben. Entschuldigt, Genossen, wir haben die Hauptinitiatoren dieses Kreises - trotz ihres Gezeters, das sei administrativ - in den Kandidatenstand zurückversetzt.“

Verteidigt den Marxismus-Leninismus, verteidigt die bolschewistische Partei, die KPD/ML, ist die Losung, mit der die korrekten Genossen der Partei, des Zentralkomitees, den Angriffen der Liquidatoren auf der zweiten Sitzung des außerordentlichen Parteitags entgegentreten. Auf deren Angriff auf die führende Rolle der Arbeiterklasse folgt logischerweise der Angriff auf die Partei. Im Grunde, einige sagen es auch ganz offen, wollen sie die Partei abschaffen, an deren Stelle sich „wissenschaftliche“ Arbeits- und Diskussionsgruppen, um ein Theoretisches Organ geschart, mit „theoretischer Arbeit“ beschäftigen sollen. Mit anderen Worten: Sie wollen die Partei zerstören.



In einer Sondernummer des „Roten Morgen“ vom 27. Dezember 1971 setzt sich die Partei unter der Schlagzeile „Die bolschewistische Partei ist stärker als alle Liquidatoren“ mit den falschen, antimarxistisch-leninistischen Auffassungen der Liquidatoren auseinander und stellt zusammenfassend fest:

„Die offenen, wie auch die versteckten Liquidatoren leugnen die Hegemonie des Proletariats innerhalb und außerhalb der Partei. Innerhalb, indem sie wie die russischen Liquidatoren W. Sassulitsch behaupten, die bolschewistische Partei sei als eine „Organisation von Intellektuellen zur Propaganda und Agitation unter den Arbeitern“ gegründet worden (eine Auffassung, die Lenin scharf zurückwies), um ihren eigenen kleinbürgerlich-intellektualistischen Führungsanspruch zu begründen... Außerhalb der Partei wird von ihnen die Hegemonie dadurch geleugnet, daß sie dem Proletariat jeden Grad von Bewußtheit absprechen und die „Theorie von der Rückständigkeit der Massen“ vertreten... Für sie . . . ist die Arbeiterklasse nichts weiter als eine bewußtlose Masse, die überhaupt nur insofern Bewußtheit besitzt, sofern dieses von außen hineingetragen wird... Es ist klar, daß eine Klasse, die an und für sich nur eine unbewußte Masse ist, die unfähig ist, selbständig auch nur das geringste Bewußtsein ihrer Lage zu entwickeln, daß eine solche Klasse nicht das revolutionäre Subjekt der gesellschaftlichen Umwälzung sein kann ...

. . . Die Hegemoniefrage ist eine Kardinalfrage der Revolution und zugleich auch eine der Hauptfragen des heutigen ideologischen Kampfes. Auch in dieser Frage haben Lenins Lehren eine entscheidende Bedeutung. Er lehrte, daß die Haltung zur Hegemonie des revolutionären Proletariats der Prüfstein für jede Partei ist, welche behauptet, daß sie die Interessen der Arbeiter schützt, der Hauptausdruck ihres wirklich revolutionären Charakters.“

Selbstkritisch wird festgestellt, daß das 1. Zentralkomitee der Partei den bewußten, planmäßigen Aufbau der Partei in zunehmendem Maße vernachlässigt und ihn durch das Verlassen auf die spontane Entwicklung ersetzt hat; daß es den ideologischen Aufbau der Partei kaum angeleitet und geführt hat. Typisch für den aus der Studentenbewegung stammenden antiautoritären Einfluß auf das 1. Zentralkomitee war, daß es weder einen Vorsitzenden bzw. 1. Sekretär noch ein Sekretariat oder Politbüro, daß es keine für die politische Arbeit freigestellten proletarischen Kader gab. Dadurch konnten die kleinbürgerlichen, studentischen Genossen - auf allen Ebenen der Partei -, da sie über wesentlich mehr Zeit als die proletarischen Genossen, die den ganzen Tag im Betrieb arbeiten mußten, verfügten, zeitweilig auch immer wieder ihren Führungsanspruch durchsetzen.

Insofern war die Hinaussäuberung der fast ausschließlich intellektuellen, aus der Studentenbewegung stammenden Liquidatoren aus der Partei zwar mit einer starken quantitativen Schwächung verbunden, dennoch aber nach dem stalinschen Grundsatz „Die Partei wird dadurch gestärkt, daß sie sich von allen opportunistischen Elementen säubert“ eine Stärkung der Partei, ein Schritt vorwärts. Auf drei

Sitzungen unter der Leitung eines Exekutivkomitees wurde der I. Ordentliche Parteitag zu Ende geführt. Es wurde ein neues Zentralkomitee und der Genosse Ernst Aust zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

Nach der Hinaussäuberung der Liquidatoren und mit der Orientierung des II. Parteitags „**Jeder Betrieb muß unsere Festung sein**“ gelingt es der Partei immer besser, in die Kämpfe im Betrieb einzugreifen und sich stärker unter den Arbeitern und Werktätigen zu verankern. Ein Ausdruck davon sind die im Verlauf des Jahres 1972 neu herausgegebenen Betriebszeitungen und auch die ersten Zeitungen für Stadtteile und an anderen Kampffronten.

Gleichzeitig ruft die Partei unter der Losung „Eine kommunistische Zelle in jedem Großbetrieb“ zur Verbesserung ihrer Betriebsarbeit, zur Schaffung neuer Betriebszeitungen auf und wendet sich an die fortschrittlichen Kollegen mit der Forderung „Werde Mitglied der KPD/ML“: „Die Feinde des Volkes rüsten sich. Sie prügeln, verhaften, schießen und lügen dabei das Blaue vom Himmel über Demokratie und soziale Marktwirtschaft. Organisiere Dich in der kommunistische“ Zelle Deines Betriebes. Hilf eine aufzubauen, wo keine ist. Werde Mitglied Deiner Partei, der KPD/ML.“

Vom Mai bis in den Herbst 1973 hinein kommt es in den Betrieben der Bundesrepublik zu den schwersten Streikkämpfen seit vielen Jahren. Ende Mai legen die Kollegen aus dem Motoren- und Maschinenbau der Maschinenfabrik Lanz-John-Deere in Mannheim die Arbeit nieder. Bald schließt sich die gesamte Belegschaft des Werkes von 2.500 Mann an. Ihre Forderung: 70 Pfennig mehr pro Stunde, achtstündige statt wie in der Praxis zehnstündige Arbeitszeit. Werksleitung und Gewerkschaft berufen eine Werksversammlung ein. Dann aber: Ein Aufgebot von Werkschutz, Zivilpolizisten und bezahlten Spitzeln stürmt die Versammlung und zerrt jeden Kollegen, der sich offen für die Fortsetzung des Streiks ausspricht, in bereitstehende Autos. Sie werden abtransportiert und sofort aus dem Betrieb entlassen. Es sind 80 Kollegen, fast alles Ausländer. Die SPD-Presse hetzt und bezeichnet die ausländischen Arbeiter, die streiken, als eine Horde wilder Messerstecher.

Weitere Streiks finden bei MWM, Mannheim, und Wafios, Reutlingen, statt. Auch in den Krupp-Werken in Essen wächst der Unwille. Die Inflation frißt den Lohn. Die Kollegen verlangen einen Teuerungszuschlag. Nach vorangegangenen Warnstreiks legen am 15. Juni über tausend Kollegen von Krupp-Widia und der Krupp-Maschinenfabrik die Arbeit nieder und ziehen zur Krupp-Hauptverwaltung, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Es kommt zu Verkehrsstockungen, doch die Polizei wagt die Arbeiter nicht anzugreifen. Weiterer Streiks im Ruhrgebiet folgen.

Doch nicht nur im Ruhrgebiet. Die Streikwelle gegen Teuerung und Inflation greift auch nach Norddeutschland über. Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 14. Juni fordern 4.000 Arbeiter der Vulkan-Werft in Bremen eine Teuerungszulage, einen 13. Monatslohn und volle Bezahlung der Streikzeiten. Sofort nach der Versammlung brechen 2.000 Vulkan-Arbeiter zu einem zweistündigen Demonstrationszug durch die Stadt auf. Warnstreiks auf der Seebeck-Werft in Bremerhaven und den Rheinstahl-Nordsee-Werken in Emden folgen. 50 Arbeiter der AG Weser in Bremen ziehen zum Betriebsratsbüro und fordern: „Schluß mit der Mauschelpolitik und den Geheimverhandlungen mit den Unternehmern, sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung.“

Ebenfalls in Bremen, bei Klöckner, kommt es zu einer Betriebsversammlung. Der Saal ist brechend voll, die Stimmung der Kollegen auf 90 Grad. Einhellig fordern sie 60 Pfennig. Der revisionistische Betriebsrat wiegelt ab. Er spricht von 30 Pfennig. Etwas später gibt er per Aushang bekannt, die 30-Pfennig-Forderung sei durch die Direktion abgelehnt. Die Antwort: Bereits zur Spätschicht ziehen 100 Kollegen ins Warmwalzwerk und zum LG-Stahlwerk. Voran ein Schild: "60 Pfennig netto für alle!"

Die Partei greift in ihrer Betriebszeitung „Der Angriff“ die Forderung der Kollegen auf und ruft zum Streik für 60 Pfennig auf. In ihrer Nr. 4 heißt es: Wir sind keine Almosenempfänger. Heraus zum Streik!“ - Die Kollegen begrüßen den „Angriff“. Um zehn Uhr abends kommen rund 200 Kollegen aus dem Warmwalzwerk und fordern andere Bänder auf, mitzustreiken. Das LD-Stahlwerk, Kaltwalzwerk und die Hochöfen schließen sich dem Streik an. Kollegen der Nachtschicht organisieren eine

Demonstration durch das Werk. Immer mehr Arbeiter schließen sich an, die ausländischen Kollegen in der Flämmerei werfen die Brocken hin und reihen sich ein. Der Zug nähert sich dem Direktionsgebäude. Dort wird noch verhandelt.

Parolen erklingen. Die Massen wälzen sich die breiten Treppen empor. Der Betriebsratsvorsitzende erscheint, tut kämpferisch. Als er von 30 Pfennig spricht, wird er ausgepiffen. Kollegen bringen an den Toren Plakate an: Wir fordern 60 Pfennig! Dieser Betrieb wird bestreikt!“

Diese Forderung wird nicht erfüllt. Der Streik bricht infolge der Abwiegelei, des Verrats von DKP- und Gewerkschaftsbözen zusammen. Es bleibt bei 30 Pfennig. Und die DKP dreht den Spieß um, sie wirft den Kollegen, die wie die große Mehrheit der Belegschaft 60 Pfennig forderten, vor, sich nicht einheitlich und diszipliniert den gewählten Gewerkschaftsgremien und dem Betriebsrat unterworfen zu haben. Die Betriebsparteizelle antwortet ihnen im „Angriff“ mit den Worten Ernst Thälmanns: „Die Anerkennung der Gewerkschaftsdisziplin, die doch heute eine völlig kapitalistische Disziplin ist, weil der Gewerkschaftsapparat mit dem Staatsapparat verwächst, führt zur Unterwerfung unter die Politik des Reformismus und letzten Endes zur Unterwerfung unter die Politik des kapitalistischen Staates und der Bourgeoisie.“

AEG-Küppersbusch, Gelsenkirchen. Zur Frühstückspause versammeln sich rund tausend Kollegen auf dem Hof. Eine Demonstration formiert sich und zieht zur Ortsverwaltung der IG Metall. Trotz Polizeiprovokation schließt sich die Mittagsschicht dem Streik an. Am nächsten Morgen prangt an den Wänden im Betrieb die Forderung: „Streikt! KPD/ML!“ Streikposten ziehen auf. Die Betriebszeitung der Partei, „Rote Flamme“, erscheint mit einem Extrablatt. Ältere Kollegen fordern die Lehrlinge zum Mitmachen auf. Die schließen sich dem Streik an. Der Betrieb liegt still.

Opel, Bochum. Am 22. August tritt die Belegschaft der beiden Opel-Werke in Bochum, rund 17.000 Mann, in den Streik. Damit schließt sich der erste Großbetrieb der Streikwelle an. Ihm folgen schon kurz darauf 23 weitere Großbetriebe und über 60 mittlere und kleinere Betriebe. Als die Forderungen der Opel-Arbeiter abgelehnt werden, setzen sie den totalen Streik durch. Als am nächsten Tag die Werksleitung die Bänder wieder in Gang setzt, marschieren die Kollegen durch die Hallen und stellen den Streik wieder her. Dabei tragen sie die Betriebszeitung der KPD/ML, die „Zündkerze“, die ihre Forderungen unterstützt, weithin sichtbar voran.

Buderus-Lollar, Gießen. Schon Wochen vorher hat die Betriebszeitung der KPD/ML, „Rote Hütte“, wiederholt die notwendigen Schritte zur Vorbereitung und Durchführung des Streiks propagiert. Jetzt ist es soweit. Am 24. August beginnt der Streik. Das ganze Werk, bis auf einen Notdienst in den Gießereien, liegt still. Die ausländischen Kollegen, 50 Prozent der Belegschaft, streiken geschlossen mit. So sieht es auch in anderen Werken aus. Allein in diesen Tagen finden weiter spontane, so genannte **wilde Streiks** statt: bei den AEG-Kabelwerken in Duisburg und Mühlheim, in den drei Rheinstahl-Werken Duisburg, Bielefeld und Gladbeck sowie in der zu Rheinstahl gehörenden Maschinenbaufabrik Wagner in Dortmund, in den Valvo-Röhrenwerken der Philips GmbH, in den Varta-Werken in Hagen, in der Maschinenfabrik Olbrich, bei der Rhein-Zink/Ruhr-Zink, den Optalwerken in Herne, der Schraubenfabrik Dorn, bei der Kraftfahrzeugfabrik Schildberg in Herne, der Karosseriefirma Schom in Duisburg, bei den VDO Tachowerken, der Raitinger Maschinenfabrik, dem Klöckner-Werk in Castrop-Rauxel, dem Thyssen-Werk „Westfälische Union“, im Mannesmann-Röhrenwerk in Mühlheim, bei der Gute-Hoffnungs-Hütte in Oberhausen/Sterkrade, Zeiss Ikon Kiel, und in Hessen streiken neben Buderus in Lollar weitere 20 Betriebe. Besonders scharf entbrennt der Streik, der Kampf Klasse gegen Klasse bei den Ford-Werken, Köln. Hier stellen 6.000 Arbeiter die Bänder ab, weil 300 türkische Kollegen entlassen werden sollen, da sie angeblich zu spät aus dem Urlaub zurückgekommen seien. Zudem fordern sie ebenfalls eine Teuerungszulage. Die Arbeiter bilden aus ihren Reihen eine Streikleitung aus den kämpferischsten Kollegen und erkennen nur sie als ihre Interessenvertretung in diesem Streik an. An dieser Organisiertheit der Streikenden zerbrechen alle Versuche der IGM-Bözen, des Betriebsrates und der Werksleitung, durch Versprechungen, Hetze, Provokationen, Lügen und Verfolgung der Streikleitung die Streikfront aufzuweichen und zu zerstören.

In der Nacht zum 30. August wächst die Streikfront erneut an. Über 3.000 ausländische und deutsche Kollegen halten das Werk besetzt. Am Morgen formieren sich ca. 2.000 bis 3.000 Kollegen zu einem Demonstrationszug durch das Werk. Inzwischen hat die Geschäftsleitung Polizeitruppen angefordert. Tausend Polizisten stehen am Tor 3 in Bereitschaft, in Bereitschaft für eine nun folgende Provokation. Während sich der Demonstrationszug der Ford-Arbeiter durch das Werk bewegt, formiert sich am Tor 3 eine so genannte Gegendemonstration aus Werkschutz, Zivilbeamten im Blaumann sowie Schlägerbanden der faschistischen NPD, die von außerhalb hinzugezogen wurden. Dann folgen Meister und einige wenige Streikbrecher. Angeführt wird der Zug von „Kollegen“ der politischen Polizei, in Kitteln getarnt und vorweg ein Schild mit der Aufschrift: „Wir wollen arbeiten!“ Werkschutz und Meister rufen: „Wir wollen Polizeischutz!“ Dabei marschieren sie durch das Tor auf den Demonstrationszug der Streikenden zu. Dies ist für die in Bereitschaft stehende Polizei das Signal, „Ordnung zu schaffen“.

Was sich nun abspielt, macht jedem Polizeistaat Ehre. Polizei im Verein mit Werkschutz, Meistern und NPD-Schlägern stürzen sich, wild mit Schlagstöcken prügelnd, auf die Streikenden. Greiftruppen stürzen sich auf die Kollegen, die sich während des Streiks besonders aktiv zeigten, um sie fertig zu machen“. Elf Kollegen der Streikleitung, darunter sieben türkische und vier deutsche Arbeiter, werden als so genannte Rädelsführer verhaftet. Damit ist das Ziel der Polizei erreicht: den Streikenden muß die Führung genommen werden, um so ihren Widerstand zu brechen.

Nur durch die teilweise Erfüllung der Forderungen, vor allem aber auch durch den rücksichtslosen Polizeieinsatz konnten die Bourgeoisie und die Gewerkschaftsführung der massiven Streikbewegung Herr werden. In all diesen Kämpfen zeigten die Genossen der Partei wie auch die der Roten Garde eine große Einsatzbereitschaft. Persönlich und mit ihren Betriebszeitungen griffen sie teils führend in die Kämpfe ein, so daß, wie zum Beispiel bei Bänninger, die Kollegen geschlossen hinter den Genossen Betriebsräten standen, oder wie bei Pierburg, wo Betriebsräte - unter Mißachtung des Betriebsverfassungsgesetzes und diverser Gewerkschaftsbeschlüsse - der KPD/ML öffentlich für ihren selbstlosen Einsatz bei den Streikkämpfen dankten. Viele Kollegen erkannten im Verlauf der Streiks die Zusammenarbeit von Kapital, Gewerkschaftsführung und Staatsapparat. Die Partei aber zieht die Schlußfolgerung: Was wir brauchen, ist eine starke Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die unsere, die Belange der Arbeiterklasse vertritt und unseren Kampf in den Betrieben anleitet, und ist die kommunistische Partei des Proletariats, die KPD/ML, die uns in diesen Kämpfen den revolutionären Ausweg weist.

Die kämpferische Haltung der Partei, wie sie nicht nur anlässlich der Streiks, sondern auch in Demonstrationen gegen die Bildungsmisere, in der Unterstützung eines Mieterkampfes in Köln-Nippes, in der Besetzung eines Bahndamms in Essen, der Blockierung des Zugverkehrs aus Protest gegen die ständigen tödlichen Unfälle an einem dicht befahrenen Bahnübergang und anderen Aktionen zum Ausdruck kommt, trägt ihr den offenen Hass der Bourgeoisie ein. Rücksichtslos geht sie gegen Genossen, wie zum Beispiel gegen Günter Wagner vor, den sie der Verantwortlichkeit eines Flugblatts wegen in einer Nacht- und Nebelaktion von seinem Arbeitsplatz weg verhaftet und einsperrt, obwohl er einen festen Wohnsitz und Arbeit hat. Die Partei erkämpft durch sofort einsetzende Aktionen seine Freilassung.

Der Putsch der Militärjunta in Chile am 12. September 1973, der Sturz der Volksfrontregierung unter Präsident Allende, der sofort einsetzende faschistische Terror rufen in aller Welt Abscheu und Empörung hervor. Die Partei wendet sich entschieden gegen diesen vom US-Imperialismus, vom CIA und dem ITT-Konzern von langer Hand vorbereiteten Anschlag gegen das chilenische Volk und ruft zur Solidarität mit den kämpfenden chilenischen Volksmassen auf. Sie entlarvt aber auch gleichzeitig die Heuchelei der modernen Revisionisten, für die Chile ein Musterbeispiel ihres sogenannten friedlichen Übergangs zum Sozialismus war, eines Übergangs, der infolge der Nichtbewaffnung der Volksmassen gegen das reaktionäre Militär zum Blutbad, zum sinnlosen Tod vieler fortschrittlicher und revolutionärer Werktätiger führte.

Anfang des Jahres 1974 tritt die Partei mit eigenen Kandidaten zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 3. März auf. Damit steht zum ersten Mal seit 20 Jahren auch wieder eine kommunistische Partei,

die KPD/ML, zur Wahl. In einem Wahlextrablatt wendet sich die Partei gegen Lohnraub und Unterdrückung, Krise und Krieg und fordert die Werktätigen zum gemeinsamen Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland auf. Die Bourgeoisie versucht von vornherein, die Beteiligung der KPD/ML an der Hamburger Bürgerschaftswahl zu torpedieren. Die DKP-Revisionisten verlangen von der Wahlleitung den Ausschluß unserer Partei von den Wahlen. Von Anfang an wird unsere Wahlagitation und -propaganda behindert. Die Agitproptrupps der Partei werden ständig von der Polizei verfolgt und mehrmals bei ihrer Propaganda behindert. Mit Maschinenpistolen rückt Polizei an, als Genossen Plakate unserer Partei aufstellen. Ein anderer Genosse wird beim Plakatekleben verhaftet und eine Nacht, in Handschellen gefesselt, festgehalten. Die Polizei versucht zwei Kandidaten unserer Partei zusammenzuschlagen und zu verhaften, sie werden von der Bevölkerung geschützt. Der NDR versucht erfolglos, eine Wahlsendung der Partei im Radio und Fernsehen zu verhindern. Am Tag vor der Wahl demonstrieren 800 Menschen mit der Partei. 3.000 Hamburger wählen die KPD/ML.

Am 5. Juni 1974 findet in Duisburg ein Arbeitsgerichtsprozeß statt. Verhandelt wird die Klage des entlassenen Mannesmann-Arbeiters Hanfried Brenner, Mitglied der KPD/ML, gegen die Mannesmann-Hüttenwerke AG. Als der Genosse Hanfried die Rolle des Arbeitsgerichts entlarvt, stürzen sich Polizisten auf die Zuschauer und schlagen auf sie ein. Sie fallen auch über den Genossen Günter Routhier her, einen 45 Jahre alten Familienvater: Schläge prasseln, er stürzt zwischen die Stuhlreihen, sie reißen ihn hoch, wieder schlagen sie auf ihn ein. Sie stoßen ihn die Treppe hinunter. Der Kopf schlägt auf die Stufen, er verliert die Besinnung. Erneute Mißhandlungen im Polizeipräsidium: an den Füßen gepackt wird er eine Treppe hoch geschleift, wieder schlägt der Kopf auf die Stufen. Günter Routhier - der Bluter ist, was die Polizei wußte - überlebt diese Mißhandlungen nur wenige Tage. Seine letzten Worte: „Wenn ich diese Verletzungen überlebe, dann will ich noch besser mit der Partei kämpfen. - Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen!“

Und die Partei sagt die Wahrheit. Doch die herrschende Klasse fürchtet die Wahrheit. Siebenmal wird in der Folge der „Rote Morgen“ beschlagnahmt. Am 24. Juni sammeln sich in Duisburg 5.000 Genossen und Freunde, um dem Genossen Günter Routhier die letzte Ehre zu erweisen, um ihn in einem Trauerzug schweigend zu Grabe zu tragen. Doch das Unfaßbare, das Unglaubliche geschieht. Der Hass der herrschenden Klasse, der Kapitalisten, auf diesen Kämpfer der Arbeiterklasse, auf seine Partei, die KPD/ML, macht selbst vor dem Tod des Genossen nicht halt. Was selbst die faschistischen Machthaber von Staaten wie Chile nicht wagen, hier geschieht es: die kapitalistischen Bürgerkriegstruppen knüppeln den Trauerzug zu Ehren des Toten zusammen.



Tausende gaben Genossen Günter Routhier das letzte Geleit

Günter Routhier

* 4. November 1928; † 18. Juni 1974 in Essen

In den Gefängnissen Westdeutschlands und Westberlins kommt es derweil zu einem unbefristeten Hungerstreik der Gefangenen der „Roten Armee Fraktion“, mit dem sie sich gegen „Isolationsfolter“ und terroristische Haftbedingungen wenden, die darauf abzielen, sie seelisch und körperlich zugrunde zu richten. Die Partei unterstützt diesen Kampf gegen die unmenschlichen Haftbedingungen, setzt sich aber gleichzeitig in einem Artikel „Die RAF mußte scheitern!“ mit den kleinbürgerlichen, elitären, massenfeindlichen, putschistischen, teils offen konterrevolutionären Anschauungen dieser Gruppe auseinander, wobei sie differenziert zwischen den korrekten antiimperialistischen Aktionen von Heidelberg/Frankfurt und der anderen, rein terroristischen Tätigkeit. Als Mitte November der Genosse Holger Meins, der wegen der antiimperialistischen Aktionen von Heidelberg/Frankfurt verhaftet wurde, im Gefängnis verhungern gelassen wurde, beteiligt sich die Partei unter Losungen wie „Weg mit Isolationsfolter und Vernichtungshaft!“, „Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen!“, „Freiheit für alle politischen Gefangenen!“ am Trauermarsch zu seiner Beerdigung und legt an seinem Grab einen Kranz nieder.

Immer öfter werden jetzt auch Lehrer, Sympathisanten oder auch Mitglieder der Partei, von Berufsverboten betroffen, so unter anderem der Referendar Jürgen Paulick. Als der Landesschulrat Neckel mit Polizei auf dem Hof der Hamburger Schule Bornheide anrückt, um ihn gewaltsam zu holen, lassen es die Schüler erst gar nicht soweit kommen. Sie verhöhnen ihn laut, schließen einen festen Ring um ihren Referendar und zeigen ihm den nächsten Fluchtweg. Von da ab gleicht die Hauptschule der Arbeiterneubausiedlung einer Festung. Drei bis vier Polizeiwagen postieren einsatzbereit am Schultor, an die zwanzig Zivilbeamte schleichen ständig durch die Flure, um zu verhindern, daß Referendar Paulick die Schule betritt. Am 7.6. wird dem kommunistischen Hauptschullehrer Stephan Jensen mitgeteilt, daß er nicht mehr weiter unterrichten und seine Schule in Hamburg, Kielkoppelstraße, nicht mehr betreten darf. Als das Hausverbot für ihren Lehrer bekannt wird, beschließen die Schüler, trotz rigoroser Einschüchterungsmaßnahmen von Seiten der Schulleitung, den Streik. Auch in Duisburg geht man gegen eine Lehrerin an der Droste-Hülshoff-Schule vor, weil sie ihre Schüler sachlich über die Vorgänge anlässlich des Todes von Günter Routhier unterrichtet. In Reutlingen wird ein Lehrerehepaar wegen seiner Teilnahme am Trauermarsch anlässlich des Todes von Günter Routhier, trotz heftiger Proteste der Eltern der Schüler, entlassen. An der Gesamtschule Mümmelmannsberg in Hamburg wird der Lehrer Dieter Kwoell entlassen, weil er für die KPD/ML Plakate zum 1. Mai geklebt haben soll. Gegen diesen Akt der politischen Unterdrückung solidarisieren sich die Schüler mit ihrem Lehrer. Plakate werden gemalt, Flugblätter verteilt, ein Demonstrationzug gebildet.

Doch nicht nur kommunistische Lehrer erhalten Berufsverbot, in die Hunderte, in die Tausende gehen die Entlassungen von Arbeitern und Angestellten aus politischen Gründen. Dabei hat es die Bourgeoisie besonders auf Mitglieder bzw. Sympathisanten der Partei abgesehen. Ein Musterbeispiel, stellvertretend für viele, ist die Entlassung von Thomas Scheffer, Landesvorsitzender der KPD/ML in Westberlin, durch die AEG-Kapitalisten. In der Berufungsverhandlung vor dem Westberliner Arbeitsgericht am 7.11., das wie inzwischen üblich von Polizeitruppen in voller Kampfausrüstung zur Einschüchterung der Arbeiter und Zuhörer besetzt ist, erklärt das Gericht in seinem Urteil: Thomas Scheffer sei zu Recht entlassen, da er die „freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“ mit Waffengewalt stürzen wolle und dies auch in den Betriebszeitungen der KPD/ML, für die er verantwortlich zeichne, offen kundtue. - Dieses Grundsatzurteil eines Westberliner Arbeitsgerichts bedeutet nichts anderes als das Arbeitsverbot für Kommunisten. Nichts entlarvt deutlicher als dieses Urteil, daß diese sogenannte freiheitlich-demokratische Ordnung in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Diktatur der herrschenden kapitalistischen Klasse über die Werktätigen.

Die Verfolgungen der Genossen der Partei gehen auch zum Jahresende weiter. Im Zusammenhang mit den Prozessen zum Münchener Roten Antikriegstag wird Klaus Kercher, der gerade seine Tätigkeit als Lehrer aufnehmen will, verhaftet und in Handschellen dem Gericht in München vorgeführt. Im Kölner Antifaschistenprozeß - sieben Antifaschisten und Genossen stehen vor Gericht, weil sie zweimal die Faschisten der NPD aus Köln-Nippes vertrieben hatten - wütet der berühmte Richter Somoskeoy, der bereits im Prozeß gegen Beate Klarsfeld die Polizei auf französische Widerstandskämpfer hetzte, und verhängt in den beiden ersten Prozeßtagen insgesamt 51 Tage Ordnungsstrafe für die Zuschauer. In

München werden die Genossen Heinz Baron und Klaus Kercher in der Berufungsverhandlung in einem Terrorurteil zu je 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Am 21. und 22. November stehen in Hamburg infolge einer Anzeige der Präsidentin des Bundestages, Frau Renger, der Verleger und Genosse Ernst Aust als verantwortlicher Redakteur des "Roten Morgens" vor Gericht, weil sie das bürgerliche Parlament als eine Schwatzbude bezeichnet hatten, die nichts anderes verdient, als im revolutionären Kampf der Massen auseinandergejagt zu werden. In Hamburg werden anlässlich der Beerdigung Holger Meins' insgesamt zehn Genossen festgenommen. Am Morgen des 29.11. erfolgt auf das Parteibüro in Westberlin ein bewaffneter Überfall. Drei Kugeln durchschlagen Rolläden und Fensterscheiben.

Gründung der ROTEN HILFE

Am 26.1. 1975 wird in Dortmund die „Rote Hilfe Deutschlands“ für Westdeutschland und Westberlin gegründet. Die Partei begrüßt die erfolgreiche Gründung, die an die ruhmreiche Tradition der 1924 gegründeten RHD anknüpft, als einen wichtigen Sieg im Kampf gegen die politische Unterdrückung. Nach einer Demonstration durch Hamburg-Harburg, an der 600 Menschen teilnehmen, findet dort am 22.3. die Gründungsveranstaltung der Roten Hilfe Deutschlands statt. Auf der Veranstaltung sprechen neben dem Genossen Ernst Aust, der Stellung nimmt zum Charakter der RHD als einer breiten Massenorganisation mit dem Ziel der Schaffung einer breiten Front der Solidarität mit politisch verfolgten Kollegen und Genossen, die Genossen Bernd Reiser, Mitglied der Zentralen Leitung der RHD, und Michael Banos, ehemaliger Presseverantwortlicher.

Die Rote Hilfe ist eine proletarische „Massenorganisation mit einer konkreten Zielsetzung, nämlich der Schaffung einer breiten Front der Solidarität mit allen im Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem stehenden und politisch verfolgten klassenbewussten Arbeitern und Revolutionären“

(Ernst Aust - Rede auf der Gründungsveranstaltung der RHD am 22.3.1975).

Im §2 (Zweck der RHD) hieß es dann:

„Die Rote Hilfe Deutschlands ist die Solidaritätsorganisation der Werktätigen in ganz Deutschland. Sie organisiert die Solidarität mit denen, die in der Deutschen Bundesrepublik, in Westberlin oder in der Deutschen Demokratischen Republik verfolgt und unterdrückt werden, weil sie gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes, gegen Faschismus und Reaktion oder gegen die imperialistische Kriegspolitik im Kampf stehen. Sie tritt insbesondere ein für die Freilassung der politischen Gefangenen.“

Ende Juli wird der Genosse Heinz Baron verhaftet, der Genosse Bernd Reiser, Mitglied der Zentralen Leitung der RHD, wird von seinem Arbeitsplatz weg in das Gefängnis Stadelheim gebracht. In vier aufeinander folgenden Prozessen werden unter anderem die Genossin Karin Wagner aus Dortmund zu 1.800 Mark, der Genosse Wolfgang Walter aus Hamburg zu 4.500 Mark, der Genosse Ernst Aust aus Hamburg zu 7.000 Mark und der Genosse Hanfried Brenner aus Duisburg zu 12.000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie in Wort, Schrift und Bild den Kommunismus propagierten. Die Mittelschullehrerin Beate Kohnke aus Duisburg, bisher suspendiert, erhält ihre Entlassungsverfügung aus dem Schuldienst, weil sie wahrheitsgemäß ihre Schüler über die Vorgänge um den Tod Günter Routhiers unterrichtet hatte.

Immer mehr Lehrer werden entlassen, weil man ihnen vorwirft, Mitglied oder Sympathisant der KPD/ML zu sein. In Hamburg droht der Schulleiter des Wirtschaftsgymnasiums H 7 den Schülern mit Gefängnis, weil sie sich mit der entlassenen kommunistischen Lehrerin Renate B. durch Demonstrationen und Streiks solidarisieren. Die Schüler fassen ihre Erfahrungen in dem Spruch zusammen: „Mertens ist ein Faschist, die Schulbehörde kann ihn brauchen, um uns in ihr Braun zu tauchen.“

Anfang November wird der Betriebsratsvorsitzende Genosse Martin Peleikis mitten aus einer Betriebsratssitzung heraus verhaftet und ins Gefängnis von Flensburg eingeliefert. Von hier aus soll er zu seinem Prozeß vorgeführt werden. Die Partei antwortet auf die Verhaftung mit verstärkter Mobilisierung zu dem Prozeßtermin und erreicht, daß das Gericht einen Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gegen den Genossen Martin Peleikis stattgibt. Anlaß für diesen Prozeß ist ein antimilitaristisches Flugblatt der Partei, für das der Genosse Martin presserechtlich verantwortlich zeichnete. Das Terrorurteil des Landgerichts: sieben Monate Gefängnis ohne Bewährung.

Für den 13. Dezember ruft die Partei zu Demonstrationen gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz auf, das die Befürwortung revolutionärer Gewalt unter Strafe stellt. Mehrere tausend Menschen folgen diesem Aufruf und nehmen an den Demonstrationen in Hamburg, Dortmund, Stuttgart, München und Westberlin teil. Auf zahlreichen kleineren Versammlungen werden Protestresolutionen verfaßt. Am 15.12. wird der Genosse Michael Banos als ehemaliger presserechtlich Verantwortlicher für die Rote Hilfe zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Bis zum Jahresende sind allein die Geldstrafen für die Genossen, die im Zusammenhang mit dem Tod Günter Routhiers verurteilt wurden, auf weit über 100.000 DM angewachsen.

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 7 vom 15. Februar 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Gründung der **Roten Hilfe Deutschlands**

Am 26. 1. 1975 wurde in Dortmund die **ROTE HILFE DEUTSCHLANDS** für Westdeutschland und Westberlin gegründet. 50 Delegierte aus 25 **ROTE HILFE**-Gruppen berichten auf dem Gründungskongreß die vorgelegten Entwürfe zum Programm und Statut. Nach eingehender Beratung wurden Programm und Statut der RHD einstimmig verabschiedet. Der Kongreß wählte die Zentrale Leitung der RHD, ihren Ständigen Ausschuß und den Vorsitzenden der RHD.

Die KPD/ML begrüßt die erfolgreiche Gründung der **ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS**, die an die ruhmreiche Tradition der 1924 gegründeten RHD anknüpft, als einen wichtigen Sieg im Kampf gegen die politische Unterdrückung. Die RHD tritt allen, die gegen den Imperialismus, für den Sozialismus kämpfen, mit der mächtigen Waffe der proletarischen Klassen-solidarität zur Seite. Sie ruft alle in ihre Reihen, die gegen die politische Unterdrückung, gegen die fortschreitende Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates kämpfen wollen. Wir drucken im folgenden das Programm der **ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS** ab.

„Vorwärts und nie vergessen
Worin unsere Stärke besteht:
Beim Hungern und beim Essen
Die **SOLIDARITÄT**.“

Aus ganz Westdeutschland und Westberlin haben sich Arbeiter, Angestellte, Bauern, Hausfrauen, Rentner, Studenten und Schüler zusammengeschlossen und die **ROTE HILFE DEUTSCHLANDS** wiedergegründet. Damit setzen wir die Tradition der ruhmreichen **ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS** fort.

Wir leben heute in einer Zeit, wo sich in aller Welt die Arbeiterklasse und die ungeschickten Völker zum Kampf um ihre Unabhängigkeit und Freiheit erheben. In unserem Land wächst der Widerstand gegen das verhaßte imperialistische Ausbeuter- und Unterdrückersystem. Mit dem Anwachsen des

zeigen, daß die Kapitalistenklasse ihre Herrschaft bedroht sieht und durch zunehmende Faschisierung ihres Staatsapparates versuchen wird, die Revolution im Blut zu ersticken.

Doch wo die Unterdrückung wächst, wächst auch der Widerstand. Gerade die Brutalität und Niedertracht dieses Systems zeigt immer größeren Teilen des Volkes, daß dieses System nur mit Gewalt, auf revolutionärem Weg zerschlagen werden kann. Nur der Sozialismus der politischen Unterdrückung des Volkes ein Ende machen wird.

Wenn D., K.P., S.P., E.W. und Konsorten den Terror der Bourgeoisie als einzelne Ausreißer hinstellen und dagegen dem Volk den Weg der Riten, der Reformen und Peticio-





Rote Hilfe

Verstärkt die Solidarität mit unseren Klassenbrüdern in der DDR!

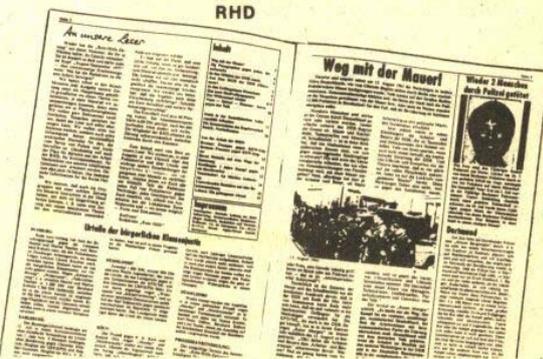
Weg mit der Mauer! S. 2 Der Widerstand wächst S. 8/9
 Aus dem Strafgesetzbuch der DDR (Dokument) S. 5 Justiz in Albanien S. 11

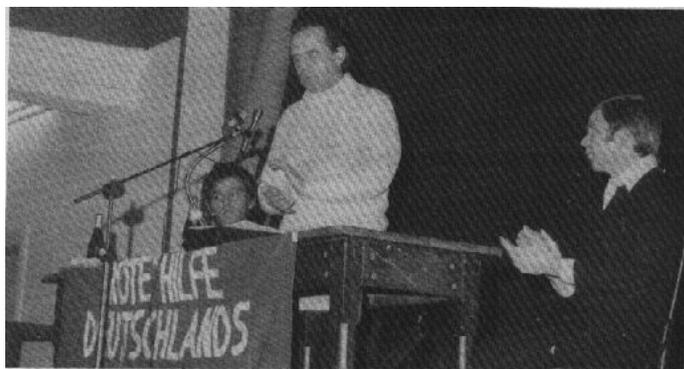
Abonniert die Rote-Hilfe-Zeitung

Mit der Ausgabe August/September erscheint die „Rote-Hilfe-Zeitung“ zum ersten Mal 16seitig, und dafür nur noch alle zwei Monate. Die Redaktion der „Roten Hilfe“ schreibt dazu: „Wir wollen nicht nur Interesse wecken, sondern auch echte Informationen bieten, einschließlich praktischer Hinweise für den, der vom Terror von Polizei und Justiz betroffen ist. Gleichzeitig soll auch der Platz für Berichte aus der Arbeit der RHD, für Korrespondenzen, für Nachrichten erweitert werden. Darum also jetzt 16 Seiten.“

Aus dem Inhalt der neuen Nummer:
 · Weg mit der Mauer · In den Mühlen der DDR-Justiz · Aus dem StGB der DDR · In den Gefängnissen Honeckers · Justiz in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien · Aus der Arbeit der RHD

Einzelheft der „Roten-Hilfe-Zeitung“ DM 0,40. Abonnementspreis für ein Jahr (einschließlich Porto) DM 6,00. Bestellungen an: Büro der Roten Hilfe Deutschland, 46 Dortmund, Stollenstr. 12





Genosse Ernst Aust auf der Veranstaltung der RHD. Weiterhin sprachen die Genossen Bernd Reiser, Mitglied der Zentralen Leitung der RHD und Michael Banos, ehemaliger Presseverantwortlicher der RHD.



Ca. 600 Menschen nahmen an der Demonstration zur Gründung der RHD teil.



1978 wurde die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) gegründet:
 Roter Morgen, 50/78

Die RGO entstand im Kampf

In der bekannten gelben Broschüre ‚Was will die RGO?‘ wurden ihre grundlegenden Ziele und Forderungen erstmals zusammengefaßt und breit veröffentlicht. Über 100.000 Exemplare davon sind vor und in den Betrieben, bei Streikversammlungen und Gewerkschaftskundgebungen verkauft und an interessierte Kollegen verteilt worden. Später sogar in türkischer Sprache. Aber solange war die RGO noch keine wirksame Kraft in den Betrieben. Heute aber ist sie das. Heute greift sie schon in vielen Betrieben in die Kämpfe der Arbeiter und kleinen Angestellten ein. Heute treibt sie die Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen nicht nur in Worten, sondern auch in Taten erfolgreich voran. Beim Hafendarbeiterstreik, beim Kampf der Druckereiarbeiter und beim Streik der Metalller in Nordbaden/Nordwürttemberg standen RGO-Kollegen mit an der Spitze der Streikenden, traten sie entschlossen für die Festigung der Streikfront ein. Die ersten eigenen Flugblätter der RGO erschienen in diesen Kämpfen. Erstmals

schlossen sich kämpferische Kollegen zu festen RGO-Gruppen zusammen. So im Hamburger Hafen, in der Druckereibranche in Hamburg usw.

Die RGO als Organisation wurde so im Kampf geboren und wuchs in den Kämpfen schnell heran. Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen kam der entscheidende Durchbruch. Der brutale Versuch von Unternehmern und Gewerkschaftsführung, um nahezu jeden Preis die Wahl von revolutionären Betriebsräten zu verhindern und zu unterdrücken, schmiedete die entschlossensten Kollegen noch enger zusammen. Diese Erfahrung machte ihnen die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses zu einer RGO-Gruppe endgültig klar.

Die Erfolge, die dabei erzielt wurden, sind beachtlich. In fast allen Betrieben, in denen RGO-Listen oder der RGO nahestehende Listen zur Wahl standen, wurde auch mindestens ein RGO-Kandidat von den Kollegen zum Betriebsrat gewählt. Oft war es auch so, daß die Stimmen der Kollegen für weit mehr Betriebsratsitze gereicht hätten, als Kandidaten auf der Liste standen. In den mittleren und großen Betrieben entfielen auf die RGO-Listen überwiegend **zwischen 15 und 30 Prozent der Stimmen der Kollegen**. In kleineren Betrieben, wo RGO-Kollegen in der Regel auf Einheitslisten kandidierten, konnten sie teilweise noch wesentlich mehr Stimmen auf sich vereinigen. Bis hin zu über zwei Drittel aller Stimmen in einzelnen Fällen. **In über 70 Betrieben arbeiten jetzt weit über 100 Betriebs- und Personalräte der RGO**. In über 50 Betrieben aller wichtigen Branchen haben sich Kollegen zu festen RGO-Gruppen zusammengeschlossen. In einer Anzahl weiterer Betriebe ist die Gründung von RGO-Gruppen in absehbarer Zeit zu erwarten.

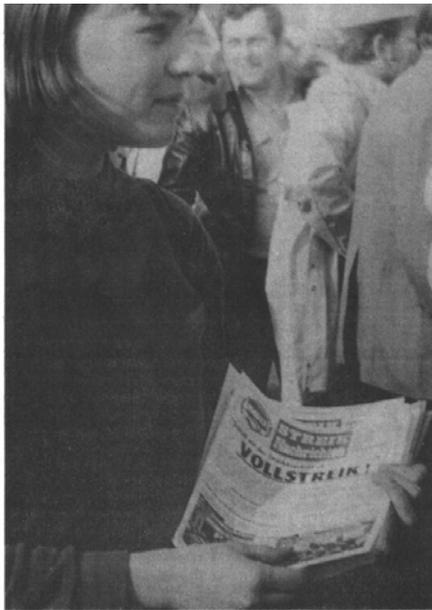
Ein wichtiger Schritt für den weiteren Aufbau der RGO war die Herausgabe der ‚RGO-Nachrichten‘. Seit ihrem erstmaligen Erscheinen im April sind sie mehr und mehr zur Klammer zwischen den einzelnen RGO-Gruppen geworden, auch wenn sie im einzelnen natürlich noch verbesserungsbedürftig sind.“

All dies, betonte Dithmars Theil in seinem Bericht, machte den Zusammenschluß der RGO-Gruppen und -Kollegen zu einer einheitlichen schlagkräftigen Organisation nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Deshalb bildeten Dithmars Theil als Herausgeber der „RGO-Nachrichten“ und eine Reihe von Betriebsräten im Sommer einen Vorbereitungsausschuß und trafen die Vorbereitungen für den Gründungskongreß der RGO. Wenn die Erfolge der RGO im letzten Jahr auch beachtlich waren, die stimmberechtigten Delegierten auf dem Gründungskongreß zahlreiche Kollegen aus wichtigen Großbetrieben, aber auch aus kleineren Betrieben, aus Krankenhäusern und aus der Verwaltung vertraten, so repräsentierten sie natürlich noch nicht die Masse der klassenkämpferischen Kollegen. Dithmars Theil sagte dazu: „Natürlich vertreten unsere Delegierten noch eine sehr geringe Zahl von Kollegen. Das liegt zum einen daran, daß es bisher nur möglich war, über eine Betriebsgruppe Mitglied der RGO zu werden. Das wird nach der Gründung der RGO als bundesweite Organisation anders. Dann ist es auch möglich, als einzelner Kollege Mitglied der RGO zu werden. Zum anderen ist die RGO noch eine sehr junge Organisation und vielen Kollegen noch nicht einmal bekannt. Aber obwohl die Mitgliederzahl noch verhältnismäßig gering ist, zeigt sich doch eins: Der Einfluß der RGO ist bereits jetzt relativ groß. In den Betrieben, wo die RGO arbeitet, gibt es kaum Kollegen, denen das nicht bekannt ist. Über den Kreis der eigentlichen Mitglieder hinaus gibt es eine ganze Reihe von Kollegen, die mit den Zielen und Forderungen der RGO sympathisieren oder uns in einzelnen Fragen Recht geben. Auch die Hektik, mit der die Gewerkschaftsführung und die bürgerliche Presse auf die Erfolge der RGO bei den Betriebsratswahlen reagierten, zeigt uns, daß sie schon jetzt in der RGO eine für Bosse und Bonzen gefährliche Kraft sehen.

Aber das reicht natürlich noch nicht. Wir müssen unsere Anstrengungen vervielfachen, unseren Einfluß systematisch ausdehnen. In diesem Zusammenhang soll auch eine Schwäche unserer bisherigen RGO-Arbeit nicht unerwähnt bleiben. Ich meine unsere Arbeit, unseren Kampf innerhalb der DGB-Gewerkschaften.

Während die meisten RGO-Gruppen bereits vorbildlich in die Kämpfe in den Betrieben eingreifen und bei den Kollegen oft schon ein beträchtliches Ansehen errungen haben, besteht zu fortschrittlichen Vertrauensleuten oder Betriebsräten oft noch ein unnötig gespanntes Verhältnis, beteiligen wir uns zu wenig an der innergewerkschaftlichen Arbeit, bemühen wir uns zu wenig, auch hier die Interessen und Forderungen der Kollegen, der Gewerkschaftsmitglieder, aktiv vorantreibend zu vertreten. Ich bin aber sicher, daß der hier von uns noch zu wählende Vorstand energische Schritte in dieser Richtung unternehmen wird und auch hier in absehbarer Zeit sichtbare Erfolge zu verzeichnen sind.

Die vor uns liegenden Aufgaben wie die Vertrauensleutewahlen im Frühjahr und die bereits in vollem Gange befindliche Tarifbewegung sind eine gute Gelegenheit, unsere Arbeit insgesamt zu verbessern. Wenn wir hier richtig eingreifen, werden wir Erfolge erringen und noch mehr Ansehen bei den Kollegen gewinnen. Die Gründung der RGO auf nationaler Ebene, zu der wir hier zusammengekommen sind, wird zur Bewältigung dieser Aufgaben die entscheidende Grundlage legen. In diesem Sinne wünsche ich unserem Gründungskongreß eine erfolgreiche Arbeit und einen erfolgreichen Abschluß.



Schluß mit der Streikbruchtaktik — Vollstreik!
„Streiknachrichten“, die die RGO im Frühjahr dieses Jahres bei der Metalltarifrunde verteilte.



Die RGO-Betriebsrätinnen von Siemens/Witten auf der 1.-Mai-Demonstration der RGO in Dortmund. Eine der Forderungen ihres Kampfprogrammes ist die Errichtung eines Betriebskindergartens.

Aufgaben und Ziele der RGO

Aufgaben und Ziele der RGO sind in ihrer Satzung festgelegt. Dort heißt es unter § 2:

Die RGO ist eine gewerkschaftliche Kampf Organisation

Sie will die Interessen und Forderungen der Arbeiter und Angestellten gegen die Unternehmerrmacht durchsetzen. Dabei kämpft sie als Opposition in den DGB-Gewerkschaften gegen die reaktionäre DGB-Führung, die mit den Kapitalisten zusammenarbeitet, und gegen den von den unternehmerhörigen DGB-Bonzen geführten und kontrollierten Gewerkschaftsapparat. Die RGO kämpft für die Einheit der Arbeiter und Angestellten gegen die Spalter der Gewerkschaftsbewegung. In ihrem Eintreten für die Interessen der Arbeiter und Angestellten fühlt sich die RGO dem grundlegenden Ziel der Arbeiterbewegung verpflichtet, durch die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse völlig zu beseitigen.

Vor allem hat die RGO folgende Aufgaben:

1. Der Kampf innerhalb der DGB-Gewerkschaften gegen die Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern, wie sie von der DGB-Führung betrieben wird. Das Eintreten für eine Gewerkschaftspolitik, die sich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert und sich konsequent gegen die Unternehmer richtet. Die RGO tritt innerhalb der DGB Gewerkschaften für die Rechte und Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder ein und will die Millionen Gewerkschaftsmitglieder gegen die arbeiterfeindliche DGB-Führung und den von ihr kontrollierten Gewerkschaftsapparat zusammenschließen.

2. Die Entfaltung, Unterstützung und Organisierung der Kämpfe in den Betrieben für die Forderungen der Arbeiter und Angestellten.
3. Der Kampf für die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieb und Gesellschaft. Dabei tritt die RGO gegen die Einführung bzw. für die Aufhebung aller Gesetze und sonstigen Maßnahmen von selten der Unternehmer und des Staates ein, die das Ziel haben, die Gewerkschaftsbewegung zu unterdrücken oder zu behindern. Insbesondere fordert die RGO die völlige Organisationsfreiheit für die Arbeiterklasse, die vollständige Durchsetzung des Streikrechts und das generelle Verbot der Aussperrung sowie die Aufhebung des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes und Personalvertretungsgesetzes.
4. Die Schaffung einer Solidaritätskasse. Aus dieser Kasse sollen Arbeitskämpfe unterstützt werden und Kolleginnen und Kollegen, die wegen ihres Eintretens für die Forderungen der Arbeiter und Angestellten gemaßregelt werden.
5. Die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter, ihre Solidarität und Kampfbereitschaft zu erhöhen.
6. Die Durchführung von Bildungsveranstaltungen.
7. Die Erteilung von Rechtsauskünften, insbesondere auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts.
8. Die solidarische Unterstützung von Kämpfen der Arbeiterschaft im Ausland nach dem Grundsatz „Ihr Kampf ist auch unser Kampf!“, sowie die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten gewerkschaftlichen Organisationen des Auslands im Sinne des proletarischen Internationalismus.





Im Frühjahr 1975 laufen die Betriebsratswahlen in Westdeutschland. Die Partei ruft dazu auf, eigene Listen zu schaffen, „Rote Betriebsräte“ zu wählen, also Kollegen, die gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, den reaktionären DGB-Apparat sind und kämpfen, die gegen die Entlassungen aus politischen und anderen Gründen kämpfen, sich für die gleichen Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter einsetzen und einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und jenen ziehen, die die Interessen der Arbeiter verraten. In Nordrhein-Westfalen beschließt die Partei, sich an den am 4. Mai stattfindenden Landtagswahlen mit der Aufstellung eigener Kandidaten zu beteiligen.

Mit allen Tricks versuchen reaktionäre Betriebsräte wie bei Mannesmann, die Aufstellung Roter Listen zu den Betriebsratswahlen zu verhindern, und wenn sie selbst sage und schreibe 13 eigene Listen aufstellen mußten, um die Kollegen völlig zu verwirren. „Der Röhrenkieker“, die Betriebszeitung der KPD/ML, deckt dieses ganze widerwärtige Gerangel um Betriebsratspöstchen auf und fordert eine außerordentliche Belegschaftsversammlung, wo alle Listen klar Stellung beziehen sollen, um sie so vor versammelter Mannschaft zu entlarven.

Zur Aufstellung einer Roten Liste zu den Betriebsratswahlen kommt es bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln. 73 deutsche und 83 ausländische Kollegen unterstützen mit ihrer Unterschrift die drei Kandidaten der Roten Liste, weit mehr, als für die Zulassung der Liste zur Wahl notwendig sind. IGM-Apparat und Betriebsratsclique bei KHD versuchen mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Rote Liste zur Wahl kommt. Allen drei Kandidaten wird mit Gewerkschaftsausschluß gedroht, wenn sie ihre Kandidatur nicht bis zum 17.3. zurückziehen - ebenso all jenen, die die Liste unterschrieben haben. Doch vergebens! Trotz Hetze wird die Wahl ein Erfolg: Von den drei Roten Betriebsräten werden zwei in den Betriebsrat gewählt. Bei Mannesmann in Düsseldorf-Rath wird der Genosse Uwe B. von mehr als 20 Prozent der Belegschaft in den Betriebsrat gewählt. Bei Howaldt Deutsche Werft in Kiel wird der Genosse Bernd Weitalla wenige Stunden, nachdem er ins Betriebsratsbüro gegangen ist, um eine Unterschriftenliste für die Kandidatur der Roten Liste zu besorgen, entlassen. Am 17.3. werden bei der AG Weser zwei Kandidaten der Roten Liste dieses Betriebes fristlos entlassen und erhalten sofortiges Verbot, weil sie für das Programm der Roten Liste zur Betriebsratswahl verantwortlich zeichneten. Bei Felten & Guillaume in Nordenham wird von reaktionären Betriebsräten aufs widerlichste gegen den revolutionären Betriebsratskandidaten Gerd Coldewey gehetzt. In einem

von ihnen verfaßten Pamphlet wird die KPD/ML als "faschistisch" bezeichnet und geschrieben: „Wer Coldewey wählt, wählt seinen Gegner ... wählt die Zerstörung der Demokratie ... wählt Unsicherheit. Darum: Coldewey darf kein Interessenvertreter der Arbeitnehmer werden. Er würde auch nachher mit Lügen und Terror arbeiten.“ Doch obwohl die IGM-Bonzen in ihrem Flugblatt aufrufen: „Keine Stimme dem Chaoten Coldewey“, ist die Antwort der Kollegen bei der Betriebsratswahl: 28 Prozent für die Rote Liste, 28 Prozent für den Genossen Gerd Coldewey!

Bei HDW in Kiel erscheint am Morgen des Wahltags ein Wahlauftrag der Roten Liste, die gleichzeitig eine Kampfansage an den alten, reaktionären Betriebsrat ist. Und als die Kollegen zur Wahl gehen, da geben 1.072 von 4.870, trotz Hetze und Erpressung, trotz Rausschmiß des Genossen Bernd Woitalla, ihre Stimme der Roten Liste. Damit ziehen alle vier revolutionären Kandidaten in den Betriebsrat ein. Im Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat kann bei Elac in Kiel ebenfalls ein großer Erfolg erzielt werden. Über ein Drittel der Belegschaft wählt die vier revolutionären Betriebsratskandidaten. Der „Rote Lautsprecher“, die Betriebszeitung der KPD/ML, unterstützt die Wahl der roten Kandidaten. So ziehen drei von ihnen in den zehnköpfigen Betriebsrat ein. Bei Dörnemann in Recklinghausen wird ebenfalls ein Genosse mit 30 Prozent der Stimmen zum Betriebsrat gewählt. Diese Erfolge bei den Betriebsratswahlen, auch wenn sie noch recht klein sind und mancher Betriebsrat noch entlassen wird, zeigen eines ganz klar: dort, wo die Partei arbeitet, wo es Genossen gibt, die das Vertrauen ihrer Kollegen besitzen, sind beachtliche Erfolge zu erringen.

Nachdem im Verlauf der Tarifaueinandersetzungen und der Betriebsratswahlen in verschiedenen Betrieben RGO-Gruppen entstanden sind, nachdem bereits seit einem halben Jahr die „RGO-Nachrichten“ erscheinen, wird im Herbst der Gründungskongreß der RGO vorbereitet. Über 100 Delegierte und Gastdelegierte sind es schließlich, die sich am 25./26.11. in Paderborn versammeln, um die RGO zu gründen, ihre Gründungserklärung, ihre Satzung, ihr Aktionsprogramm zu diskutieren und zu verabschieden und ihren ersten Vorstand und ihren Ersten Vorsitzenden zu wählen. Anwesend sind Delegierte von 54 betrieblichen Gruppen der RGO und von zehn türkischen Arbeitervereinen, sehr viele von ihnen Betriebsräte. Auch unter den Gastdelegierten sind verschiedene Betriebsräte, außerdem Gewerkschaftsfunktionäre aus einer Reihe von Einzelgewerkschaften. Als Gast anwesend ist auch ein Vertreter der Partei, der eine Grußadresse verliest und der RGO eine Spende der Partei übergibt.

Bereits zwei Wochen später erscheint der erste Mitgliederrundbrief des neugewählten RGO-Vorstandes, in dem es unter anderem heißt: „Laßt uns jetzt darangehen, unter einheitlicher Leitung, im Geiste kämpferischer Solidarität und Einheit, unsere Kraft zu vervielfachen. Machen wir die RGO zum entscheidenden Faktor für die Durchsetzung der Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und innerhalb der Gewerkschaft.“

Einen Tag nach dem Gründungskongreß der RGO, am 28.11.1978, treten 50.000 Kollegen aus acht Stahlbetrieben vor allem in Duisburg und Dortmund in den Streik. Sie kämpfen für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und für 5 Prozent mehr Lohn. Bei der Urabstimmung zehn Tage zuvor hatten sich allerdings viel mehr Kollegen für den Streik ausgesprochen - über 135.000. Und 120.000 Stahlarbeiter waren am 17.11. in 14 Städten der Bundesrepublik auf die Straße gegangen, um ihre Kampfbereitschaft zu demonstrieren. Als die Gewerkschaftsführung entgegen dem Willen der Basis nicht den Streik in allen Stahlbetrieben ausruft, sondern nur den Schwerpunkstreik in acht Betrieben, ist die Empörung groß. Bereits am 24.11. fordert die Vertrauensleuteversammlung bei Mannesmann/Huckingen in Duisburg den Streik in allen Stahlbetrieben. Flugblätter der RGO, auf denen ebenfalls Vollstreik gefordert wird, finden bei den Kollegen große Zustimmung. Das Verlangen nach der Ausweitung des Streiks wächst noch, als die Unternehmer einen Tag vor Streikbeginn die Aussperrung von 30.000 Kollegen ankündigen und sie auch am 1.12. durchführen. Bei Mannesmann und Thyssen/Hamborn in Duisburg, bei Klöckner in Bremen, bei Krupp/Rheinhausen werden von Vertrauensleuteversammlungen und Belegschaften Resolutionen gegen die Aussperrung und für den Vollstreik verabschiedet. Bei Mannesmann/Mülheim treten am 30.11. 3.000 Kollegen aus Protest gegen die Aussperrung in den Streik, bei Phoenix in Dortmund sind es am 1.12. 350. In Duisburg demonstrieren am 7.12. 6.000 Mannesmann-Arbeiter. Die wiederholte Forderung lautet: „Einbeziehung weiterer Betriebe in die Streikfront. Vollstreik!“

In einigen Betrieben kommt es zu Beginn der Aussperrung auch zu aktivem Widerstand der ausgesperrten Kollegen. So versuchen die Phoenix-Arbeiter in Dortmund am 1.12. mehrere Stunden lang ein Tor vollständig zu blockieren. Überall aber stehen nicht nur vor den Toren der bestreikten Betriebe, sondern auch dort, wo ausgesperrt wurde, Kollegen als Posten vor den Toren.

Die Solidarität mit den streikenden und den ausgesperrten Stahlarbeitern ist groß. Sie werden vor den Toren mit heißen Getränken usw. versorgt, erhalten unzählige Solidaritätsadressen und hohe Geldspenden aus allen Teilen der Bundesrepublik. So sammeln etwa allein die Kollegen des Krupp-Werkes in Bochum, die weder streiken noch von der Aussperrung betroffen sind, über 20.000 Mark. Diese Solidarität drückt sich auch in der Teilnahme von Tausenden Kollegen anderer Branchen an Kundgebungen der Gewerkschaft am 8.12. aus. Über 30.000 Werk tätige, Stahlarbeiter und Werk tätige anderer Branchen, sind es allein in Duisburg, die sich zum Protest gegen die Aussperrung und zur Unterstützung der Forderungen der Stahlarbeiter versammeln.

Auf diesen Kundgebungen warnen bereits Schilder und Transparente, die RGO-Mitglieder und andere Kollegen erstellt haben, vor dem von der Gewerkschaftsführung angesteuerten Schlichtungsbetrug. Die Kollegen wollen keinen faulen Kompromiß. Sie wollen die Erfüllung ihrer Forderungen bzw. zumindest eine eindeutige, in Stunden zu messende Arbeitszeitverkürzung und eine echte Lohnerhöhung. Dieser Wille der Kollegen, der Gewerkschaftsbasis und der Mehrheit der Vertrauensleute, ist so stark, daß die Große Tarifkommission der IG Metall am 18.12. praktisch einstimmig einen durch Schlichtungsverhandlungen zwischen der Gewerkschaftsführung und den Unternehmern ausgehandelten Abschluß ablehnt, der statt echter Arbeitszeitverkürzung nur einige Feierschichten vorsieht. Und die auch nur für einen Teil der Stahlarbeiter. Drei Tage später wird die Ausweitung des Streiks beschlossen, der noch bis in den Januar 1979 hinein andauern soll.

Am 25.1.1978 legen über 20.000 Hafentarbeiter die Arbeit nieder. Die ÖTV-Bonzen wollen keine konsequente, einheitliche Kampfaktion. Sie sabotieren den Streik, wo sie können. Mit der massenhaften Ausstellung von Notausweisen, indem kaum Streikposten aufgestellt werden und indem diese - wie zum Hohn auf die brutalen Streikbruchversuche der Hafenskapitalisten - angewiesen werden, den Anweisungen der Polizei zu folgen, jede Gewalttätigkeit zu unterlassen und Arbeitswillige nicht am Betreten des Betriebes zu hindern. Daraufhin nimmt ein Teil der empörten Kollegen die Sache selbst in die Hand. Zum Beispiel bei Holzmüller im Hamburger Hafen. Am 26.1. brechen hier noch Busse mit Streikbrechern durch. Am nächsten Tag stehen 50 Mann Streikposten. Einem Mercedes, der rücksichtslos durch ihre Kette fährt, werden die Türen eingetreten. Streikbrecher durchlotsende Polizisten werden beschimpft.

Die Hafentarbeitergenossen der Partei stehen in diesem Kampf an vorderster Front. In anderen Betrieben wird die Solidarität organisiert. Tag und Nacht ist im Streiklokal der Partei Betrieb. Der "Rote Handhaken" in Hamburg und „De Ansturm“ in Bremen, die Hafenzeitungen der Partei, erscheinen teilweise mehrmals am Tag mit den neuesten Meldungen vom Kampf. Als am Sonntagabend zwischen den ÖTV-Bonzen, dem Hamburger Bürgermeister Klose (ebenfalls ÖTV-Mitglied) und dem Boß der HHLA (ebenfalls ÖTV-Mitglied) der Verrat perfekt gemacht wird, ist es wiederum der „Rote Handhaken“, der als einzige Zeitung die Kollegen bereits am frühen Morgen informiert. „Nein zu 6,4 Prozent“ ist die Schlagzeile.

Die ROTE GARDE



Zum ersten Mal im April 1975 erscheint die - von da ab monatlich herausgegebene - „Rote-Garde“-Zeitung mit der Hauptüberschrift: „Was wollen wir jungen Kommunisten?“ Zum 1. Mai entbietet das Zentralkomitee der Partei in einem Extrablatt allen Kolleginnen und Kollegen seine revolutionären Kampfesgrüße und ruft sie zum gemeinsamen Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung, gegen den Kapitalismus und seine Handlanger auf.

Während der Kommunistische Studentenbund/Marxisten-Leninisten, der KSB/ML, an den Hochschulen - besonders in Würzburg, Kiel und Westberlin - gegen das Büchertischverbot kämpft, mit dem der Verkauf marxistisch-leninistischer Literatur verhindert werden soll, kommt es in Heidelberg und später auch in Frankfurt, Köln und Stuttgart zu militanten Kämpfen großer Teile der Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhungen für Nahverkehrsmittel, die gerade die Werktätigen und Rentner treffen. In Heidelberg halten einige Tausend mehrere Tage die Schienen der Straßenbahnen besetzt. Zwölf Hundertschaften Polizei versuchen, unter Einsatz aller Mittel, vom Wasserwerfer bis zu gepanzerten Räumungsfahrzeugen, Tränengasbomben und bis zu einem Meter langen Holzschlagstöcken, gegen sie vorzugehen. Die Demonstranten und die Passanten bauen Barrikaden aus Mülltonnen, Möbeln und Baumaterialien und setzen sich mit Steinen gegen die brutal angreifende Polizei zur Wehr, formieren Demonstrationszüge und legen weiter Straßenbahnen und Buslinien lahm. 26 Polizeiwagen werden zerstört, ca. 25 Demonstranten, mit erheblichen, vor allem Kopfverletzungen in die chirurgische Universität eingeliefert.



Ein Höhepunkt in der politischen Arbeit der Partei, vor allem aber der Roten Garde, wird der Rote Antikriegstag und in diesem Zusammenhang der Jugendkongress der Roten Garde am 30. und 31.8. in Offenbach. Ein eindrucksvolles Bild bietet schon die Demonstration mit 5.000 Teilnehmern - zu der außer der Partei auch andere Organisationen aufgerufen hatten -, die durch Frankfurts Innenstadt zieht: ein Meer von roten Fahnen und Transparenten, der Spielmannszug der Partei in weißen Hemden, dahinter stehen die blauen Hemden der Agitproptrupps hervor. Dahinter die Delegationen der

ausländischen Bruderorganisationen. Überall die rote Parteifahne mit dem gelben Spartakusstern und Hammer, Sichel und Gewehr.

Nach der Demonstration beginnt der Kongreß in der, mit 2.000 überwiegend jungen Menschen, Rotgardisten und Genossen gefüllten, Stadthalle in Offenbach. Grußadressen und Telegramme werden verlesen oder, wie die des Genossen Sascha Haschemi, der illegal lebt, vom Tonband abgespielt. Von ausländischen Vertretern werden Begrüßungsworte an den Kongreß gerichtet, Agitprotrupps treten auf, ein Genosse der Roten Garde hält eine Rede „Nieder mit der bürgerlichen Kultur und Weltanschauung“, Rote-Garde-Zellen werden ausgezeichnet. Immer wieder erklingen die Rufe: „Hoch die internationale Solidarität!“

Ein Höhepunkt der Veranstaltung ist die Rede des Genossen Ernst Aust „Die Jugend wird den Kampf entscheiden“, die dem Kongreß entscheidende Impulse gibt. Darin heißt es unter anderem: „Schon früh, spätestens am Roten Antikriegstag 1972 in München, merkte die Bourgeoisie, das hier ist keine Jugend, deren Protest sich auf Bitten, Eingaben und papierene Resolutionen beschränkt, der man mit einigen hundert Polizisten den Scheid abkaufen kann. Diese Jugend läßt sich ihre demokratischen Rechte nicht kampflos rauben, sie läßt sich ihr Recht auf die Straße nicht durch die willkürliche Errichtung von Bannmeilen nehmen. Und wenn man ihr mit Terror begegnet, schlägt sie zurück!“

... Wie ist denn die Lage der lernenden und studierenden Jugend? Sie ist in dergleichen elenden Lage wie ihre Väter und Vorväter. Ohne Recht auf gleiche Bildungschancen, Zigtausende nach dem Schulabschluß ohne Arbeit ... Davon besonders betroffen sind alle berufsschulpflichtigen Jugendlichen ohne anerkanntes Ausbildungsverhältnis, ungelernte Arbeiter, Jungangestellte usw. Können sie je eine Familie gründen? Sich einen bescheidenen Wohlstand schaffen? Was ist denn ihre freiheitliche, demokratische Perspektive? Der Strick? Nein, die Revolution!

Und wie sieht es mit denen aus, die das Glück haben, eine Lehrstelle, einen Studienplatz zu erhalten? Im Betrieb, in der Schule und Universität von reaktionären Ausbildern, Lehrern und Fachidioten auf Vordermann gebracht, soll die Jugend sich in den kapitalistischen Arbeitsprozeß einordnen. Soll sie als Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse dienen, soll sie entsprechend der Wolfsmoral des Kapitalismus nach Mark und Pfennig jagen, soll sie im täglichen Arbeitsprozeß nach oben buckeln, nach unten treten lernen, während man ihr wie den Hunden einige Brosamen vom Tisch der Herrschenden zuwirft. Bestenfalls gestattet man ihr, in imperialistischen Kriegen für die Interessen der Monopole zu sterben oder im Bürgerkrieg in Polizei-, Grenzschutz- oder Bundeswehruniform auf Bruder, Schwester, Vater und Mutter zu schießen.

Das ist es, was der Kapitalismus ihnen zu bieten hat: ein Sklavendasein in Not und Elend, Arbeitslosigkeit und Erniedrigung, Unterdrückung und Ausbeutung. Wer aber - wie die Revisionisten, die Pfaffen - den Sklaven tröstet, statt ihn zur Rebellion gegen die Sklaverei aufzurütteln, der unterstützt die Sklavenhalter. Lieber auf den Barrikaden der Revolution sein Leben geben, als ein Leben lang auf Knien leben!“

20 000 auf der Demonstration in Bonn

Die Großkundgebung gegen den Verbotsantrag der CDU am vergangenen Samstag in Bonn wurde zu einem großen Erfolg. Rund 20.000 Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik waren gekommen, um ihre Empörung über diesen Vorstoß der Reaktion und ihre Kampfbereitschaft zu demonstrieren. In drei kilometerlangen Zügen waren die Teilnehmer der Kundgebung zum Bonner Rathausplatz marschiert, der die große Zahl von Menschen kaum fassen konnte.

Immer wieder ertönten auf dem Marsch zum Rathausplatz die Parole: „Weg mit dem Verbotsantrag gegen KBW, KPD und KPD/ML“ und andere von der Aktionseinheit gemeinsam beschlossene Parolen.

Immer wieder ertönten auch die Parolen unserer Partei: „Das Kapital will unser Verbot, wir kämpfen weiter, Deutschland wird rot!“, „Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muß weg!“, „Nur der Griff

Genosse unserer Partei bekräftigte in seiner Rede an die Kundgebungsteilnehmer die Notwendigkeit, den Kampf gegen den Verbotsantrag und die Faschisierung des Bonner Staates entschieden zu führen und möglichst viele Menschen in diesen Kampf einzubeziehen.

Er erklärte, daß es der Bourgeoisie auch durch ein Verbot niemals gelingen wird, unsere Partei zu zerschlagen und vom Kampf für die

Partei eröffnet. Obwohl es inzwischen bereits fast 21.30 Uhr geworden war, hatten sich noch rund 2.000 Freunde und Genossen in einer begeisternden revolutionären Atmosphäre in der Philipphalle versammelt. Höhepunkt der Kampfveranstaltung gegen den Verbotsantrag war die Rede des Genossen Gernot Schubert, die wir auf den Seiten 10 und 11 abdrucken. Immer wieder wurde der Genosse von Beifall und der Parole: „Vorwärts mit der KPD/ML!“ unterbrochen. Groß war auch die Begeisterung, als die Solidaritätsadressen der marxistisch-leninistischen Bruderparteien und anderer revolutionärer Organisationen, in denen sie sich mit dem Kampf unserer Partei gegen die Verbotsanträge solidarisierten, bekanntgegeben wurden. Auch die Rote Garde, die Jugendorganisation unse-



20.000 Demonstranten forderten auf dem Rathausplatz in Bonn: „Weg mit den Verbotsanträgen!“

der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her!“, „Nieder mit der DKP, Verräter der kommunistischen Idee!“ und „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!“

Unter einem Meer von roten Fahnen, unter denen die Fahnen unserer Partei mit Hammer, Sichel und Gewehr hervorstachen, wurde schließlich die Kundgebung eröffnet. Der

grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse, für die gewaltsame proletarische Revolution abzubringen, die den Untergang der herrschenden Ausbeuterklasse besiegen wird.

Die Kundgebung schloß mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution und dem machtvollen Gesang der Internationale.

Spät am Abend wurde dann in Düsseldorf die Veranstaltung unserer

Partei und die Rote Hilfe Deutschlands hatten Solidaritätsadressen an die Veranstaltung gesandt.

7.784,92 DM wurden für den Kampf unserer Partei auf der Veranstaltung gesammelt.

Mit dem Gesang der Internationale und der Parole: „Vorwärts mit der KPD/ML!“ wurde dann die Veranstaltung beendet.

Zur Jahreswende 1975/76 wird nach langer und gründlicher Vorbereitung die Sektion DDR der KPD/ML gegründet. In der Gründungserklärung, die am 7.2. im „Roten Morgen“ veröffentlicht wird, heißt es unter anderem: „Die Zeit ist längst reif, auch in der DDR den Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse in Angriff zu nehmen.“



Auf einer Großveranstaltung am 7. März in Dortmund feiern rund 2.300 Menschen dieses historische Ereignis, das einen entscheidenden Fortschritt im Kampf der deutschen Arbeiterklasse für die Errichtung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands bedeutet.

Während die Revisionisten verschiedener Art über die Gründung der Sektion DDR ein lautes Wutgeheul anstimmen, wird sie nicht nur von den fortschrittlichen und revolutionären Menschen in Deutschland, sondern in der ganzen Welt begeistert begrüßt. Aus der Vielzahl der Grußadressen und Grüße, die die Partei erreichen, sei hier nur ein Artikel aus „Zeri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, erwähnt, in dem es unter anderem heißt: „**Die albanischen Kommunisten, unsere Arbeiterklasse und das gesamte Volk freuen sich von ganzem Herzen über die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML und begrüßen sie flammend. ‚Die Partei der Arbeit Albaniens‘, hat Genosse Enver Hoxha betont, wird die marxistisch-leninistische Bewegung, alle, die gegen Imperialismus und Revisionismus, für den Sieg der Revolution und des Sozialismus kämpfen, mit allen Kräften und Möglichkeiten unterstützen. Das sozialistische Albanien entbietet den deutschen Marxisten-Leninisten und allen Revolutionären zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML revolutionäre Grüße und wünscht ihnen neue Siege in der sozialistischen Revolution.**“

Die Entstehung der Sektion DDR

Viele der späteren Parteiorganisationen hatten bereits vor der Gründung der Sektion DDR der KPD eine eigenständige Entwicklung durchgemacht. Die um die Jahreswende 1975/76 erfolgte offizielle Gründung kam nicht über Nacht und war keineswegs am grünen Tisch ausgedacht worden. Während die KPD/ML schon im Jahre 1968 in der Bundesrepublik entstanden war, ist die Keimzelle der Sektion DDR innerhalb der DDR selbst zu suchen.

Warum eine KPD in der DDR? Weil die Verhältnisse in der DDR grundsätzlich geändert werden mussten, damit dieser Staat zu Recht sozialistisch genannt werden konnte. Die Politik der SED-Führung war nicht willkürlich und geprägt durch einzelne Führer, die Fehler begingen. Die Wurzeln dieser Politik lagen in den Klasseninteressen einer privilegierten Schicht bzw. Klasse, die alle Herrschaftsfunktionen in ihren Händen monopolisiert hatte und diesen Zustand verewigen wollte. Dies widersprach diametral dem kommunistischen Ziel, alle klassenmäßig bedingten Unterschiede zu beseitigen. Da aber diese Kräfte die Macht und die gesellschaftliche Hegemonie innehatten, konnte sich die DDR nicht mehr in Richtung einer klassenlosen Gesellschaft, in Richtung des Kommunismus bewegen. Der Sozialismus ist aber seinem Wesen nach die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus. Der Sieg auf politischem Gebiet, d.h. die Errichtung der proletarischen Macht, der Aufbau der Wirtschaftsbasis des Sozialismus in Stadt und Land, bedeutet nicht, dass der Sozialismus gesichert ist. Solange der vollständige Sieg der sozialistischen Revolution im Bereich von Ideologie und Kultur nicht gesichert ist, kann es zum Rückschritt hin zum Kapitalismus kommen. Die alten bürgerlichen, patriarchalischen Ideologien wirken noch lange im Bewusstsein der Volksmassen und sie haben noch tiefe Wurzeln. Während der ganzen Übergangsperiode vom Kapitalismus zu

Kommunismus dauert der Klassenkampf an. Das revolutionäre Neue muss den Platz des verworfenen Alten einnehmen. Geschieht dies nicht, kehrt das Alte wieder zurück.

"Ein Land, in dem ein Mensch Angst hat, einen anderen zu kritisieren, ist kein sozialistisches Land" (Enver Hoxha)

Eine Politik, wie sie die entartete SED-Führung betrieb, die ihre Macht verewigen wollte, beendete die anfänglich sozialistische Entwicklung. Phrasen, tote Formeln und der Geist der Selbstzufriedenheit bestimmten nun die Linie der SED. Sie, die SED-Führer, waren unfehlbar und unkritierbar. Die Legende von einer ununterbrochenen, aufstrebenden Entwicklung diente dazu, Kritiker mundtot zu machen.

Die DDR-Propaganda posaunte unablässig heraus, sie sei sozialistisch und die SED-Führung der Garant dafür. Die Entwicklung hin zu einer klassenlosen Gesellschaft war durch die neu entstandene Klasse aber unterbrochen. Die DDR war kein sozialistischer Staat, der nämlich nach Lenin ein "Übergang vom Staat zum Nicht-Staat" (LW25, S.445) sein muss. Die ständige Stärkung des bürokratischen Apparats in der DDR, von dem die "allmächtige und allgegenwärtige" Krake Stasi nur ein Ausdruck war, war die logische Folge einer Politik, die auf die dauerhafte Entmündigung der Gesellschaftsmitglieder abzielte. Die klassenmäßigen Interessen der Herrschenden in der DDR waren es auch, die eine Beteiligung arbeitender Menschen an staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen immer mehr verhinderten. Die (wenn auch schlechte und krisenhafte) Regulierung der Produktion durch den Markt war zwar beseitigt, denn kapitalistisch war die DDR noch nicht. Die Leitung und Kontrolle der arbeitenden Menschen über die Produktion konnte jedoch nicht wachsen, da die Werktätigen immer weniger zu sagen hatten. So kam es immer mehr zu Stagnation. Dass der Sozialismus dann in ein entartetes Regime übergeht (welches wir als Revisionismus bezeichnen), das selbst nur Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus sein kann, war dann folgerichtig. Es ist dann eine Frage des Klassenkampfes, wohin der weitere Weg geht: nach vorne, weiter zum

Sozialismus, hin zum Kommunismus, oder zurück zum Kapitalismus. Dass im Sozialismus die revolutionären Arbeiter unter Führung ihrer Kommunistischen Partei die Hegemonie ausüben müssen, wenn der Sozialismus sich gesund entwickeln soll, war den Gründungsmitgliedern der KPD/ Sektion DDR klar.

Über viele Jahre führte die KPD-Sektion DDR einen umfassenden Kampf für einen Staat, der zu Recht sozialistisch genannt werden kann. Auch wenn sie scheiterte – Anfang der 80er Jahre wurde die Sektion weitgehend von der Stasi zerschlagen - war ihr Kampf nicht umsonst.

Die Erfahrungen, die Lehren werden für die weiteren Erkenntnisse über die Übergangsgesellschaft vom Sozialismus zum Kapitalismus von großen Nutzen sein. Und bis zum Untergang der DDR haben Genossinnen

und Genossen der illegalen Sektion DDR der KPD für den Sturz des revisionistischen Regimes, gegen die Machtübernahme des Kapitals und Kohls, für die Wiedererrichtung des Sozialismus geführt. Trotz aller Bemühungen konnte die Stasi den marxistisch-leninistischen Widerstand nie völlig unterdrücken. Die revisionistische Gesellschaft ist gesetzmäßig in den Kapitalismus/ Imperialismus übergegangen.

Die SED ist verschwunden, hat allerdings Nachfolger und unkritische Anhänger in mehreren Organisationen gefunden, die in DDR-Nostalgie schwelgen und bis heute diese Gesellschaft als sozialistisch bewundern. Das

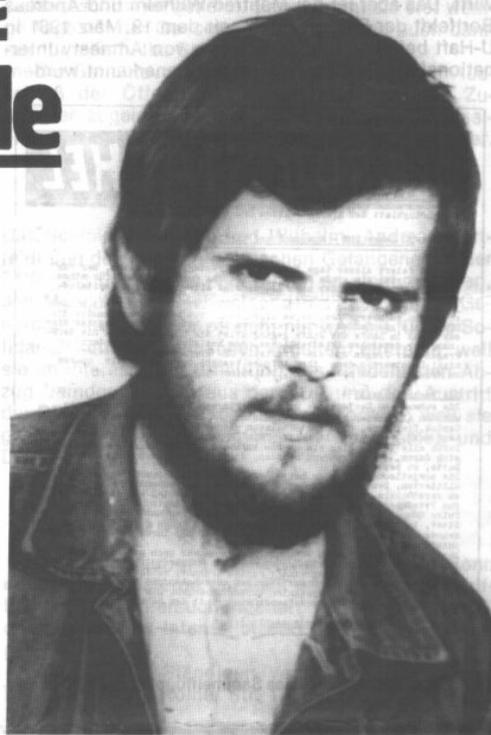
MfS ist aufgelöst oder teilweise von bundesdeutschen Geheimdiensten übernommen.

Mit dem Untergang der revisionistischen Regime kann der Kapitalismus sein Gesicht wieder offen und ungeschminkt zeigen.

Der siegreiche Kapitalismus ist eine Gesellschaft im Niedergang!

Die Notwendigkeit, für den Sozialismus zu kämpfen, zeigt sich noch klarer.

Kommunistische Oppositionelle in der DDR zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt



Manfred Wilhelm, in der DDR verhaftet, weil er Kommunist ist.

In den letzten Wochen wurden in Berlin (Ost) drei Staatsbürger der DDR unter anderem wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu Gefängnisstrafen verurteilt. Ihre „Verbrechen“? 44 Monate Gefängnis forderte der Staatsanwalt etwa gegen einen Angeklagten, der im Herbst letzten Jahres an Berliner Betrieben Plakate mit der Aufschrift „Freie Gewerkschaften in Polen — Wann werden wir zum Schlag ausholen? KPD“ geklebt haben soll. Die Verlobte dieses Angeklagten, in der der Staatsanwalt eine Helferin bei diesem „Verbrechen“ sieht, soll für 20 Monate ins Gefängnis. Zu 34 Monaten Gefängnis wurde ein dritter Staatsbürger der DDR verurteilt. Mit welcher Begründung? Das wissen — wie bei politischen Prozessen in der DDR üblich — nicht einmal die nächsten Angehörigen.

Fest steht aber, daß alle drei vor allem aus einem Grund verurteilt wurden: Weil das Honecker-Regime sie zur kommunistischen Opposition in der DDR zählt, die sich bereits seit 1976 in der KPD, Sektion DDR, organisiert hat und die illegale Zeitung „Roter Morgen“ herausgibt. Aus dem gleichen Grund wurden im Frühjahr und Sommer dieses Jahres weitere vier bis sechs Bürger der DDR verhaftet. Sie befinden sich immer noch in U-Haft und müssen zum Teil mit noch erheblich höheren Gefängnisstrafen rechnen als die bisher Verurteilten.

Kein Einzelfall

Die Verhaftung der kommunistischen Oppositionellen

in der DDR ist kein Einzelfall. Das Honecker-Regime will, offenbar aufgeschreckt durch die Ereignisse in Polen, jede fortschrittliche Opposition im Keim ersticken.

- Im Juli und August dieses Jahres wurden in verschiedenen Betrieben Thüringens sieben Arbeiter verhaftet, weil sie in Betriebsdiskussionen eine Demokratisierung des „Freien Gewerkschaftsbundes“ gefordert und dabei auf die Bewegung in Polen verwiesen hatten.

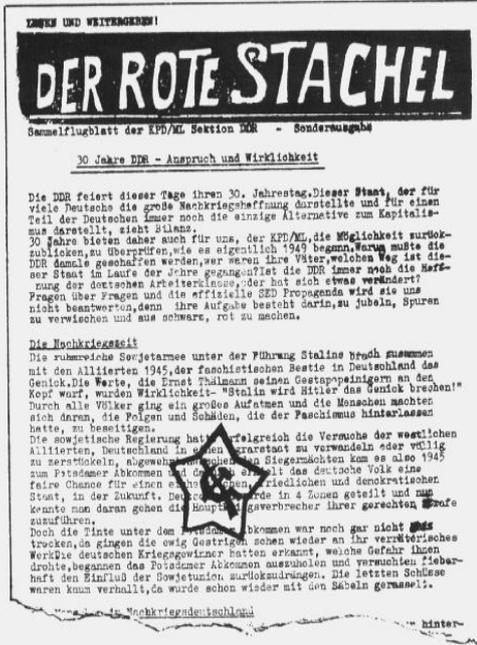
- Der Berliner Maurer Detlef Abramson, 24 Jahre, wurde zu zehn Monaten Haft verurteilt, weil er in einem Gespräch mit Bekannten erklärt hatte: „Wir müßten das gleiche machen wie in Polen.“

- In Weimar wurde der Oberarzt Wilhelm Koch zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, weil er der Solidarität rund 10000 Mark gespendet hatte.

- Auf einer Konferenz von Verlagslektoren im März dieses Jahres erklärte der stellvertretende Kulturminister der DDR, Klaus Höpke, daß Bücher über Polen vorerst keine Chance haben, gedruckt zu werden. Außerdem verlangte er von den Lektoren, künftig nicht nur über die literarischen Pläne der Schriftsteller Berichte anzufertigen, sondern auch über „ihre Stimmungslage“.

Wenn der sogenannte „Arbeiter- und Bauernstaat“ einen Arbeiter wie den Maurer Detlef Abramson allein wegen einer mündlichen Äußerung bereits für zehn Monate ins Gefängnis sperrt, dann kann man sich unschwer vorstellen, welche Strafe Bürgern der DDR droht, denen der Staatssicherheitsdienst die Beteil-

gung an der Erstellung und Verbreitung einer illegalen, oppositionellen kommunistischen Zeitung vorwirft. Das aber ist bei Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt der Fall, die sich seit dem 19. März 1981 in U-Haft befinden und inzwischen von Amnesty International als Gewissensgefangene anerkannt wurden.



Der „Rote Stachel“, illegales Sammel Flugblatt der KPD in Ostberlin.

Wer sind die kommunistischen Oppositionellen in der DDR?

Daß es in der DDR eine Opposition bekannter Schriftsteller, Liedermacher und Wissenschaftler gibt, ist bekannt. Nicht bekannt, von bundesdeutschen und DDR-Massenmedien totgeschwiegen wird die Opposition der „kleinen Leute“ und insbesondere die kommunistische Opposition, seit 1976 in der KPD organisiert. Wer sind die Menschen, die als kommunistische Oppositionelle gegen das Honecker-Regime kämpfen?

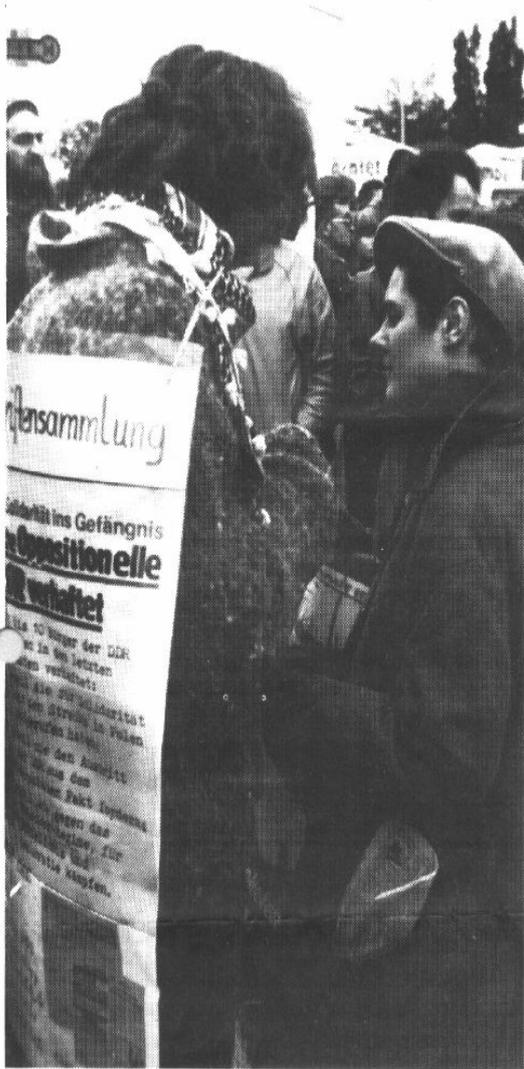
Nehmen wir Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt. **Manfred Wilhelm**, geboren am 5.1.1951, **arbeitete bzw. arbeitete als Betriebsschlosser bei der SED-Zeitung „Neues Deutschland“**. Bereits als Jugendlicher spürte er einen krassen Widerspruch zwischen dem „realen Sozialismus“ und dem, was man ihn an der Schule anhand der Schriften von Marx, Engels und Lenin über den Sozialismus gelehrt hatte. Wie viele junge Leute spielte er mit dem Gedanken an Flucht in den Westen, bereitete sie vor. Zum ersten Mal macht er mit dem Gefängnis Bekanntschaft. Im Verlauf seiner weiteren politischen Entwicklung lernte er erkennen, daß Flucht in den Westen kein Ausweg sein kann. Er entschloß sich, in der DDR den Kampf gegen das System von Korruption, Lüge und Ausbeutung aufzunehmen. Den Kampf gegen das Honecker-Regime, für einen Sozialismus, wie Marx, Engels und Lenin ihn wollten.

Und er fand Mitkämpfer wie den Diplom-Mathematiker **Andreas Bortfeldt**. **Andreas Bortfeldt**, am 1. Mai 1953 geboren, **arbeitet am Institut für Wasserwirtschaft in Berlin**. Er ist Vater von zwei Kindern, einer 7jährigen Tochter und einem 3jährigen Sohn. Als sein Vater, Kurt Bortfeldt, ein bekannter Dramatiker, DEFA-Film-, Fernseh- und Hörspiellautor in der DDR, Anfang Mai dieses Jahres Andreas Bortfeldt und seinen ebenfalls inhaftierten Bruder im Gefängnis besucht, äußert er: „Meine Söhne sind wirkliche Marxisten“. Kurz darauf stirbt er an Herzversagen. Und der Staat, der so viel von Humanität spricht, verweigert den Söhnen die Teilnahme an der Beerdigung des Vaters.



Während die Massenmedien in der Bundesrepublik zur Verhaftung und Verurteilung unserer Genossen in der DDR schweigen, macht die Partei durch zig Informationsstände, wie hier in Dortmund, durch Wandzeitungen sowie durch Verteilen von zehntausenden von Flugblättern vor Betrieben und in Stadtteilen den Fall der Genossen in der DDR bekannt.

Um die Solidarität mit den Genossen zu organisieren sind auf der Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn zig Protestunterschriften gesammelt worden, siehe Foto nächste Seite, gleichzeitig sind zahlreiche Protestkarten verschickt worden.



Sippenhaft

Überhaupt, Schikane und Sippenhaft sind beim Staatssicherheitsdienst der DDR auf der Tagesordnung. So wurde der Mutter von Manfred Wilhelm, einer Rentnerin, der Paß entzogen. Sie, wie auch die Frauen der anderen Inhaftierten werden immer wieder zum Verhör geholt. Bis zu 15 Stunden dauert die Fragelei. Psychoterror. Den Müttern wird gedroht ihnen die Kinder zu nehmen und sie in die Heime der Staatssicherheitsbehörden zu stecken usw. usf. **Wer in der DDR verhaftet wird, ist der Willkür des Staatssicherheitsdienstes hilflos ausgeliefert. Für Arbeiter, die nicht nach Honeckers Pfeife tanzen, gibt es in diesem angeblichen „Arbeiter- und Bauernstaat“ keinerlei Rechte.**

- Bis zur Gerichtsverhandlung ist der Untersuchungshäftling im allgemeinen von der Außenwelt völlig abgeschnitten. In einzelnen Fällen dauerte diese Isolierung bis zu 15 Monaten.

- Seinen Rechtsanwalt bekommt der Untersuchungshäftling in der Regel erst wenige Tage vor seinem Prozeß zu sehen und von einer Verteidigung im Sinne des Angeklagten kann dabei kaum die Rede sein.

- Noch nicht einmal, was ihm eigentlich vorgeworfen wird, erfährt der Angeklagte rechtzeitig. Denn die Anklageschrift ist geheim. Er bekommt sie erst wenige Tage vor der Gerichtsverhandlung und auch dann nur für eine halbe Stunde zu sehen.

- Die Gerichtsverhandlung selbst findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, allenfalls als Zuschauer zugelassen sind Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes bzw. ausgesuchte SED-Mitglieder.

Übt Solidarität!

Das Schicksal von Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und den anderen politischen Gefangenen in der DDR geht uns alle an. Wir dürfen es nicht zulassen, daß Menschen stillschweigend für Jahre hinter Gefängnismauern verschwinden, nur weil sie für die Solidarität mit den polnischen Arbeitern eintreten; weil sie im Interesse der Erhaltung des Friedens den Abzug fremder Truppen aus der DDR und den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt fordern; weil sie gegen das Honecker-Regime, für Sozialismus und Demokratie kämpfen.

Was kann man tun?

- Bei der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn oder beim Ministerrat der DDR protestieren, die Aufhebung der Untersuchungshaft und einen öffentlichen Prozeß mit internationalen Beobachtern verlangen.

Adresse der Ständigen Vertretung: 5300 Bonn-Bad-Godesberg, Kölner Str. 18, Tel.: 02221 / 379051.

lesen — weitergeben — lesen — weitergeben

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Am 2. Juni 1981

In der DDR werden Menschenrechte verletzt

London — Die Menschenrechte in der DDR werden immer mehr verletzt. Das ist die Meinung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Die Kommission hat am 2. Juni ihren Jahresbericht veröffentlicht. In dem Bericht werden die Menschenrechte in der DDR als „schwer verletzt“ bezeichnet. Die Kommission fordert die DDR auf, die Menschenrechte zu verbessern.

Neuer Rüstungswettlauf beginnt

Keine Atomraketen in Europa

900 Mittelstrecken-Atomraketen hat die NATO in Westeuropa stationiert. Ihre Ziele in der DDR und in Osteuropa können sie in Minuten erreichen. Ungarn hat die Warschauer Pakt 1.050 SS-20-Raketen auf Westeuropa gerichtet. Kommen sie zum Einsatz, so sind mit 300 Millionen Toten und 50.000 Quadratkilometern abgerasener Wälder gerechnet. Diese gewaltige Ausbreitung von Atomraketen wurde sowohl von den USA als auch von der Sowjetunion bisher nicht als Risiko für die Welt angesehen. Ein Atomkrieg in Europa würde die Welt in Asche versetzen, weil er selbst aus solchen gegenseitigen Vernichtungsschlägen fähig würde.

Jetzt glauben die westlichen Imperialisten eine Ausweg aus diesem Dilemma gefunden zu haben. Frankreich und China haben sich bereit erklärt, die Stationierung von 7000 Atomraketen hinweg zu verweigern. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, so die westlichen Beamten. Doch die westlichen Regierungen, so die westlichen Beamten, sind nicht bereit, die Stationierung von 7000 Atomraketen hinweg zu verweigern. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, so die westlichen Beamten.

Ungarn: Ende der Planwirtschaft

Die ungarischen Beamten wollen die Wirtschaft reformieren. Der neue Wirtschaftsplan, der 1981 in Budapest verabschiedet wurde, ist ein Schritt in die richtige Richtung. In dem Plan wird die Wirtschaft reformiert. Die Wirtschaft in Ungarn ist seit dem Machtantritt durch János Kádár und einer Phase wieder sozialistisch, wird sich aber nicht mehr so schnell entwickeln.

Jugoslawien: Aufstand in Kosovo

Die jugoslawischen Beamten wollen die Wirtschaft reformieren. Der neue Wirtschaftsplan, der 1981 in Belgrad verabschiedet wurde, ist ein Schritt in die richtige Richtung. In dem Plan wird die Wirtschaft reformiert. Die Wirtschaft in Jugoslawien ist seit dem Machtantritt durch Josip Broz Tito und einer Phase wieder sozialistisch, wird sich aber nicht mehr so schnell entwickeln.

Der „Rote Morgen“, illegales Zentralorgan der KPD/DDR.

Auch in der DDR lief es einmal anders



Ernst Thälmann verlor auch als Parteführer nie die Beziehung zu den einfachen Arbeitern, die ihn liebevoll „Teddy“ nannten...

In diesem Jahr machen die Bonzen ein großes Tamtam um den 30. Geburtstag der DDR. Sie singen immer ein und dieselbe Melodie: von Karl Liebknecht, Ernst Thälmann über Wilhelm Pieck bis zu Honecker eine „kontinuierliche Aufwärtsentwicklung“. Kaum einer hört da überhaupt hin, aber es wäre angebracht, sich einmal die Frage zu stellen, ob sie uns da nicht wieder die Taschen vollhauen.

Thälmann und die Bonzen heute — ein Unterschied wie Tag und Nacht, das ist doch beinahe jedem klar. (1)

Aber wie war das denn nach '45 und in den ersten Jahren der DDR? Wie war es denn mit Wilhelm Pieck, als er der erste Mann im Staate wurde? Als unser Volk 1945 vor einem Trümmerhaufen stand, da wurde den meisten klar: Krieg darf es nie wieder geben. Und sie wünschten die Nazi-Bonzen, Konzernherren und Junker, die sich am Krieg gemästet hatten, zum Teufel. Verteilung des Junkerlandes an die Bauern, Enteignung der großen Konzerne, Bestrafung der Nazi-Verbrecher — das waren echt fortschrittliche Maßnahmen, die von der großen Mehrheit begrüßt und

unterstützt wurden. Im Osten Deutschlands ging es damals den Reichen und Schmarotzern tatsächlich an den Kragen. Die Führung dabei hatte die SED, die damals noch eine Arbeiterpartei war, eine kommunistische Partei, die die Lehren von Marx und Lenin anwandte. Als später die DDR gegründet wurde, sollte das ein ganz neuer Staat werden, wie es ihn in Deutschland noch nie gab. Ein Staat ohne „oben“ und „unten“, ohne Arm und Reich — eben ein Arbeiter- und Bauernstaat.

Und in den ersten Jahren ging es Tatsache in diese Richtung. Da wurden nicht nur die Kapitalisten und Schieber enteignet und bestraft. Da wurde auch dagegen gekämpft, daß sich die Funktionäre von Partei und Staat zu Bürokraten und Bonzen entwickeln. Auch Mitglieder des ZK der SED hatten sich zu verantworten, wenn sie berechnete Hinweise der Arbeiter vom Tisch fegten. Wie zum Beispiel das ZK-Mitglied Lohagen, der in der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ unter der Überschrift: „Genosse Lohagen unterdrückt die Kritik“ zur Rechenschaft gezogen wurde. Oder kannst du dir heute vorstellen, daß ein Minister in



Honecker dagegen sieht man den Parteibonzen schon auf zehn Meilen Entfernung an.

Übrigens, kennt ihr den schon: — Fritz: „Sag mal, Karl, kennst du eigentlich schon den Witz von Honecker, wo er mit einem Strick in den Wald geht?“ Karl: „Nein!“ Fritz: „Ich auch nicht, aber der fängt doch schon ganz gut an?“

einen Betrieb fährt, zu einer Belegschaftsversammlung mit dem Thema „Mängel und Schwächen in der Arbeit des Ministers“? Auch das gab es damals, zum Beispiel in einem Erfurter Betrieb.

Viele Ältere reden noch heute mit Achtung von Wilhelm Pieck, dem ersten Präsidenten der DDR. „Das war mit Abstand der Beste, den wir hier hatten“, heißt es oft. Als er 1960 starb, kamen Zehntausende Berliner Werktätige, um von ihm Abschied zu nehmen. Und zwar ohne „freiwilligen Zwang“, spontan, weil es ihnen aus dem Herzen kam. Es war nicht wie heute, wo es uns kalt läßt, wenn irgendein hohes Tier das Zeitliche segnet.

Der Grund dafür ist klar. Auch als Wilhelm Pieck der erste Mann im Staate wurde, blieb er einfach und bescheiden, ein Mann des Volkes, einer von uns. Wilhelm Pieck ist nie ein Bonze geworden.

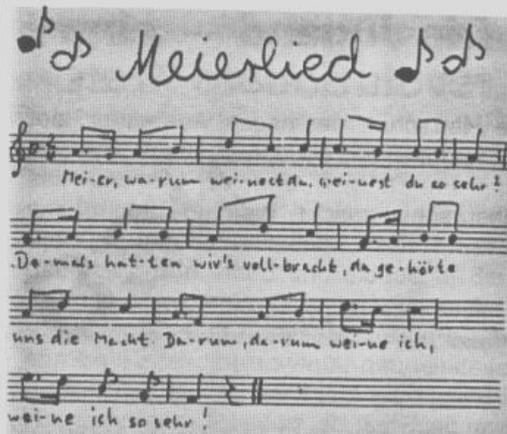
Auch in der DDR war der Sozialismus, der Arbeiter- und Bauernstaat in den ersten Jahren also kein Betrug. Wie anders es damals gewesen sein muß, zeigt auch das Beispiel der 3. Weltjugendfestspiele der Jugend und Studenten 1951 in Berlin. So unglaublich es für einen Jugendlichen heute klingt — damals gab es eine ehrliche Begeisterung der Jugend für die DDR, für den Aufbau des Sozialismus. Als die 3. Weltjugendfestspiele begannen, gingen Zehntausende westdeutscher Jugendliche illegal über die Zonengrenze, um in Berlin dabei zu sein — von West nach Ost! Der westdeutsche Staat hatte ihnen die Teilnahme verboten, und wer von drüben herkam, riskierte Lehr- und Arbeitsstelle. Heute riskiert mancher Jugendliche bei uns sein Leben, um von Ost nach West zu kommen.

Aber warum gab es dann damals am 17. Juni einen Aufstand? Zunächst mal, der Aufstand oder besser der Putsch am 17. Juni wurde tatsächlich von drüben vorbereitet und organisiert. Die Konzernbosse im Westen wollten ihre verlorengegangenen Betriebe und die Macht in diesem Teil Deutschlands wiederhaben. Sie organisierten hier Banden, die Brandanschläge verübten und ehrliche Kommunisten umbrachten. Sie wollten alles rückgängig machen, was hier an fortschrittlichen Veränderungen stattgefunden hatte.

Aber die Arbeiter hatten etwas anderes im Sinn, als sie damals auf die Straße gingen. Sie waren unzufrieden, weil sie sahen, daß während sie unter Entbehrungen die Wirtschaft und das Leben in Gang brachten, eine ganze Reihe Partei- und Staatsfunktionäre, Spitzenkünstler und Intelligenzler sich neue Privilegien verschafften. Das waren nicht die ehrlichen Kommunisten in der SED, sondern die Clique um Ulbricht und Honecker, die bereits damals mit ihrem Verrat am Sozialismus begannen.

Wir wissen, daß sich diese Typen bei uns durchsetzen konnten, wie auch damals in der SU, als der Sozialismus zerschlagen wurde; als Stalin, der Führer der sowjetischen Arbeiterklasse und der internationalen kommunistischen Bewegung in den Dreck gezogen wurde.

Doch so, wie es bei uns und in der SU gekommen ist, muß es nicht kommen. Das beweist das Beispiel Albaniens. Die ersten Jahre der DDR aber zeigen, daß auch auf deutschem Boden ein Arbeiter- und Bauernstaat, der echte Sozialismus keine Utopie bleiben muß.



Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Damals hatten wir's vollbracht,
Da gehörte uns die Macht.
Darum, darum weine ich, weine ich so sehr.

2.
Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Jetzt sind die Bonzen stark geworden,
Und sie haben Macht und Orden.
Darum, darum weine ich, weine ich so sehr.

3.
Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Weil ich kann es nicht ertragen,
Daß ich soll den Maulkorb tragen.
Darum, darum weine ich, weine ich so sehr.

4.
Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Meiner, warum weinst du, weinst du so sehr?
Weil sie unser Geld verprassen
Und nicht sagen, wo sie's lassen.
Darum, darum weine ich, weine ich so sehr.

5.
Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Weil sie von Sozialismus quatschen,
Und sie haben Schloß und Datschen.
Darum, darum weine ich, weine ich so sehr.

6.
Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Meier, warum weinst du, weinst du so sehr?
Weil sie viel vom Frieden schreiben,
Und die Rüstung höher treiben.
Darum, darum weine ich, weine ich so sehr.

7.
Wenn wir uns zusammentun,
Werd'n sie bald im Grabe ruhn.
Darum, darum weine nicht, weine nun nicht mehr.
Darum, darum weine nicht, weine nun nicht mehr.

Kennen Sie den?



Die Hände von Pleck und Grotwohl werden jetzt auch abgeschafft! Wieso? Es wird jede Hand gebraucht.

Das lohnt sich...

Werkzeugmaschinen Marzahn, ND ND 14.9.
an Ort und Stelle dabei. Je eher wir an den neuen Automaten in allen drei Schichten in die vollen gehen können, desto besser für unseren Betrieb und letztlich für unsere Volkswirtschaft.

Fritz Heckert, Karl-Marx-Stadt, ND 12.9.
Werkes. Über 1100 Werkkräfte im Stammbetrieb des Kombinates nutzen die Maschinen und Ausrüstungen des Betriebes, der zu den modernsten und leistungsfähigsten im Industriezweig gehört, im Dreischichtbetrieb. Die Aus-

Waltzwerk in Finow, ND 12.9.
kann die veraltete Generatorkaserzeugung stillgelegt werden. Arbeitskräfte, die dort beschäftigt waren, stehen nun für die Dreischichtbesetzung einer neuen Produktionsanlage zur Verfügung.

... zumindest für die Bonzen



Achtung!

Schichtarbeiter-Krankheiten

Nach einer arbeitsmedizinischen Untersuchung im Auftrag der SPD in NRW an 2.750 Schichtarbeitern leiden an Schlafstörungen 66 Prozent der Schichtarbeiter, noch mal mehr als Normalarbeiter, nervösen Störungen 64 Prozent (2,5 mal mehr als Normalarbeiter), Magenbeschwerden 60 Prozent (2,5 mal mehr als Normalarbeiter) und Appetitlosigkeit 53 Prozent (1,5 mal mehr als Normalarbeiter). Jedes arbeitsmedizinische Mitarbeiter-Interview zur Zeit ca. 1,6 bis 2,2 Millionen, das sind 15 Prozent aller Arbeiter. Und die Zahl wird noch weiter ansteigen, wenn in (baldigen) kommenden Bereichen wird geschicht, sondern auch immer mehr in allen anderen Branchen, wo teure Maschinen stehen, die sich für die Interessen der Arbeiter nicht lohnen.

Zu Ihrer Beruhigung!

Wie wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen der SED-Spitze erfahren konnten, soll Schichtarbeit für den neuen Menschen der DDR schädlich sein.

Vertrauensleutewahlen
Unmut und Aktivität der Kollegen sind gewachsen

Die diesjährigen Wahlen zu den Gewerkschaftsgruppenleitungen sind gelaufen. Wie nicht anders zu erwarten, wurden sie von seiten der SED, staatlichen Leitungen und des FDGB-Apparats zum Anlaß genommen, um verschärfte kollektive und individuelle Verpflichtungen durchzudrücken.

Doch weniger denn je lassen sich die Kollegen mit Phrasen von „Fortsetzung der Politik des Wachstums und der Stabilität“ für dumm verkaufen.

Anders als von oben gewünscht

Dies zeigte bereits ein „BZ“-Interview vom 31. 10. mit dem FDGB-Bonzen Röder vom Bezirksvorstand Berlin. Auf die Frage nach seiner Einschätzung des Wahlverlaufs in Berlin antwortete er: „Insgesamt (!) durchaus positiv“ und sprach davon, daß die Diskussionen „in den meisten (!) Gruppen“ in einer „offenen und sachlichen (!) Atmosphäre stattgefunden hätten. Wer sich in Funktionsdeutsch auskennt, merkt schon an diesen „diplomatischen“ Äußerungen, daß vielerorts die Wahlen nicht wie von oben erwünscht verliefen.

Im trauten Kreis, zum Beispiel, in den Vorständen mehrerer Industrie-gewerkschaften, kam es im Klartext auf den Tisch: In vielen Gewerkschaftsgruppen hätten die Kollegen das Mißverhältnis von steigenden Preisen und stagnierenden Löhnen angesprochen.

Unmut über Teuerung

In einem Flugblatt zu den Vertrauensleutewahlen hatte unsere Partei betont, daß die Kollegen gerade die Wahlversammlungen nutzen sollten, um den Bonzen unangenehme Fragen zu stellen und Druck zu machen. Informationen aus verschiedenen Betrieben und die Auswertung der Wahlen im FDGB-Apparat zeigen, daß viele Kollegen in diesem Sinn handelten. Gerade auch die Rücknahme einiger der unverschämten Preissteigerungen ist sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Kollegen bei den Gewerkschaftswahlen ihren Unmut über die Teuerungswelle zum Ausdruck brachten.

Doch nicht nur die Preissteigerungen, auch betriebliche Mißstände kamen zum Ausdruck.

Eine richtige Antwort auf die 10-Minuten-Kampagne

FDGB-Bonze Röder mußte beispielsweise anführen, daß eine Jugendbrigade im Backwarenkombinat Berlin verbesserten Arbeitsschutz forderte. Und Kollegen vom TRO äußerten zur 10-Minuten-Kampagne, daß der Betrieb erst mal dafür sorgen soll, daß nicht zwanzig Minuten durch schlechte Organisation von der Mittagspause verlorengehen.

Schließlich bricht sich auch eine andere Erkenntnis unter den Kolle-

gen immer mehr Bahn: Daß wir uns ins eigene Fleisch schneiden, wenn wir passiv bei den Vertrauensleutewahlen bleiben und Duckmäusern und Günstlingen der Chefs unsere Stimme geben.

Auf die Zusammensetzung höherer FDGB-Leitungen haben wir kaum Einfluß. Doch, wenn wir uns, auch über persönliche Differenzen hinweg, in den Brigaden und Abteilungen geschlossen für solche Kollegen starkmachen, die echt unsere Interessen vertreten, können wir ihre Wahl durchsetzen. Auch hierfür gab es dieses Jahr eine ganze Anzahl Beispiele.

Wo es gelang, Kollegen unseres Vertrauens in die Leitung zu wählen, kommt es darauf an, ihnen den Rücken zu stärken. Überall sollten wir die uns verbliebenen Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit nutzen, die Angriffe der Bosse auf unseren Lebensstandard und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren.

Bomben und Fanfaren

Betriebe und Kaufhäuser in Berlin und Bezirken. Eine S-Bahn mit Fackelzugteilnehmern fuhr am S-Bahnhof Berlin-Jannowitzbrücke auf einen anderen Zug auf und im Fleischkombinat Berlin wurde nach einem anonymen Anruf vergiftetes Fleisch gefunden.

Besonders die Berliner versprühten hautnah die Sicherheitsmaßnahmen zum 30. Jahrestag. Staats, Polizei, Armee waren einfach überall. Trotzdem solche Vorkommnisse? Und warum wurde die Bevölkerung zum S-Bahnauffahrunfall wissentlich fehlinformiert? Nicht „menschliches Versagen“, so die Zeitungen, sondern Sabotage war die Ursache, wie intern in der SED ausgewertet wurde. Einzeltäter scheiden nahezu aus, wenn man Anzahl und Schwere der Vorfälle bedenkt. Daß westliche Geheimdienste dahinterstecken, ist ebenfalls nicht sehr wahrscheinlich. Ideologische Beeinflussung und wirtschaftliche Durchdringung sind gegenwärtig die Hauptinstrumente der Ostpolitik der NATO-Staaten.

Was unsere Partei, die KPD/ML, anbelangt, so lehnt sie den individuellen Terror entschieden ab. Er schadet nur der Arbeiterklasse und hat mit Marxismus nichts zu tun. Nur Leute, die mit der Arbeiterklasse nichts zu tun haben, können derartige Verbrechen ausheken.

Trinken Rentner keinen Kaffee?

Ab 1. Dezember erhöhen sich für drei Millionen Rentnempfänger die Renten um 5 bis maximal 40 Mark. Auf welche Höhe belaufen sich nun die Einkünfte der Rentner nach der Rentenerhöhung?

Abgesehen von Intelligenzrenten, VdN-Pensionen usw. bewegen sich die Beträge zwischen 270 und 410 Mark im Monat. In bestimmten Fällen liegen sie sogar noch unter 270 Mark.

Von einer tatsächlichen Erhöhung der Renten kann überhaupt nicht die Rede sein, denn die ständig steigenden Preise haben insbesondere in die Geldbörsen der Rentner Löcher gerissen, die auch ein paar Mark nicht zustopfen können. Oder trinken Rentner keinen Kaffee, dessen Preis durch Abschaffung der billigsten Sorte faktisch um 17 Prozent erhöht wurde? Benötigen sie keine neue Bettwäsche, keine Handtücher, müssen sie sich nicht von Zeit zu Zeit neu einkleiden, brauchen sie keine vernünftigen Schuhe usw. usf.? Wohl kaum.

Aber das ist nur die eine Seite. Hinzu kommt, daß viele Dinge nur noch durch Beziehungen und Trinkgelder zu bekommen sind.

So werden Rentner beispielsweise bei der Kohlielieferung hingehalten und bekommen schließlich nur Halb- oder Viertlbriketts mit einem geringeren Heizwert als die gleiche Menge ganzer Briketts. Noch schlimmer sind diejenigen dran, die Koks für ihre Heizung benötigen. Um das auf Kohlenkarte zu liefernde Holz wurden viele Rentner ganz und gar geprellt. Auch die „Preise“ vieler Handwerker sind in den letzten Jahren nicht gerade billiger geworden.

All die wachsenden Probleme, die jedem jüngeren Bürger schon schaffen machen, treffen die Rentner auf Grund ihres Alters und ihrer geringen Einkünfte noch viel härter. Honeckers Almosen zum 30. Jahrestag ist da noch nicht einmal ein Spatz in der Hand, geschweige denn eine Taube — sprich eine wirkliche Verbesserung des Lebensniveaus der Rentner.

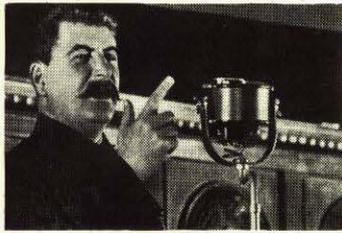
Tatsachen

• Jeder fünfte LKW fällt wegen Altersschwäche aus. Die gesamte Produktion an W 50 geht dieses Jahr in die „sozialistischen“ Bruderländer.

• Ebenso steht's mit dem „Sibirien Express“. Fast alle in Dessau und Ammendorf gebauten Waggons und Kühlwagen gehen in die Sowjetunion.

Das neue Wappentier der DDR: die Gans

Weiß wie die Friedenstaube, watschelt wie die Kampfgruppen, schattert dazwischen wie die Parteilührung, wird ausgenommen wie das Volk, und gerupft wie die DDR in der Integration.



Ein Feind
der Imperialisten —
ein Freund
der Arbeiterklasse

J. W. Stalin

Am 5. März dieses Jahres war es bereits 25 Jahre her, als die erschütternde Nachricht vom Tode Stalins zig Millionen Menschen in der ganzen Welt in tiefe Trauer versetzte. Nicht nur den Kommunisten aller Länder, nicht nur den Völkern der Sowjetunion, sondern den fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt stockte der Atem, als sie diese Nachricht vom Tode des großen Führers der internationalen Arbeiterbewegung hörten. Erinnern wir uns nur an die machtvollen Trauerzüge in unserem Land, in denen unzählige Arbeiter ihre Erschütterung über den Tod des Genossen Stalin bekundeten!

Ein Revolutionär wie Stalin, der stets kompromißlos Partei ergriffen hat für die Sache der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker, für die Sache der Revolution und des Sozialismus, hat nicht nur Freunde, sondern auch Feinde, Feinde, die ihn hassen, weil unter seiner Führung die Sowjetunion allen Versuchen der Bourgeoisie, die Diktatur des Proletariats zu stürzen, standhielt. Sie hassen ihn nicht nur, weil die Sowjetunion ein Grab für die Faschisten wurde, sondern auch, weil die Hilfe der Sowjetunion mit dazu beitrug, daß in der Folge des zweiten Weltkrieges ein starkes sozialistisches Lager entstand, das ein Viertel der Weltbevölkerung umfaßte.

So groß ihre Hetze und ihre Verleumdungen gegen Stalin auch sein mögen — eins ist sicher: All ihre Lügen fallen auf sie selbst zurück. Nehmen wir doch Ulbricht, Honecker und Konsorten, die im treuen Gefolge von Chruschtschow und Breschnew ihr Geschrei über den angeblichen „Personenkult“ Stalins entfachten, die Stalin als „Iwan den Schrecklichen“, als „Verbrecher“ und was sonst noch alles hinzustellen versuchten:

— Es waren doch nachweislich Chruschtschow und seinesgleichen, die lobhüdelten, schmierig heuchelten und krochen, die Stalin als „Vater, klugen Lehrer, genialen Führer...“ in den Himmel lobten, die zu feige waren, zu Stalins Lebzeiten offen ihr wahres konterrevolutionäres Gesicht zu zeigen. — Eine wahrhaft „kommunistische“ Gesinnung.

— Honecker und Gesinnungsgenossen sind es doch, die als Stiefellecker ihrer Moskauer Herren eine neue kapitalistische Ausbeuterklasse bilden.

— Ulbricht und Honecker haben es doch zu verantworten, daß unser Volk mit Mauer und Stacheldraht eingesperrt ist.

— Sie sind es, die als Vasall Moskaus den russischen Militärstiefel in unserem Land halten, die ihrem „großen Bruder“ sogar bei der Unterdrückung anderer Völker beistehen wie bei dem Einmarsch in die CSSR.

— Sie sind es, die ihren Gewaltapparat immer mehr vervollkommen, unser Volk unterdrücken, jugendliche brutal zusammenschlagen und einkern, die bis in jedes Haus, jede Familie ihren Spitzelapparat ausweiten wollen.

Wenn diese Verbrecher, diese Verräter am Kommunismus den Genossen Stalin so abgrundtief hassen, dann ist auch klar, warum. Damals herrschte in der Sowjetunion noch die Arbeiterfaust, damals ist mit solchen Verrätern schonungslos aufgeräumt worden. Stalin hat stets gegen die Korruption, die Vetterwirtschaft, gegen die Bürokratie gekämpft, er hat allen Versuchen der Bourgeoisie, die Diktatur des Proletariats zu unterhöheln und zu stürzen, den schonungslosen Kampf angesagt.



„Es lebe Stalin“ — Losung, 1973 in den Bergen von Georgien fotografiert.



1953: Mansfelder Kumpel trauern um Stalin.

DAS WAR STALIN

„Sie sprechen von ‚Ergebnheit‘ mir gegenüber. Ich würde Ihnen raten, das ‚Prinzip‘ der Ergebnisheit gegenüber Personen über Bord zu werfen. Das ist nicht bolschewistische Art. Seien Sie der Arbeiterklasse, ihrer Partei, ihrem Staat ergeben, das ist notwendig und gut. Aber verwechseln Sie diese Ergebnisheit nicht mit der Ergebnisheit gegenüber Personen, mit diesem hohlen und unnützen intelligenzlerischen Wortgeklingel.“ (Stalin, Werke, Bd. 13, S. 17).

Sollen die Imperialisten und ihre Kreaturen Stalin hassen — für die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Menschen ist dies nur ein Beweis mehr, daß Stalin der Bourgeoisie schwere Schläge versetzt hat und ein unbestechlicher Soldat der Revolution war.

Erheben wir das von den modernen Revisionisten in den Schmutz getretene Banner des Marxismus-Leninismus!

Es lebe die unvergängliche Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin!

Studiert die Werke des Genossen Stalin!

Vor 25 Jahren...



... Wie überall in der Welt, wo Menschen für den Frieden, ihr Glück und die glückliche Zukunft ihrer Kinder sich sorgen und arbeiten, so war es auch in Deutschland, als die erschütternde Nachricht vom Tode des Genossen Stalin unser Volk erreichte: Unser Herz schien für eine Zeitlang stillzustehen, unser Atem stockte, Tränen der Trauer und des Schmerzes traten in unsere Augen. Wir alle, alle friedliebenden Deutschen, fühlten: Uns traf ein unermesslicher Verlust, von uns ging unser bester Freund. Der größte, edelste und selbstloseste Freund der deutschen Nation ist nicht mehr.

Wenn heute Millionen deutsche Patrioten, Millionen und aber Millionen einfache werktätige Menschen den Namen Stalin aussprechen, so wissen sie:

Stalin — das heißt Unabhängigkeit und Freiheit der deutschen Nation,

Stalin — d. h. glückliches Leben in einem friedliebenden, demokratischen Deutschland, befreit von den zerstörenden Kräften des Faschismus und des Krieges,

Stalin — das heißt Freundschaft mit allen Völkern, Wohlstand und Kultur.

Das deutsche Volk hat sich anhand der Tatsachen überzeugt, wer sein Freund und wer sein Feind ist...“

... Mit Josef Wissarionowitsch Stalin ist der große Wissenschaftler des Marxismus-Leninismus, der weise Führer der Werktätigen im Kampf um den Sozialismus, der geniale Feldherr des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes, der überragende Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt dahingegangen.

Das Lebenswerk Josef Wissarionowitsch Stalins wird auf Jahrhunderte die Entwicklung des Weltgeschehens beeinflussen.

In J. W. Stalin verlieren wir den Mitbegründer der siegreichen bolschewistischen Partei, den ruhmvollen Kampfgefährten Lenins in der Führung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, den Mitbegründer des Sowjetstaates, der das grandiose Werk W. I. Lenins fortsetzte und den Sozialismus in der Sowjetunion zum Siege führte.

In Stalin verlieren wir den hervorragenden Gelehrten, der sein wissenschaftliches Werk mit der Entdeckung des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus und des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus krönte und uns in dem genialen Werke ‚Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘ sein wissenschaftliches Vermächtnis hinterließ. Mit diesem Werk wappnete J. W. Stalin die ganze fortschrittliche Menschheit für den Kampf um eine lichte Zukunft, mit diesem Werke hat er der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und dem ganzen Sowjetvolk das große und klare Programm des Aufbaus des Kommunismus in der UdSSR gegeben...“

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

In der Grußadresse des Zentralkomitees der KPD/ML zum neuen Jahr (1976) wird selbstkritisch dazu Stellung genommen, daß die Partei unter dem Einfluß des chinesischen Revisionismus zeitweilig die Auffassung vertreten hat, es gelte in ganz Deutschland vor allem den Kampf gegen die beiden Supermächte, insbesondere den russischen Sozialimperialismus, zu führen. Dagegen wird richtig festgehalten, daß der Hauptfeind der proletarischen Revolution in Westdeutschland der westdeutsche Imperialismus ist und es mit ihm deshalb Keinerlei Zusammenarbeit geben darf, wird weiter betont, daß es auch nicht zulässig ist, sich im Kampf gegen die eine Supermacht, den russischen Sozialimperialismus, auf die andere Supermacht, den US-Imperialismus, zu stützen. Gleichzeitig wird hier - und klarer noch in der am 1. Mai erscheinenden Stellungnahme des Präsidiums der KPD/ML „Zu wichtigen Fragen der Strategie und Taktik der sozialistischen Revolution in Deutschland“ - bereits der entscheidende Schritt zum späteren umfassenden und kompromißlosen Kampf unserer Partei gegen den chinesischen Revisionismus getan, indem die Losung „Alles gegen den drohenden dritten Weltkrieg und den russischen Sozialimperialismus“ als reaktionär und chauvinistisch, als gegen den Marxismus-Leninismus und gegen die proletarische Revolution gerichtet, entlarvt und bekämpft wird.

In zehn Städten demonstrieren am 1. Mai 1976 Tausende unter roten Fahnen ihre revolutionäre Kampfbereitschaft. Zum ersten Mal seit langen Jahren erhebt diesmal auch die Arbeiterklasse in der DDR ihre Stimme zum 1. Mai. Illegal verteilen die Genossen der Sektion DDR dort kleine Flugblätter aus dünnem Papier, in denen sie zum Kampf gegen das Honecker-Regime und seine Moskauer Oberherren aufrufen. Ebenfalls erstmalig nimmt in diesem Jahr eine Delegation revolutionärer Arbeiter aus Westdeutschland an den Malfeierlichkeiten in der Volksrepublik Albanien teil.

Im November werden erneut in verschiedenen Prozessen hohe Gefängnisstrafen gegen Genossen ausgesprochen. So wird etwa der Genosse Martin Peleikis als presserechtlich Verantwortlicher eines antimilitaristischen Flugblattes auch in zweiter Instanz zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Am 4. Dezember versammeln sich in Tübingen 150 Studenten, darunter Genossen der Partei, um eine Veranstaltung zu verhindern, auf der der berüchtigte Faschist Hoffmann Söldner für den rhodesischen Rassistenchef Smith anheuern will.

In Westdeutschland aber gehen auch 1977 die politischen Verfolgungen fortschrittlicher oder auch kommunistischer Menschen weiter. In allen Gebäuden der Gesamtschule in Hamburg-Horn rufen Kleber die Schüler zu einer Demonstration gegen das geplante Berufsverbot für die Lehrerin Ulla Oehler auf. Seit einem Jahr bereits führen Schüler, Eltern und Lehrer den Kampf gegen die geplante Entlassung der Lehrerin. 900 Unterschriften wurden gesammelt, zahlreiche Resolutionen verabschiedet. Nicht nur größere Schüler demonstrieren hier - und einige organisieren sich in der Roten Garde -, auch die kleineren nehmen teil. Ihre Organisation die ROTEN PIONIERE - hat sich schon in mehreren Städten der Bundesrepublik gegründet, als Kindergruppen der Roten Garde. In Hamburg haben sie sich jetzt ihre erste Zeitung geschaffen: „Rote Pioniere“.

Für den 5. Februar ruft das auf dem III. Parteitag der KPD/ML neugewählte Zentralkomitee der Partei zu einer großen Abschlußkundgebung des III. Parteitages in Ludwigshafen auf. Auch eine Reihe von Delegationen marxistisch-leninistischer Bruderparteien sind eingeladen und haben ihr Kommen angekündigt, darunter die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Foto Cami, Mitglied des Zentralkomitees der PAA und Professor an der Staatsuniversität von Tirana, an der Spitze. Am 28. Januar verweigert das Auswärtige Amt in Bonn der Delegation die Einreise in die Bundesrepublik. Bonn, das Diktatoren, Potentaten, Faschisten und Massenmörder wie den persischen Schah mit offenen Armen empfängt, das nichts dagegen hat, daß höchste sowjetische und DDR-Parteifunktionäre die Parteitage der DKP besuchen, verweigert den Vertretern eines vom Hitler-Faschismus überfallenen Landes die Einreise. Das ist ein feindseliger Akt gegen das albanische wie das deutsche Volk, ein feindseliger Akt, der zahlreiche Proteste hervorruft.

Am 7.10. 1977, dem 28. Jahrestag der Gründung der DDR, auf dem Alexanderplatz in Ostberlin: Das Regime hat Truppenparaden und Festlichkeiten angeordnet. Aber aus der geplanten Jubelfeier für die Herren in Moskau und Ostberlin wird nichts. Nachdem es schon nachmittags zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Vopos gekommen ist, entwickelt sich nach und nach eine militante Protestbewegung. Der Ruf „Russen raus“ wird immer lauter. Die Vopos gehen mit unerhörter Brutalität, mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas, gegen die Jugendlichen vor. Mindestens zwei Menschen sterben. Es gibt zahlreiche Verletzte, viele werden verhaftet und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Sektion DDR der Partei prangert den Terror in einem illegal verbreiteten Flugblatt an.

Währenddessen bahnt sich in Westdeutschland ein Terrorfeldzug an, der alles bisher gekannte in den Schatten stellt. Gesinnungsgenossen der Schleyer-Entführer schrecken, um ihre Forderung nach Freilassung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Irmgard Möller und anderen durchzusetzen, auch vor dem Äußersten nicht zurück. Sie entführen eine Lufthansamaschine, die, besetzt mit Urlaubern, aus Mallorca kommt, nach Mogadischu und drohen, die Insassen zu töten, wenn die Bundesregierung ihre Forderung nicht erfüllt. Für die Herren in Bonn ist dieses Verbrechen ein Geschenk des Himmels. Denn hatten die Werktätigen zuvor auf die im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung entfaltete Terroristenhysterie relativ gelassen reagiert, so schlug jetzt die Stimmung um. Die Empörung über das Verbrechen von Mogadischu ist groß. Die Bourgeoisie nutzt die Gunst der Stunde. In einem nächtlichen Coup stürmt die Bundesgrenzschutz-Einheit GSG9 das entführte Flugzeug. Die Herren in Bonn feiern sich als Befreier der Geiseln. Und dann kommt sofort darauf, am Morgen des 18.10., die schreckliche Nachricht. Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe sind tot. Irmgard Möller ist lebensgefährlich verletzt. Politiker, Fernseh- und Rundfunkanstalten, die Presse verbreiten das Märchen vom Stammheimer Selbstmord. Andreas Baader, obwohl Linkshänder, soll sich mit der rechten Hand einen Genickschuß beigebracht haben. Irmgard Möller, obwohl bewußtlos, soll sich mit einem Anstaltsbrotmesser in die Brust gestochen haben. Trotz Kontaktsperre, trotz rigidester Überwachung von Verteidigern und Häftlingen sollen nicht nur Pistolen nebst Munition, sondern auch pfundweise Sprengstoff nebst Zündkapseln, komplette Sprechanlagen usw. in den Zellen aufbewahrt worden sein. Kein logisch denkender Mensch glaubt diese Ungeheuerlichkeiten. Nicht nur Pfarrer Ensslin, sondern Zeitungen in aller Welt erklären: „Sie sind ermordet worden.“

Vor dem VW-Werk in Wolfsburg marschieren sie auf und vor Bayer-Leverkusen - schwerbewaffnete Polizeikommandos, die die Werkstore abriegeln und Gesichtskontrollen durchführen. Es ist die "Stunde der Fahndung", wie sie nach Schleyers Tod angekündigt wird. Es ist der Polizeistaat in Aktion mit allem, was dazugehört: Straßenkontrollen, Hausdurchsuchungen und pausenlosen Aufrufen zur Denunziation. Jeder soll jeden bespitzeln gemäß der Schlagzeile von „Bild“: „Die Terroristen von heute, das sind die netten jungen Leute von nebenan.“

Die VR China entlarvt sich – Solidarität der KPD/ML mit der VR Albanien

Am 7. Juli 1978 teilt die Regierung der Volksrepublik China der Botschaft der SVR Albanien durch eine Note mit, daß ab sofort alle chinesischen Hilfen und Zahlungen im Rahmen des Zivil- und Militärkredits an Albanien eingestellt, die chinesischen Spezialisten aus Albanien zurückgezogen und eine Reihe wichtiger Werke unvollendet gelassen werden. Der „Rote Morgen“ antwortet darauf, nachdem die albanische Nachrichtenagentur ATA die Nachricht über diese Provokation verbreitet hat, mit einem Artikel „In den Fußstapfen Chruschtschows“. Darin heißt es unter anderem: „Unsere Partei und alle revolutionären und fortschrittlichen Menschen in Deutschland verurteilen diesen offen antimarxistischen und chauvinistischen Schritt der chinesischen Revisionistenclique auf der Grundlage der ‚Drei-Welten-Theorie‘, einer Politik, die gegen den Kampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern für den Sozialismus gerichtet ist, die den Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und die innere Reaktion sabotiert, die auf die Schwächung des Sozialismus und die Stärkung von Imperialismus, Reaktion und Revisionismus abzielt.“

Genosse Ernst Aust, der sich gerade in Albanien aufhält, nimmt in einem Fernsehinterview dazu Stellung. Die Rote Garde, Parteiversammlungen und fortschrittliche Organisationen aus Westdeutschland bekunden der SVR Albanien ihre unverbrüchliche Solidarität. Als das ZK der Partei der Arbeit Albanien und die Regierung der SVR Albanien am 29. Juli in einem Brief auf die chinesische Provokation antworten, wird er im „Roten Morgen“ abgedruckt und von Genossen und Freunden der Partei begeistert begrüßt. In dem Brief heißt es unter anderem: „Die Einstellung der Hilfen und Kredite für das sozialistische Albanien durch die chinesische Führung ist nicht lediglich eine, wenn auch schwerwiegende, Episode in den Beziehungen zwischen China und Albanien. Dieser Akt ist von großer internationaler Bedeutung. Er beweist, daß sich China gegen den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus gestellt hat, daß es sich eine chauvinistische Politik des Diktats der Großmacht zu eigen gemacht hat und anwendet, daß es eine hegemonistische Praxis verfolgt und mit der brutalen Willkür einer Großmacht handelt.“

Sektiererische Abweichungen verurteilt

Währenddessen bereiten die Genossen in den Grundeinheiten der Partei, auf Orts- und Landesbezirksdelegiertenkonferenzen den IV. Parteitag der KPD/ML vor. Es sind die Kampferprobtesten Genossen, die schließlich am 16.12. 1978 in Hamburg zusammenkommen, um in gemeinsamer Arbeit die vor der Partei stehenden Aufgaben zu diskutieren und Beschlüsse für die weitere Arbeit der Partei zu fassen. Beginn und zugleich Höhepunkt dieses Parteitages war der vom Vorsitzenden der Partei, Genossen Ernst Aust, vorgetragene Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des IV. Zentralkomitees der Partei. Im Kommuniqué des neuen Zentralkomitees über den IV. Parteitag heißt es darüber:

Im Rechenschaftsbericht „wurden die Entwicklung der Partei und ihre Erfolge seit dem III. Parteitag dargelegt und die starken sektiererischen Abweichungen und Fehler verurteilt, die die Partei darin behinderten, sich eng mit den Massen zu verbinden. Es wurde die auf dem 5. Plenum des IV. Zentralkomitees gegebene Ausrichtung im Kampf gegen das ultralinke Sektierertum bekräftigt und vertieft.

Der Bericht unterzog die nationale und internationale Lage einer prinzipienfesten marxistisch-leninistischen Analyse. Er hob hervor, daß sich die Klassenkämpfe zunehmend verschärfen werden und daß mit der weiteren Zuspitzung der Krise des kapitalistischen Weltsystems und der rapiden Zunahme der Arbeitslosigkeit die Möglichkeit des relativ schnellen Heranreifens einer revolutionären Situation besteht. Erstellte der Partei die zukünftigen Aufgaben an den Hauptfronten des Klassenkampfes. **Er bekräftigte die Linie der Partei in der Gewerkschaftsfrage, die den Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition unterstützt und betonte, daß das Schwergewicht der Gewerkschaftsarbeit der Partei auf der Arbeit innerhalb der DGB-Gewerkschaften liegen muß, um die Massen der Gewerkschaftsmitglieder vom Einfluß der reaktionären Gewerkschaftsführer zu befreien.** Ebenso gab er wichtige Hinweise zur Verbesserung und Ausrichtung der Arbeit der Partei unter der Jugend, den Bauern, den Frauen, im Stadtteil, im Kampf gegen Reaktion und Faschismus usw. Dabei betonte er gleichzeitig die Notwendigkeit der Schulung der Genossen im Marxismus-Leninismus, um das ideologische Niveau der Partei zu erhöhen. Er zog ferner einen klaren Trennungsstrich zum individuellen Terrorismus und wies die arbeiterfeindlichen Theorien und Handlungen kleinbürgerlicher Gruppen wie der RAF als konterrevolutionär zurück.

das Verfassungsschutzgesetz in Ham- bracht! Zur politischen RM, 5/1977

Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda

Am 9. Februar beginnt erneut ein Prozeß gegen den „Roten Morgen“. Die verantwortliche Redakteurin des „Roten Morgen“, Renate Bähies, ist angeklagt wegen Artikeln zum Tod des Genossen Günter Routhier, die in den Ausgaben 19/76 und 25/76 erschienen. Am gleichen Tag findet in Duisburg vor dem Landgericht ein Prozeß gegen den Vorsitzenden der Partei, Genossen Ernst Aust, statt.

Genosse Ernst Aust war angeklagt worden wegen eines Flugblatts, mit dem er sich während der Landtagswahl in NRW 1975 in seinem Wahlkreis vorgestellt hatte. „Böswillige Verächtlichmachung des Staates“ nannte der Staatsanwalt es, daß Genosse Ernst den bürgerlichen Staatsapparat als Ausbeutungs- und Unterdrückungsinstrument bezeichnet und erklärt hatte, die Bourgeoisie gehe zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft auch über Leichen. In der ersten Instanz im Juli letzten Jahres war Genosse Ernst deshalb zu 2 400 DM Geldstrafe verurteilt worden.

„Böswillige Verächtlichmachung“ hat die Bourgeoisie es schon immer genannt, wenn man ihre Herrschaft über die Werktätigen nicht als „Wohlstandsgesellschaft“ und „freiheitliche Demokratie“ bejubelte, sondern entsprechend den Tatsachen, wie sie Millionen von Werktätigen täglich erleben, beim Namen nannte.

Auch der Paragraph 90 a, mit dem sie heute ständig gegen die Partei vorgeht, ist nicht neu. Er stammt aus den Gesetzbüchern des Hitlerfaschismus und hat nach dem zweiten Weltkrieg in Hunderten von Fällen dazu gedient, gegen die kommunistische Presse der revolutionären KPD vorzugehen. Den gleichen Zweck wie damals erfüllt dieser Pa-

ragraph auch heute. Es ist ein Paragraph gegen den Marxismus-Leninismus, zur Ausschaltung der kommunistischen Agitation und Propaganda. Daran können auch die ständigen Lügen der Bourgeoisie und ihrer Justizminister nichts ändern, es gä-

be heute in der Bundesrepublik keine politische Justiz, keine Verfolgung der Gesinnung. Wie weit diese Verfolgung heute bereits geht, zeigt sich unter anderem an einer der beiden Anklageschriften gegen die Genossin Renate Bähies, wo es heißt:

„Soweit in der Zeitschrift von dem systematisch gesteigerten Terror des gesamten Staatsapparates gegen die KPD/ML die Rede ist und davon, daß immer mehr Menschen hinter der Fassade der Rechtsstaatlichkeit das Wesen dieses Staates

Verfolgte, angeklagte oder verbotene Ausgaben des „Roten Morgen“

Extra Juni 72	Extra Juni 74	Nr. 31/74	Nr. 48/74	Nr. 12/75
Nr. 15/72	Nr. 25/74	Nr. 34/74	Nr. 49/74	Nr. 24/75
Nr. 18/72	Nr. 26/74	Nr. 35/74	Nr. 1/75	Nr. 34/75
Nr. 20/72	Nr. 27/74	Nr. 38/74	Nr. 2/75	Nr. 37/75
Nr. 21/72	Nr. 28/74	Nr. 39/74	Nr. 4/75	Nr. 38/75
Nr. 23/73	Nr. 29/74	Nr. 42/74	Nr. 5/75	Nr. 40/75
Nr. 13/74	Nr. 30/74	Nr. 46/76	Nr. 10/75	Nr. 19/76
			Nr. 11/75	Nr. 25/76

Bisher ergangene Urteile:

22. 1.74	Ernst Aust	5 400 DM
11. 9.74	Ernst Aust	3 000 DM
20. 8.75	Ernst Aust	7 500 DM
Juli 76	Ernst Aust	2 400 DM
8. 9.76	Ernst Aust	2 000 DM
8. 9.76	G. Schubert	1 500 DM
13. 5.76	G. Schubert	1 Jahr mit Bewährung
	Karin Wagner	4 Monate mit Bewährung
16.11.76	G. Schubert	4 Monate ohne Bewährung
	Karin Wagner	1 800 DM
	Dieter Stoll	4 Monate ohne Bewährung

Spenden

Seit Ende Dezember gingen folgende Spenden auf das Konto des Verlags Schneider ein:

Für die KPD/ML:		19. 1. Arbeitertreff Hamburg-Altona	17,35
18. 1. Verlobungsfeier, Stuttgart	30,00	19. 1. H.M., Dortmund	20,00
26. 1. W.H., Würzburg	147,00	19. 1. Spende aus Dortmund	11,50
Gesamt	177,00	20. 1. B.B., Bonn	10,00
Für den „Roten Morgen“:		21. 1. G.G., Kiel	10,00
27.12. W.K., Essen	60,00	21. 1. D.K., Bremen 21	20,00
30.12. V.L., Essen	5,00	20. 1. J.B., Wilhelmthal	20,00
31.12. C.V., München	5,00	20. 1. H.M., Dortmund	20,00
3. 1. H.L., Eiterfeld	10,00	20. 1. D.F., Westberlin	20,00
6. 1. H.D.D., Bremerhaven	5,00	24. 1. Symp., Westberlin	100,00
7. 1. G.K., Flensburg	70,00	24. 1. U.M., Westberlin	20,00
10. 1. P.S., Dortmund	10,00	24. 1. Freunde aus München	30,00
12. 1. W.H., Augsburg	200,00	24. 1. W.K., Aalen-Unterkochen	10,00
12. 1. Kunden Buchladen „Roter Morgen“, Hamburg	196,00	24. 1. Ch.G., Westerland	10,00
13. 1. E.K., Etelsen	10,00	24. 1. R.W., Kassel	10,00
13. 1. Skatrunde Saarbrücken	25,00	25. 1. A.B., Köln	10,00
14. 1. Kunden Buchladen „Roter Morgen“, Bochum	62,17	25. 1. P.K., München	200,00
17. 1. KSB/ML, Westberlin	36,00	25. 1. G.u.J.B., Niedermöden	30,00
17. 1. N.G., Seligenstadt	20,00	26. 1. L.F., Frankfurt	10,00
19. 1. J.Sch., Karlsruhe	10,00	Gesamt	1 353,02
19. 1. E.P., Salem	20,00	Solidarität:	
19. 1. Arbeitertreff Hamburg-Altona	30,00	6. 1. J.B., Essen	20,00
		Summe aller Spenden	1 550,02

als einer brutalen Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse erkennen, liegt ein Vergehen nach § 90 a Abs. 1 StGB vor. Durch diese haltlosen und haßerfüllten Vorwürfe wird die Bundesrepublik in feindlicher Gesinnung der Achtung als unwert und als unwürdig hingestellt.“

Mit anderen Worten: die gleiche Bourgeoisie, die gleiche Klassenjustiz, die immer mehr Kommunisten ins Gefängnis sperrt, mit hohen Geldstrafen belegt, aus dem Betrieb und aus dem Schuldienst werfen läßt, will der Partei gleichzeitig verbieten, diese Verfolgung anzuprangern, die Werktätigen zu informieren und zur Solidarität aufzurufen. Warum, gesteht der Staatsanwalt unfreiwillig selbst ein: Weil sich unter anderem an all diesen Fällen für so manchen zeigt, wie verlogen die Parolen von Freiheit und Demokratie sind, mit denen er

tagtäglich in Presse, Funk und Fernsehen eingedickt wird. Weil so manchem an der Verfolgung der Partei durch die Bourgeoisie klar wird, daß die KPD/ML – im Gegensatz zur D„K“P, die ungestört ihre revisionistische Propaganda verbreiten kann – tatsächlich der Todfeind der Bourgeoisie ist und in Wort und Tat für ihren revolutionären Sturz kämpft. Daran, daß diese Erkenntnis weiter wächst, daß die Partei sich weiter mit den Massen verbinden wird, wird sich deshalb auch in Zukunft weder durch den Terror der Bourgeoisie noch durch ihre Demagogie etwas ändern.

Prozeßtermine:

Gegen den „Roten Morgen“:
9. 2., 12 Uhr, Amtsgericht Dortmund, Gerichtsstraße 22, Zi. 100.
Gegen Genossen Ernst Aust:
9. 2., 10.30 Uhr, Landgericht Duisburg, König-Heinrich-Platz 1, Zi.157.



Kommunisten verteidigen die Souveränität der DDR

BERLINSCHACHER UNTERZEICHNET

Roter Morgen, 12/ 1972

"Der Krenli verkauft die Souveränität der DDR!", so hieß es im Leitartikel des ROTEN MORGEN im September 1971, anlässlich der Verhandlungen der "Vier Mächte" zum sogenannten Berlinabkommen. Der Imperialistenschacher um Berlin ist vorläufig besiegt. Er wird alles andere als "Sicherheit und Entspannung" mit sich bringen.

Um was geht es in diesem Abkommen?

Mithilfe der sowjetischen Sozialimperialisten wurde Westberlin endgültig dem BRD-Imperialismus zugeschachert. Damit haben die Krenlzaren dem Druck und der Erpressung der NATO ein weiteres mal nachgegeben, vor allem aber den Bonner Revanchisten, die seit 25 Jahren Westberlin als "Vorposten" ihrer Wiedereroberungspläne benutzt und ausgebaut haben. Die Herren Krupp, Thyssen & Co. haben sich niemals damit abgefunden, daß nach ihrem letzten verlorenen Eroberungskrieg die Gebiete jenseits der Elbe ihrem Einflußbereich entzogen waren. So wenig sich bis heute an der Herrschaft der Monopolkapitalisten, dieser alten Kriegsbrandstifter in unserem Land geändert hat, so wenig haben sich auch deren Großmachtpläne geändert. Mehr Absatzmärkte und Rohstoffquellen — darum ging es ihnen, als sie Hitler an die Macht hieften, darum geht es jeder ihrer Regierungen, ob sie Adenauer oder Brandt/Scheel heißen.

Die Krenlzaren haben Bonn, ihrem neuen Partner in Europa, Westberlin in den Rachen geworfen. Die Krenlzaren stehen im Berlinabkommen zu, daß Bonn die Auslandsvertretung Westberlins übernimmt, daß sich die Bonner Dienststellen ungehindert weiter in Westberlin ansiedeln können, daß ungehindert die über 100 Spionage, Unterwanderungs- und Faschistenorganisationen sich weiter in der "Frontstadt" Westberlin tummeln können. Die Westberliner erhalten Bundespässe, womit deutlich wird, wie weit bereits die Forderungen des Bonner Grundgesetzes durchgekommen sind: Berlin ist 11. Bundesland.

Die Sozialimperialisten garantieren laut Vertrag die Zufahrtswege nach Westberlin. Das heißt nichts anderes, als daß ein neuer Korridor geschaffen wurde, ein Korridor wie einst durch Polen. Es wird nicht lange dauern, und auch wir werden erleben, wie "friedensfördernd" damals wie heute solche Korridore sind.

Die Honneckerclique und die DKP- und SEW-Revisionisten bejubeln den Berlinschacher:

"Erstmals wird festgestellt, daß Westberlin kein Land der Bundesrepublik ist und nicht von ihr regiert werden kann." Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache, meine Herren!

Ist denn die DDR-Regierung mit nur einem Wörtchen gefragt worden, als über ihre Aufbahnen verhandelt wurde?

Bis heute wird doch die DDR von Bonn noch nicht als souveräner Staat anerkannt und auch nach den Ostverträgen gilt weiter der Artikel 7 des "Deutschlandvertrages", der 1954 zwischen den westdeutschen und westlichen Imperialisten abgeschlossen wurde. Dort heißt es, daß das Ziel der Bundesrepublik bleiben wird: "ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt, und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist." Steht denn nicht im "Brief zur deutschen Einheit", daß die Bonner Revanchisten niemals ihre imperialistischen Annektionspläne gegenüber der DDR aufgeben wollen? Wie können sie die Grenze zur DDR als unverletzlich anerkennen, wenn sie die DDR nicht als Staat völkerrechtlich anerkennen? Die BRD verhinderte vor kurzem wieder die Teilnahme der DDR an der Weltgesundheitsorganisation. Bahr sagte am 26. Mai ganz offen zu Kohl: "Die Bundesrepublik wird niemals einen Botschafter ernennen" (FR vom 27. 5.).

Die DDR isolieren und sturmreif schießen — das ist die neue Ostpolitik der westdeutschen Imperialisten. Die DDR wird nicht anerkannt und eifrig mischen sich die Bonner Revanchisten in die inneren Angelegenheiten dieses Staates ein. Was würde denn z.B. Frankreich sagen, wenn ihm die BRD vorschreiben würde, wie es seine Grenzen bewacht, wie es seinen Bürgern die Ausreise erlauben und wie es anderen die Einreise erlauben muß? Genau das schreibt aber die BRD der DDR im Verkehrsvertrag, im Berlinabkommen und anderen Verträgen vor.

Die Honneckerclique in der DDR macht willig mit. Was würde denn auch der große Bruder in Moskau sagen, wenn dessen Bonner Geschäftspartner ein Wunsch abgeschlagen

wie einst ein Dubcek in die Berge geschickt zu werden. Wir Kommunisten verteidigen die Souveränität der DDR, auch wenn wir wissen, daß die DDR kein sozialistisches Land mehr ist. Aber den Revancheplänen des Westdeutschen Imperialismus muß ein Riegel vorgeschoben werden, denn Kapitulation vor der imperialistischen Expansion und Aggressionsabsichten hat noch nie dem Frieden genutzt.

Die Völker Europas haben den Schacher von München 1938 nicht vergessen. Auch damals wurde dem deutschen Imperialismus die Souveränität anderer Völker in den Rachen geworfen. Die Folgen hat noch jeder in Erinnerung.

Kein Wunder, daß das Volk mit Friedensmusik und "menschlichen Erleichterungen" eingeschlafert werden soll.

Im Berlinabkommen wird die DDR-Ginze für Westberliner geöffnet. (Was wir von der Mauer halten, ein Zeichen des Verrats am Sozialismus, haben wir schon öfters dargelegt). 70000 waren an Pfingsten "drüben". Das zeigt, wie stark der Einheitswille noch in unserem Volk lebt. Auch wir Kommunisten kämpfen für die nationale Einheit Deutschlands, aber nicht für eine imperialistische Politik der "Wiedervereinigung", eine Politik der Bonner Anmaßungen, Drohungen, Subversions- und Annexionsmaßnahmen. Unsere Aufgabe ist es, die Massen wachzurütteln und in den Kampf gegen die Großmachts- und Revanchepläne des westdeutschen Imperialismus zu führen. Auch unsere Klassenbrüder in der DDR werden nicht tatenlos zusehen, wie die SED-Clique vor dem Komplott Bonn-Moskau auf dem Bauch kriecht und Stück für Stück die Staatliche Souveränität der DDR verkauft. Der deutschen Arbeiterklasse in Ost und West sind die Töne des kalten Krieges noch im Ohr. Das heutige Friedensgespräch darf uns nicht irreleiten, bald werden wieder andere Töne angeschlagen werden. Berlin war, ist und bleibt Frontstadt, gerade jetzt.

"Der Frieden wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen."
J.W. Stalin

Interview mit einem Korrespondenten der "Prawda", veröffentlicht am 17. 2. 1951

Der Kampf gegen den „linken“ Opportunismus

Während der 70er Jahre war der Einfluß des ultralinken Sektierertums in der Partei sehr stark, was die Verankerung in der Arbeiterklasse hemmte. In der Führung der Partei ersetzten Leute wie Gernot Schubert eine konkrete, an den Interessen der ArbeiterInnen und kleinen Angestellten orientierte Politik durch wortradikales „Verteidigen von Prinzipien“. Während die Arbeit von Parteimitgliedern in den Gewerkschaften weiterhin vielfach sabotiert wurde, wurde auf Demonstrationen die sicherlich ungeheuer vorantreibende Losung „Nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her“ gerufen.

Leisteten Genossinnen und Genossen im Betrieb mühsame und unscheinbare Kleinarbeit, so gerieten sie leicht in den Ruf, ReformistInnen zu sein: Was taten sie eigentlich „für die Revolution?“ Wurde ein Flugblatt geschrieben, so mußte der Autor bzw. die Autorin sehr darauf achten, daß auch ja alle „Grundsätze“ der Partei darin „verteidigt“ wurden: Fehlte etwa die ausdrückliche „Abgrenzung zum Revisionismus“ oder die „Verteidigung der gewaltsamen Revolution und der Diktatur des Proletariats“, so geriet man leicht in den Ruf, „RevisionistIn“ zu sein. Begünstigt wurden derartige Praktiken durch die maoistische Theorie vom angeblich ständigen und gesetzmäßigen „Kampf zweier Linien in der Partei“. In jeder Parteiorganisation vom ZK bis zur Zelle suchten die Sektierer gemäß dieser „Theorie“, wer denn nun Vertreter der „bürgerlichen Linie“ war.

Ernst Aust war klar, daß eine solche Ausrichtung die Partei vom Klassenkampf und von der Arbeiterklasse entfernen mußte. Er reiste von Ort zu Ort und versuchte, die Genossinnen und Genossen für eine andere Ausrichtung, für die Beteiligung am Klassenkampf, zu gewinnen. Doch ein großer Teil des zentralen Apparats arbeitete gegen seine Bemühungen. Schließlich gelang es, führende Vertreter des ultralinken Sektierertums aus der Partei zu entfernen. **Wichtig für die weitere Parteientwicklung war die Rede Propaganda- oder Kampfpartei? - Kampf dem ultralinken Sektierertum vom Juli 1978 (abgedruckt im Weg der Partei 1/79), die Ernst Aust auf dem Höhepunkt des Kampfes gegen das Sektierertum hielt.**

Er deckte in dieser Rede auf, daß die ultralinken Sektierer ebenso wie die rechten Opportunisten letztlich ihren Frieden mit dem Klassenfeind gemacht hatten, nur in anderer Form: Während erstere die Prinzipien offen über Bord warfen, verteidigten letztere sie scheinbar besonders radikal, verhinderten tatsächlich aber ihre Anwendung, verhinderten, daß auf Grundlage dieser Prinzipien wirkliche, konkrete Politik gemacht wurde.

Diejenigen, die sich damit nicht zufriedengaben, wurden ganz im Stile der Revisionisten als „bürgerliches Element“ oder gar als „Agent“ diffamiert. In seiner Rede sagte Genosse Ernst dazu: „Der Schaden ist gar nicht abzusehen, wieviele Genossen die Partei durch diese Politik der harten Schläge verloren hat. Wie viele Genossen ungerecht behandelt oder gar als Agenten abgestempelt wurden. (...) Ihr müßt euch vorstellen, wenn ein Genosse, der vielleicht einen Fehler gemacht hat, der aber ja nicht umsonst in die Partei eingetreten ist, der Opfer gebracht hat, gekämpft hat, nun plötzlich erfährt, daß man ihn für einen Agenten hält, mit dem seine Freunde nicht mehr sprechen.(...) Ist es nicht klar, daß wir aufhören würden, proletarische Revolutionäre zu sein, wenn wir in unserer Mitte Bürokratismus, Cliquenwirtschaft und Vetternwirtschaft, Herrschsucht, Karrierismus, Polizeimethoden usw. nicht schonungslos aufdecken?“

Ohne den Kampf, den Ernst Aust damals führte, wäre die KPD unzweifelhaft zu einer revisionistischen Partei vom Schlage der SED entartet.

Zu den Methoden der „linken“ Revisionisten, mit denen sie die Partei von der Arbeiterklasse trennen wollten, gehörte auch die schematische, formelhafte Auslegung der führenden Rolle der Partei. Ernst Aust sagte hierzu: „Ein weiterer sektiererischer Fehler kommt in der falschen, kleinbürgerlichen Vorstellung von der führenden Rolle der Partei zum Ausdruck. Man geht nicht davon aus, daß die politisch-ideologische Führung einer Bewegung oder einer Organisation bei der Partei liegen muß, sondern davon, daß die Partei nach außen hin auch ja mit Namen und Zeichen in Erscheinung tritt, im Vordergrund steht. Eine solche formale,

oberflächliche, von kleinbürgerlichem Geltungsbedürfnis geprägte Vorstellung von der führenden Rolle der Partei untergräbt in Wirklichkeit die politisch-ideologische Führung durch die Partei, weil sie die Partei immer wieder den parteilosen Massen gegenüberstellt, statt sich an ihre Spitze zu stellen, weil sie noch bestehende Widersprüche parteiloser Menschen zur Partei in den Vordergrund rückt, anstatt diese Menschen im gemeinsamen Kampf durch die richtige Führung dieses Kampfes zu überzeugen, sie mit Umsicht, Takt und Fingerspitzengefühl an die Partei heranzuführen.“

Dies betrifft unter anderem die Stellung der Partei zu Massenorganisationen wie auch die Arbeit jeder Genossin und jedes Genossen im Kreise ihrer ArbeitskollegInnen, FreundInnen, Bekannten, NachbarInnen. Da, wo die Kommunistin, der Kommunist lebt und arbeitet, da sind die besten Voraussetzungen, andere Menschen zu beeinflussen. Eine zeitweilige Konzentration der Kräfte der Partei für bestimmte Ziele hat ihren Platz, doch es ist verhängnisvoll, wenn ein Stil des Hetzens von Kampagne zu Kampagne es verhindert, daß die KommunistInnen in ihrem Umfeld als KommunistInnen wirken. Genau das aber war die Politik der "linken" Sektierer. Sie verbreiteten sogar die Ansicht, die Arbeit der KommunistInnen im persönlichen Umfeld sei „eigentlich keine Parteiarbeit“.

Genosse Ernst führte ein Beispiel dafür an, wozu das führte: „Eine Zelle will die Empörung der Menschen über einen furchtbar dreckigen und überhaupt unmöglichen Kinderspielplatz schüren. Was tut sie? Nach altbekannter Manier wird ein Artikel für eine Stadtteilzeitung der Partei geschrieben und in der Umgebung des Spielplatzes in die Briefkästen gesteckt. Und damit Ende! Dabei wohnen vier Genossen bei diesem Spielplatz, haben Kinder und auch schon Kontakt zu Nachbarn mit Kindern. Anstatt sich mit einem Brief, einem Rundschreiben an die Nachbarn zu wenden, um sie von Nachbar zu Nachbar zu gemeinsamer Initiative, zu gemeinsamer Aktion, zur Veränderung des Spielplatzes aufzurufen, verpufft die ganze Sache im Wind (...“

Entsprechendes gilt für die Arbeit im Betrieb. Natürlich haben kommunistische Flugblätter und Betriebszeitungen ihren Platz, doch von größtem Wert sind die Aktionen von KollegInnen selbst, Aktionen gegen den Klassengegner, für unmittelbare eigene Interessen, und sei es für das kleinste, geringste Ziel. Hier war es häufig so, daß Genossinnen und Genossen schon zusammen mit ihren KollegInnen kämpfen wollten, daß aber die Ziele, für die die KollegInnen zu kämpfen bereit waren, den Parteimitgliedern zu gering erschienen. Insoweit war ein gewisses Sektierertum Ausdruck von Ungeduld, eine Kinderkrankheit der Partei. Doch diese Art von Sektierertum war nicht das schlimmste. Weit schlimmer war dasjenige Sektierertum, das in systematischer Weise von der Parteiführung selbst ausging - gegen den Widerstand von Ernst Aust. Und der Hauptgrund hierfür lag nicht - wie Genosse Ernst annahm – „in der revisionistischen Org-Struktur der Zentrale“, wengleich diese Org-Struktur auch ihre Rolle gespielt haben wird.



Der Hauptgrund lag in einem Wesensmerkmal des Revisionismus: *„Ein Wesensmerkmal des Revisionismus, gleich welcher Prägung, ist ein funktionales Verhalten zu den werktätigen Massen, eine Haltung der Fremdbestimmung über sie, die Einstellung, sie als Manövriermasse zu betrachten. Sie sollen nicht anhand ihrer eigenen Erfahrungen durch die Partei zu Selbsttätigkeit im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts, im Sinne der Vergesellschaftung, (das bezieht sich*

unmittelbar auf den Sozialismus und gilt in Bezug auf den Kapitalismus entsprechend) erzogen werden, sondern sie sollen 'die richtigen Losungen der Partei aufgreifen', andernfalls sind sie reaktionär und müssen eben noch entsprechende Erfahrungen machen, um zu sehen, daß 'die Partei schon recht hat'.

Entsprechendes gilt innerhalb der Partei: **Der Revisionismus ist nicht bestrebt, möglichst alle Parteimitglieder in die Lage zu versetzen, aktiv an der Erörterung und Entscheidung aller Fragen der Parteilinie und Parteientwicklung teilzunehmen, sondern er degradiert die Parteimassen zu Befehlsempfängern der Führung.**

Eine Quelle derartiger revisionistischer Verhältnisse in einer Partei sowie im Verhältnis einer Partei zu parteilosen Menschen ist die Arbeitsteilung von Leitenden und Ausführenden innerhalb der kapitalistischen (und bis zu einem gewissen Grade auch sozialistischen) Gesellschaft. Diese Arbeitsteilung muß sich in der Partei bis zu einem gewissen Grade widerspiegeln, denn die Partei kann keine Insel innerhalb der Gesellschaft sein, die sich von den Verhältnissen der Gesellschaft kraft ihres Willens vollständig emanzipiert hat. Zugleich aber muß die Partei in ihren Reihen einer solchen Arbeitsteilung und ihren Auswirkungen bewußt entgegenwirken, denn sonst büßt sie ihren kommunistischen Keim ein. Derartige Zusammenhänge waren seinerzeit, als Ernst Aust das Sektierertum bekämpfte, theoretisch nicht hinreichend geklärt. Dennoch erkannte Genosse Ernst aufgrund seines ausgeprägten Klassen- und Parteistandpunkts die tödliche Gefahr, die vom Sektierertum ausging, und führte den Kampf entschieden. Notwendige Bedingung für den Sieg über das "linke" Sektierertum war auch, daß die Partei 1978 in der Lage war, mit den sogenannten Mao-tse-tung-Ideen abzurechnen, den Einfluß des Maoismus zurückzuweisen.



Die intellektuelle Linke

Die intellektuelle Linke fehlt die Geduld, die Ausdauer zu einer langwierigen organisatorischen Arbeit und sie stürzen sich sofort in Aktionen, sobald sie sich zu einer Gruppe zusammengeschart haben, zähle diese auch nur 20 Personen. Diese Links-Bewegung ist nicht imstande, eine starke Organisation zu bilden, auch wegen eines anderen objektiven und festen Grundes: sie vertritt nicht die Interessen einer beständigen Gesellschaftsklasse, sondern nur die Sorgen und die Desorientierung eines Teils der Schul- und Universitätsjugend, die nur eine kurze Lebensdauer innerhalb der Schulräume hat, daher sehr beweglich ist und in der Folge auch in der Organisation unbeständig ist.

Sie ist unfähig, eine richtige Klassenanalyse, eine richtige Analyse des Klassenkampfes, der Rolle der Klassen, vorzunehmen. Dies wegen der heterogenen Zusammensetzung, der Verwirrung und Unklarheit, die sie mit ihren Theorien sät, sowie wegen des Einflusses, den die verschiedensten bürgerlich-revisionistischen Ideologen ausüben. Schon wegen ihres Status als Studenten und Intellektuelle, die von der Arbeiterklasse und ihren Sorgen abgesondert sind, neigen sie zu vielen Sophismen und unnötigem Theoretisieren, ohne ihre Überlegungen mit dem Leben, mit der Praxis, mit

dem Kampf der Massen und in erster Linie mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden. Sie bemühen sich, ihre engen Sorgen von Schule und Universität, ihre Privaten Probleme in die Theorie des revolutionären Kampfes einzuschleusen.

Zwar meint man mit Worten, ohne die Verbindung mit der Arbeiterklasse sei ihre Bewegung zum Scheitern verurteilt, in der Praxis aber anerkennt die intellektuelle Linksbewegung im Allgemeinen nicht die führende Rolle der Arbeiterklasse an. Einmal offen, ein anderes Mal verhüllt haben sie sich in dieser Bewegung zusammen gefunden und verquicken die ultrarevisionistischen Theorien über die besondere Rolle der Intelligenz in der Revolution.

Die kleinbürgerliche Linke, die Intellektuellen und ihr Verhältnis zur Kommunistischen Partei

Durch den Verrat der modernen Revisionisten, der Verwandlung der alten KPD (dann als DKP) in eine revisionistische Partei, machte es erforderlich die Marxistisch-Leninistische Partei neu zu gründen. 1968 wurde diese Partei gegründet, die KPD/ML.

Intellektuelle beteiligten sich an den Klassenkämpfen. In die Neuentstandenen ML-Parteien strömten große Teile von ihnen. Die KPD/ML hatte in diesen Jahren einen großen Zulauf aus dieser rebellischen Jugendbewegung und musste auf ihre soziale Zusammensetzung achten, um den Charakter einer Arbeiterpartei nicht zu verlieren. In der Folge kam es auch in der KPD/ML immer wieder zu Auseinandersetzungen, die bis zu Abspaltungen führten. Gleichzeitig entstanden eine Vielzahl von Parteien die Anspruch auf eine ML-Partei stellten: KPD(AO), Kommunistischer Bund Westdeutschland, Kommunistischer Bund, um nur einige zu nennen. Ihrer sozialen Zusammensetzung nach kamen ihre Mitglieder überwiegend aus der Studentenschaft, der Intelligenz.

Nachdem sie vehement einen Anspruch auf die Führende KP in der BRD stellten, die KPD/ML mal offen, mal verdeckt angriffen, scheiterten ihre Konzepte nach einiger Zeit. Sie lösten sich auf und ein Großteil wechselte zu den Grünen. Ihre dortige Tätigkeit war auch gleichzeitig ihre Rückkehr in den Armen der Bourgeoisie. So machten ehemalige Funktionäre dieser so genannten Studenten KP's dann eine bürgerliche Karriere.

Eine Kommunistische Partei sollte danach streben, ihren proletarischen Charakter ständig zu verbessern, um das von Lenin angestrebte Verhältnis von 8 Arbeitern zu 2 Intellektuellen zu erreichen

Diese Frage ist wichtig, infolge des Verrats der modernen Revisionisten, da eine zeitweilige Schwäche der Arbeiterbewegung vorherrscht.

Gerade im Individualismus, in der Sektenlogik „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein“, liegt ein Hauptgrund der Zersplitterung der heutigen Arbeiterbewegung.

Anstatt, da man sich ja Kommunist, Marxist-Leninist nennt, bestehende Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Form mit dem Ziel der Einheit ausdiskutieren, sieht man in den Genossen der anderen Organisationen lediglich den Konkurrenten, den es unbedingt zu (zer)schlagen gilt. Wobei man in der Wahl der Kampfmittel bis hin zur offenen Verleumdung und Diffamierung nicht gerade zimperlich ist. Lenin charakterisierte die Intellektuellen, mit denen er ja nicht gerade wenige Erfahrungen hatte, so:

„ . . . Niemand wird zu leugnen wagen, daß die Intelligenz als besondere Schicht der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen gerade durch den Individualismus und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation gekennzeichnet ist; hierdurch unterscheidet sich diese Gesellschaftsschicht unter anderem ungünstig vom Proletariat; darin liegt eine der Erklärungen für die Schwächlichkeit und Wankelmütigkeit der Intelligenz, eine Eigenschaft, die das Proletariat so oft zu spüren bekommt ...“

In der Erklärung der Zentralen Parteikontrollkommission der KPD/ML – Roter Morgen, (Nr.8/ 1980) - wird ausführlich über den schädlichen Einfluss des Intellektualismus, des Opportunismus und der schwankenden Elemente in der Partei eingegangen:

„Da ist einmal die Gruppe der Ausgetretenen, die resignieren, die den Mut verloren haben oder die angesichts der zu erwartenden Verschärfung des Klassenkampfes ganz einfach zurückschrecken.“

(...) „Da ist zweitens die Gruppe von Opportunisten und Schwächlingen, die ihren Ausschluss bzw. Austritt damit zu rechtfertigen, zu begründen versuchen, dass sie der Partei ... Revisionismus und Rechtsopportunismus vorwerfen. (...) Bei der letzten Gruppe können wir von aktiven Parteifeinden

und Verrätern sprechen. Als sie noch der Partei angehörten, säten sie Misstrauen, verbreiteten bewusst resignative Stimmung und versuchten sich fraktionistisch zu betätigen, wobei sie teilweise mit außerhalb der Partei wirkende Agenten des Klassenfeindes in Verbindung standen ... Ihre Kritiken waren nie konstruktiv, sie waren immer gegen Personen gerichtet und hatten nicht die Verbesserung der Arbeit oder die Korrektur von Fehlern zum Ziel ... Dabei arbeiten sie mit den gleichen Mitteln der persönlichen Diffamierung, Fälschung, Verdrehung, Lüge und Verleumdung wie die übelsten Revisionisten, Trotzlisten und andere Agenten des Kapitals ... Im Verlauf der Diskussionen, Überprüfungen und Untersuchungen hat sich ergeben, dass die Ausgeschlossenen und Ausgetretenen fast ausschließlich – bis auf ganz seltene Ausnahmen – in kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen sind. Insofern erweisen sich die Worte des Genossen Stalin erneut als wahr: `Die Quelle der Fraktionsmacherei in der Partei sind ihre opportunistischen Elemente. Das Proletariat ist keine nach außen abgeschlossene Klasse. Es erhält ständigen Zustrom durch Elemente aus dem Kleinbürgertum und der Intelligenz, die durch die Entwicklung des Kapitalismus proletarisiert wurden.`“

Das hätte nichts Schlechtes sein müssen, wenn wir imstande gewesen wären, diese Menschen zu treu ergebenden Parteigenossen zu erziehen. Leider war die Partei hierzu – in erster Linie wegen der Fehler des linken Sektiererertums – nicht in der Lage (...) so genau müssen wir in grundsätzlichen Fragen eine feste kommunistische Haltung einnehmen ... die Einheit in unseren Reihen, sie entzieht den Feinden den Boden aller unwahren Behauptungen, aller Gerüchte, Verleumdungen und Intrigen, die diese gegen unsere Partei offen und geheim, direkt und indirekt spinnen. Wir haben bereits gesagt, dass die direkten Parteifeinde und auch aus der KPD/ML ausgeschlossene oder ausgetretene schwankende Menschen ihnen persönlich bekannte Parteigenossen, Freund der Partei oder sogar ihnen im Zusammenhang mit der Partei bekannt gewordene persönlich fremde Personen anschreiben, aufsuchen oder telefonisch ansprechen mit der Absicht, sie entweder zur fraktionellen Arbeit zu gewinnen, sie zu verunsichern oder um sich zu „rechtfertigen“, warum ihr Ausschluss zu unrecht erfolgt sei oder weshalb sie „austreten mussten“. Über das Lügengewebe, das sie sich zusammengezimmert haben, brauchen wir hier nicht zu sprechen. In fast allen Fällen aber hat sich erwiesen, dass die Genossen, die noch meinten, mit ihnen sachlich reden zu können, hinterher von diesen Leuten charakterlos in Klatsch, Gerede und Gerüchte verwickelt wurden.“



Auf Initiative der SDS-Funktionäre Semler, Neitzke, Horlemann gründete sich im Frühjahr 1970 in Westberlin die KPD (AO). 10 Jahre später - von inneren Krisen gebeutelt - beschloss sie auf dem III. Parteitag ihre Auflösung.

In den 70er und 80er Jahren kam es zu einer Vielzahl von Gründungen von Parteien, die den Anspruch vorgaben auf Antirevisionistischer Grundlage zu arbeiten. Diese Parteien wurden maßgeblich von Studenten und Intellektuelle getragen. Hatten diese in ihrer relativ kurzen Existenzzeit oft mehrere Tausend Mitglieder und konnten Zehntausende mobilisieren endeten sie regelmäßig als Tragödie mit ihrer Selbstauflösung. Gründungen in den 90er Jahre solcher Parteien waren bereits als Farce anzusehen. und hatten mehr mit Realsatire gemeinsam als mit einer Organisation. Dank der neuen technischen Möglichkeiten, wie Internet, war es möglich der Öffentlichkeit eine Partei vorzugaukeln. Auch wenn diese z.B. aus 1 oder 2 Personen nur bestanden. Über eine Homepage agierten diese neuen „Parteien“, die allesamt den Anspruch einer Partei erhoben die die Linie Ernst Aust vertreten.

„Noch nie hat eine derartige ideologische und moralische Verwirrung und Entartung existiert, wie wir sie in der gegenwärtigen Periode erleben. Noch nie hat es so viele Varianten bürgerlicher

Theorien gegeben, rechte, der Mitte und `linke`, gehüllt in alle möglichen Gewänder, weltliche und religiöse, klassische und moderne, offen antikommunistische und sogenannte kommunistische und marxistische. Noch nie hat man einen derartigen moralischen Verfall, eine so degenerierte Lebensweise, eine so grosse geistige Depression erlebt.“

(E. Hoxha, Imperialismus und Revolution, Tirana 1979, S. 179-180)

Der Kampf gegen „rechten“ Opportunismus und Trotzismus

Die Zurückweisung des ultralinken Sektierertums ermöglichte es, daß die Partei bei ihrer Verankerung in der Arbeiterklasse einige nicht unbedeutende Erfolge erzielte. Dies drückte sich insbesondere in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit aus, nicht zuletzt auch in den Erfolgen der von der Gewerkschaftsführung unabhängigen Listen bei Betriebsratswahlen, die von der KPD initiiert waren.

Trotz vieler Mängel sind die Erfolge dieser Periode und insbesondere auch der Arbeit der KPD in Betrieb und Gewerkschaft jedoch unbestreitbar.

Doch aufgrund solcher Erfolge gerieten Genossen, die an exponierter Stelle Betriebsarbeit leisteten, verstärkt unter den Beschuß der betrieblichen Sozialdemokratie und der Betriebsleitung. Dieser Druck war deshalb besonders stark, weil diese Genossen aufgrund der „linken“ Fehler allzu weit nach vorne geprescht waren, weil Rückendeckung durch die KollegInnen zwar vorhanden war, aber nicht in dem Maße, wie es bei einer richtigen Taktik der Fall gewesen wäre. So kam es, daß „linke“ Fehler sich in rechte verwandelten, daß ein Großteil dieser Genossen zunehmend dazu neigte, ihre Politik der betrieblichen Sozialdemokratie anzupassen, nach einem Arrangement mit dieser zu suchen. Derartige Neigungen können aufgefangen werden, wenn die Partei es versteht, solchen GenossInnen zu helfen, dem Druck standzuhalten.

Die von **Horst Dieter Koch** geleitete Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung beim ZK der KPD tat jedoch das Gegenteil: Sie bestärkte das Zurückweichen solcher Genossen, gab es als Fortsetzung des Kampfes gegen das Sektierertum aus und verdichtete es zu einer rechtsopportunistischen, letztlich sozialdemokratischen Linie, die nach und nach in der Partei durchgesetzt wurde. Diese Linie wurde zur Linie des ZK, an dessen Spitze nun nicht mehr Ernst Aust, sondern Horst Dieter Koch stand. Ernst Aust gehörte dem ZK zwar noch an, bekämpfte das Treiben der Leute um Koch aber erst sehr spät, als es fast schon zu spät war. Was waren die Gründe dafür?

Ernst Aust erwartete das Heranreifen einer revolutionären Krise in den 80er Jahren und befürchtete, daß die Partei aufgrund ihrer Schwäche nicht imstande sein würde, eine solche Krise entscheidend zu nutzen. Er hielt es daher für absolut notwendig, daß die Partei außerordentlich rasch wachsen müsse. Aufgrund dieses verständlichen, aber an den objektiven Umständen vorbeigehenden Wunsches erkannte er den opportunistischen, sozialdemokratischen Charakter der Orientierung der Koch und Konsorten erst sehr spät, hielt er deren Bemühungen lange für Taktiken, die erforderlich wären, um die Partei für viele Kräfte zu öffnen. Er selbst trat dafür ein, daß die KPD bei Bundestagswahlen zur Wahl der SPD aufrufen sollte. Dies tat er nicht etwa, weil er sich an die SPD anpassen wollte, sondern weil er den schlechten Zustand der Arbeiterbewegung, das Dominieren des Opportunismus und das Ausmaß dessen zersetzender Wirkung nicht richtig sah, weil er die Illusion hegte, eine solche Taktik könne dazu beitragen, relativ rasch zu einem revolutionären Aufschwung überzuleiten. Das aber lag völlig neben der Sache.

Stalin hatte sich zu den verschiedenen Etappen der Parteientwicklung geäußert und dabei die erste Etappe wie folgt charakterisiert: „Die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus gewinnen (das heißt Kader bilden, eine kommunistische Partei schaffen, Programm und Grundlagen der Taktik ausarbeiten). Propaganda als Grundform der Arbeit.“ „In dieser Periode ist die Partei als treibende Kraft schwach.“ „Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Sorgen der Partei steht in dieser Periode die Partei selbst, ihre Existenz, ihre Erhaltung. Die Partei wird in dieser Zeit als eine gewisse sich selbst genügende Kraft betrachtet.“ Derartige Stalin-Zitate waren von den ultralinken Sektierern verabsolutiert worden, um die Partei von der Beteiligung am Klassenkampf zu lösen und sie zu einer

reinen Propaganda-Partei zu machen, die der Arbeiterklasse „den richtigen Weg“ verkünden sollte, und zudem noch in möglichst abstrakter Form.

Einer solchen Verabsolutierung mußte unbedingt entgegengetreten werden. Unabhängig davon aber sind Stalins Feststellungen richtig. Die Partei muß zwar auch in ihrer ersten Entwicklungsstufe am Klassenkampf teilnehmen, sie muß überall da, wo sie dazu in der Lage ist, bestrebt sein, in diesem Kampf eine führende Rolle zu spielen. Doch hängt das Ausmaß, in dem letzteres möglich ist, nicht in erster Linie von der Partei selbst ab, sondern von den objektiven Umständen. Die objektiv gegebene Schwäche der Partei verhindert in dieser Periode meistens, daß die Partei eine führende Rolle in den realen Kämpfen spielen kann. Diese Schwäche kann nur überwunden werden, indem nach und nach die Bedingungen für eine höhere Etappe der Parteientwicklung heranreifen, und dies hängt einerseits von der Entwicklung der Klassenkräfte und andererseits von der inneren Logik der Parteientwicklung ab. In Westdeutschland hatten wir es mit Jahrzehnten der Vorherrschaft der Arbeiteraristokratie und des Opportunismus in der Arbeiterbewegung zu tun, waren die revolutionären Kräfte zu einer verschwindenden Minderheit herabgedrückt. Dies beruhte einerseits auf Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung des westdeutschen Imperialismus, andererseits auf dem abschreckenden Beispiel des vermeintlichen Sozialismus in der DDR. In einer solch schwierigen Situation ist die Aufgabe der bloßen Verteidigung der Existenz einer - wenn auch kleinen - marxistisch-leninistischen Partei schon schwierig genug, wirkt der Druck des Imperialismus und Opportunismus in Richtung auf vollständige Zerstörung einer solchen Partei und kann diesem Druck nur durch entschlossene Anstrengungen auf Grundlage größtmöglicher theoretischer Klarheit widerstanden werden.

Von existenzieller Bedeutung ist gerade in einer solchen Situation ein gründliches Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, das weder als Vermittlung von totem Wissen aufgefaßt werden darf, wie es die Sektierer getan hatten, noch als oberflächliche „praktische Ratschläge“, wodurch die Rechtsopportunisten die marxistisch-leninistische Theorie ersetzen wollten. Vielmehr müssen in der Schulung möglichst allen GenossInnen die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus vermittelt werden, wobei besonderes Augenmerk auf Weltanschauung und Methode zu legen ist, die sie zu eigenständigem Studium und revolutionärem Handeln befähigt. Doch die Rechtsopportunisten in der Parteiführung liquidierten die Schulung völlig; dies war eines der Manöver, mit denen sie die Partei für den liquidatorischen Angriff sturmreif machten. Ferner ist es gerade in einer solchen Situation von existenzieller Bedeutung, daß die Partei einen scharfen und unversöhnlichen Kampf gegen möglichst alle Schattierungen des Opportunismus führt, doch die Rechtsopportunisten schwächten diesen Kampf immer mehr ab, spekulierten öffentlich über Vereinigungsprojekte mit dieser oder jener opportunistischen Strömung usw.

„Einer der Gründe, weshalb die einstmals kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern sich in revisionistische Parteien verwandelten, liegt gerade darin, dass sie das Studium und die Aneignung des Marxismus-Leninismus völlig vernachlässigt hatten. Die marxistisch-leninistische Lehre wurde nur als Politur benutzt, sie hatte sich in eine hohle Phrase, in ein Schlagwort verwandelt, sie war nicht tief in das Bewusstsein der Parteimitglieder eingedrungen, war ihnen nicht in Fleisch und Blut übergegangen, sie war nicht Waffe zur Tat geworden. Wenn eine geringe Arbeit zum Studium des Marxismus-Leninismus geleistet wurde, so hatte diese nur das Ziel, das Parteimitglied mit einigen trockenen Formeln bekannt zu machen, nur soweit, dass es sich Kommunist nannte, dass es den Kommunismus auf sentimentale Weise liebte, doch wie und auf welche Weise es dorthin gelangen würde, davon hatte es keine Ahnung, denn das hatte man ihm nicht beigebracht.

Die Führer dieser Parteien, die ausser Worten nichts auf Lager hatten, lebten in einem bürgerlichen Milieu und infizierten das Proletariat ihrer Länder mit liberalen und reformistischen Ideen.

So ist die Wendung der revisionistischen Parteien hin zur Bourgeoisie eine von ihren sozialdemokratischen Führern, von der Arbeiteraristokratie, die diese sogenannten kommunistischen Parteien führte, seit geraumer Zeit vorbereitete sozialdemokratische, opportunistische Evolution.

Diese negative Erfahrung müssen sich die marxistisch-leninistischen Parteien unbedingt vor Augen halten, um daraus die Lehre zu ziehen, das Studium und die Aneignung des Marxismus-

Leninismus auf soliden Grundlagen und stets in enger Verbindung mit dem revolutionären Handeln zu organisieren.“

Enver Hoxha, Imperialismus und Revolution
Tirana 1979, S. 283 - 285

Die Erfolge der Partei täuschten aber über Misserfolge hinweg. Wir nennen hier nur das Stalin-Aufgebot. Es wurde über einen längeren Zeitraum durchgeführt und hatte das Ziel, die Partei weiter in den Massen zu verankern und Menschen an die Partei heranzuführen. Als besonders erfolgreich wurde hier die Ortsgruppe des Kreises Recklinghausen den übrigen Genossinnen und Genossen vorgestellt. Ein mehrseitiger Bericht in ROTER MORGEN berichtete über diese vorbildliche Ortsgruppe: sie hatte ihre Mitgliederzahl während des Stalin-Aufgebots vervielfacht. Doch die Frucht war faul. Die OG Recklinghausen war jahrelang sehr schludrig mit Sympathisanten, mit Kandidaten und mit RG-Mitgliedern umgegangen; sie wurden nun flugs in die Partei aufgenommen und das „Plansoll“ des Stalin-Aufgebots war bei weitem übererfüllt. Ein tolles Vorbild - in Wirklichkeit war kein einziger Mensch im Kreis Recklinghausen der Partei näher gebracht worden.

Entgegen der Annahme von Ernst Aust reifte in den 80er Jahren keine revolutionäre Krise heran, doch selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte die Partei nicht allein kraft ihres Willens in kurzer Zeit so erstarken können, daß sie die Revolution zum Sieg hätte führen können. Will man dies um jeden Preis mit der Brechstange erreichen, so führt dies nicht zu einem Erstarken der Partei, sondern zu einer Aufweichung von Politik und Weltanschauung der Partei - im Bestreben nämlich, die Reihen der Partei für möglichst viele Kräfte zu öffnen.

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen „linke“ Fehler im Zusammenhang mit der RGO-Politik setzten Koch und Konsorten eine radikale Veränderung der Politik bei den Betriebsratswahlen durch: Die Kandidatur von Listen, die gegenüber der Gewerkschaftsführung unabhängig waren, sollte nun generell unterbleiben.

Dies war bereits ein wesentliches Zugeständnis gegenüber der betrieblichen Sozialdemokratie. Ihm folgten weitere opportunistische Manöver in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, aber auch in anderen Bereichen. Parteiintern wurde das Zellen-Prinzip liquidiert: Es sollte also möglich sein, Mitglied der Partei zu werden, ohne daß eine Grundorganisation kontrollierte, ob man wirklich für die Partei arbeitet. Schließlich wurde geleugnet, daß der Sozialismus nur aufgebaut und entwickelt werden kann, wenn die Arbeiterklasse mittels ihrer kommunistischen Partei die führende Rolle ausübt. Als innerhalb der KPD Kräfte auftraten, die offen für die Auflösung der Partei warben, lehnte das ZK es ab, diese Kräfte auszuschließen. Das Koch-ZK selbst trat zwar nicht für formale Auflösung ein, wohl aber für die Vereinigung mit der trotzkistischen GIM, die letztlich auch vollzogen wurde. Die Frage einer solchen Vereinigung konnte aber überhaupt nur auf der Grundlage aufgeworfen werden, daß die Partei ihren marxistisch-leninistischen Charakter eingebüßt hatte und auf links-sozialdemokratische Positionen übergegangen war.

Da die Partei durch die jahrelangen Bestrebungen der Opportunisten im ZK bereits in hohem Maße geschwächt und ideologisch zersetzt war, waren es nur sehr wenige, die für die Fortführung der Partei auf marxistisch-leninistischen Positionen kämpften. Ernst Aust schloß sich den Kräften an, die den unversöhnlichen Bruch mit dem Koch-ZK vollzogen und - zunächst innerhalb der bestehenden, von den Koch-Leuten kontrollierten Partei - für die Formierung der Marxisten-Leninisten eintraten. Sobald er sich dazu entschlossen hatte, führte er den Kampf mit allen Kräften. Noch wenige Tage vor seinem Tode trat er z.B. auf einer Veranstaltung in Frankfurt/Main auf, die die Marxisten-Leninisten in der KPD zum Kampf gegen das opportunistische ZK organisiert hatten. Ernst bezog dort klar Stellung, entlarvte den Verrat des ZK und die Lügen des anwesenden Vertreters des Politbüros. Damit zeigte er vielen Genossen, daß die Existenz der Partei in dieser Situation nur im schonungslosen Kampf gegen das opportunistische ZK verteidigt werden konnte. Diese Veranstaltung und das Auftreten des Genossen Ernst hatten ganz entscheidenden Anteil daran, daß kurz darauf die opportunistische Landesleitung in Hessen abgewählt und durch eine marxistisch-leninistische Landesleitung ersetzt wurde, was für die Marxisten-Leninisten in der KPD eine große Ermutigung in ihrem Kampf war. Leider verstarb Genosse Ernst Aust inmitten dieses Kampfes, am 25. August 1985.

Knapp einen Monat danach führten die KommunistInnen in der KPD in Frankfurt am Main eine Konferenz durch, auf der sie den organisatorischen Bruch mit dem Koch-ZK und dessen Anhängern beschlossen, noch bevor diese Opportunisten die Vereinigung mit der trotzkistischen GIM vollzogen hatten. Die KPD existierte weiter, wenn auch zahlenmäßig stark geschwächt. In der Folgezeit konnte sie langsam wieder wachsen, diese und jene Lücken schließen, diese und jene Mängel korrigieren. Der Zusammenbruch der revisionistischen Länder und des ehemals sozialistischen Albanien führte dazu, daß die revisionistischen und opportunistischen Organisation in eine tiefe Krise gerieten, die KPD hingegen konnte sich auch in dieser Situation weiter stärken, zwar nicht schlagartig, aber stetig. Im Gegensatz zu den Revisionisten und Opportunisten verstand sie, daß diese Entwicklungen nicht mit Phrasen „erklärt“ werden können, sondern daß eine tiefgehende wissenschaftliche Analyse der Erfahrungen des Sozialismus und seiner Entartung erforderlich ist. Sie erzielte dabei gewisse Resultate und arbeitet weiter an den betreffenden Analysen.

Der letztlich entscheidende Grund dafür, daß die KPD/ML - KPD in den vergangenen 40 Jahren zu keiner politisch einflußreichen Kraft wurde, liegen in besonderen Bedingungen der Entwicklung des deutschen Imperialismus, der in der Lage war, durch diese und jene Brotsamen die Arbeiteraristokratie zu pöppeln und in der Arbeiterklasse den Geist der Konkurrenz sowie der Anpassung an die Interessen der Bourgeoisie zu züchten. Die materiellen Bedingungen, die das bislang nahezu uneingeschränkte Dominieren des Opportunismus in der Arbeiterklasse bewirkt haben, beginnen allerdings, sich zu verändern. In welchem Tempo diese Entwicklung voranschreiten wird, läßt sich nicht voraussagen. Heute besteht jedenfalls die höchst widersprüchliche Situation, daß die Fäulnis des Kapitalismus ein vorher nie dagewesenes Ausmaß erreicht hat, die Widersprüche eine nie dagewesene Zuspitzung, daß aber zugleich die bewußten revolutionären Kräfte außerordentlich schwach sind, daß die Bereitschaft, KommunistIn zu werden, heute sogar noch geringer ist als etwa in den 70er Jahren.

Doch letzteres wird nicht auf Dauer so bleiben. Die Änderung der objektiven Lage führt auch zur Suche nach einem Ausweg, allerdings nicht mechanisch. Ist das Konkurrenzdenken innerhalb der Klasse und auch innerhalb von unteren Schichten der Klasse stark, so kann es bei Verschärfung der Krise vorübergehend noch stärker werden: Man sucht die Lösung im Kampf gegen „die Ausländer“ die „uns“ angeblich die Arbeitsplätze wegnehmen, gegen „die Sozialschmarotzer“, die „uns“ angeblich auf der Tasche liegen usw. Zugleich aber wachsen die Bedingungen, unter denen Klassenbewußtsein entstehen kann, das Bewußtsein von der Notwendigkeit, gemeinsam - als Klasse - gegen das Kapital zu kämpfen, um nicht unter die Räder zu kommen.

Es gilt, jeden - auch noch so kleinen - Schritt in diese Richtung aufzugreifen und mit den KollegInnen gemeinsam zu kämpfen. Es gilt, entsprechend den sich allmählich verbessernden objektiven Bedingungen Mittel und Wege zu finden, um ArbeiterInnen und kleinen Angestellten die Notwendigkeit und Möglichkeit des revolutionären Auswegs aus der krisenhaften Entwicklung zu zeigen. Die materielle Basis des Opportunismus und der Arbeiteraristokratie ist sicher noch sehr stark. Der Kapitalexpert verstärkt die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland, senkt den Lohnstandard der arbeitenden Menschen und engt damit den inneren Markt ein. Die Monopole sind bestrebt, das Lohnniveau in Richtung geringer entwickelter -z.B. osteuropäischer - kapitalistischer Länder zu drücken, und die Arbeiterklasse ist in wachsendem Maße gezwungen, sich zur Wehr zu setzen.

Es gilt, aufmerksam jede Entwicklung zu beobachten, die dazu genutzt werden kann, Breschen in die Mauer des Imperialismus und Opportunismus zu schlagen. Es gilt, aufmerksam zu untersuchen, welche Teile der Arbeiterklasse am ehesten für eine andauernde und zähe revolutionäre Arbeit gewonnen werden können und wie auf die anderen Teile politisch gewirkt werden kann, um sie nach und nach der geistigen Vorherrschaft des Imperialismus und Opportunismus zu entziehen. Ganz besonderes Augenmerk muß der Arbeiterjugend gelten. Hier ist die Bereitschaft am größten, mit überkommenen Formen und Schemata zu brechen, deren Inhalt die opportunistische Anpassung an die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie ist, doch es gilt, auch mit dem Inhalt dieser Formen zu

brechen, und die Jugend wird keine sozialistische Perspektive finden, wenn sie ihr nicht gezeigt wird. Hier ist die Tätigkeit der KommunistInnen in besonderem Maße gefordert.

Es gab in den vergangenen Jahrzehnten objektive Bedingungen dafür, daß die sozialistische Bewegung keine reale politische Kraft sein konnte, doch diese Bedingungen beginnen sich zu verändern. In dieser Situation ist besonders wichtig, daß die Kommunistinnen und Kommunisten entsprechend ihren Möglichkeiten an den sich entwickelnden Kämpfen der Arbeiterklasse teilnehmen und bestrebt sind, diesen Kämpfen eine Orientierung zu geben, die die Entwicklung von Klassenbewußtsein maximal fördert. Darüber hinaus ist eine möglichst einfache und allgemeinverständliche sozialistische Propaganda von großer Bedeutung, eine Propaganda, die in einfachster und überzeugendster Weise aus den Tagesproblemen der Klasse und den unlösbaren Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft die Notwendigkeit herleitet, daß die arbeitenden Menschen selbst über den gesellschaftlichen Reichtum verfügen müssen, den sie geschaffen haben.

Von maximaler Einfachheit muß diese Propaganda deshalb sein, weil es gilt, vor allem die unteren Schichten des Proletariats anzusprechen, die aber seitens der Bourgeoisie von einer dem Stand der Produktivkräfte entsprechenden Bildung ferngehalten wurden und werden und denen seitens der schwachen kommunistischen Kräfte in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls kaum Bildungselemente zugeführt werden konnten. Sozialistisch muß diese Propaganda sein, weil die Propagierung der sozialistischen Ziele und Aufgaben des Proletariats eine elementare Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeiterklasse auf Grundlage ihrer Klasseninteressen wieder in die politische Arena treten kann. Zumindest in einem nennenswerten Teil der Klasse muß sich wieder eine sozialistische Grundorientierung herausbilden. Dies ist eine Voraussetzung dafür, daß die Fortgeschrittensten der Klasse sich zur politischen Partei formieren können. Besondere Bedeutung hat das Gespräch mit kämpferischen, fortschrittlichen Menschen, die es von der Sache des Sozialismus zu überzeugen gilt.

Um zu erstarken und schließlich zu siegen, braucht die Arbeiterbewegung eine revolutionäre Orientierung, braucht sie eine Partei, die den wissenschaftlichen Sozialismus auf die konkreten Probleme des Klassenkampfes anzuwenden versteht. Die kommunistische Partei ist die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung. Der Aufbau der Kommunistischen Partei bedeutet heute vor allem die Arbeit an der Schaffung einer derartigen stabilen Verbindung. Diese Aufgabe ist nicht einfach, aber sie ist der nächste Schritt, der bewältigt werden muß. Zugleich muß bereits sorgfältig beobachtet werden, welche Risse zwischen anderen Schichten der Bevölkerung und dem Finanzkapital sich entwickeln, wie diese Risse vertieft werden können. Besteht erst eine starke revolutionäre Arbeiterpartei, so werden sich die Möglichkeiten, vorerst noch schwankende Menschen bzw. Schichten der Bevölkerung für den Kampf gegen den Imperialismus zu gewinnen, bedeutend verstärken.

Der Imperialismus ist faul und angeschlagen, aber er kann die Menschheit mit sich in den Abgrund reißen, wenn er nicht zerschlagen wird. Doch er wird zerschlagen werden, wenn die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt, wenn die Kommunistinnen und Kommunisten auf der Höhe der Zeit stehen und der Arbeiterklasse die hierzu erforderliche Orientierung geben.



Radio Tirana: Sendete die Wahrheit über den revisionistischen Verrat über den Äther ...
Die Revis setzten Störsender ein.

„Kämpft weiter!“

Am Samstag, dem 31. 8. 85, fand in Müden/Aller die Trauerfeier zu Ehren des langjährigen Vorsitzenden der KPD, Genossen Ernst Aust statt. Ernst war am 25. 8. unerwartet an Herzversagen gestorben.

Verwandte des Verstorbenen, Genossinnen und Genossen unserer Partei und befreundeter revolutionärer Organisationen wie der Kommunistischen Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten, des BWK, der FAU, der KG (NHT), auffallend viele Mitstreiter von Ernst und der Partei aus früheren Jahren hatten sich zur Trauerfeier versammelt. Die Kommunistische Partei Schwedens, die GIM und die FAU (Anarchisten) sandten Trauerschreiben an das ZK unserer Partei. Ein Trauerzug mit etlichen Parteifahren zog vom Wohnhaus von Ernst zur Friedhofskapelle des Dorfes, in der Ernst aufgebahrt war. Die Friedhofskapelle war mit



Danksagung

Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur ein einziges Mal gegeben. Und benutzen soll er es so, daß er sterbend sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft, habe ich dem Herrlichsten in der Welt, dem Kampf für die Befreiung der Menschheit gewidmet. Das war

Ernst Aust

In einem persönlichen Abschiedsbrief schreibt mir Genosse Ernst unter anderem: „An und für sich möchte ich ja gerade noch nicht sterben. Doch wenn es passiert: ich hoffe, daß ich meinen Beitrag zur Befreiung der Arbeiterklasse, der Menschheit beigetragen habe.“

Waltraud Aust

RM, 36/85

Der Staat, die Wirtschaft, die ganze Gesellschaft stehen unter der Herrschaft der großen Konzerne. Dieses System nennt man Kapitalismus! Auch eine neue Regierung kann die Risse im Gebälk dieses Systems nur mühsam übertünchen. Angesichts verschärfter internationaler Konkurrenz hat das Kapital nichts mehr zu verschenken, schon gar nicht an die Arbeiterklasse.

Für die arbeitenden Menschen kann es nur einen Weg geben:
Selbst für ihre eigenen Interessen eintreten!

Auf das Kapital braucht man keine Rücksicht zu nehmen oder schon im Voraus mögliche Kompromisse anpeilen. Das Kapital denkt an sich selbst genug.

Es gibt ja heute Leute, die sagen, der Sozialismus sei gescheitert, weil das Kapital so wild gegen ihn gekämpft habe. Klar! Das Kapital hat gegen den Sozialismus gekämpft. Wen überrascht das? Das wird doch immer so sein! Oder glaubt irgendjemand, daß das Kapital beim nächsten Anlauf zum Sozialismus brav zuschaut und uns einfach machen läßt? Wenn man also meint, daß der Kampf des Kapitals gegen den Sozialismus die Ursache seines Scheiterns war, dann kann es mit dem Sozialismus nie etwas werden.

Dann muß man resigniert zuhause bleiben und traurig im Sessel hocken und denken: .Schade, das war ein schöner Traum, den Karl Marx da vom Sozialismus geträumt hat. Aber wenn das Kapital dagegen kämpft, dann kann man halt nichts machen. Der Kampf des Kapitals gegen den Sozialismus kann nicht die Ursache des Scheiterns des Sozialismus sein. Die Frage ist doch, wie wir selber dazu stehen. Ob es Illusionen, ob es Abweichungen oder gar eine entartete Führung gibt.

Eine von den Menschen isolierte und entartete Führung zerstörte die Grundlagen des Sozialismus, verwehrte den arbeitenden Menschen jeden Einfluß auf die Staatsgeschäfte. Zunehmend verfälschten diese Führer den Marxismus-Leninismus. Sie verbreiteten Illusionen von .friedlicher Koexistenz. mit dem Kapital, vom friedlichen Übergang zum Sozialismus.. Sie machten immer mehr Geschäfte mit dem Kapital, bis sie sich schließlich selbst am Strick der Kredite, den sie sich um den Hals gelegt hatten, erstickten. Und das Kapital hat, als es endlich soweit war, den Strick gnadenlos zugezogen - das zum Traum der friedlichen Koexistenz. Es ist klar, daß man mit dem Kapitalismus, solange er auf der Erde existiert, zusammenleben, koexistieren muß als sozialistisches Land. Es ist klar, daß ein sozialistisches Land für den Frieden, gegen den Krieg kämpft. Aber es ist ein Verbrechen, Illusionen in den Charakter des Kapitalismus und Imperialismus zu haben. Bezahlt haben diese Illusionen, diese Verfälschungen des Marxismus-Leninismus die arbeitenden Menschen.

Durch diesen Entartungsprozeß stagnierte das System, es wurde morsch und hatte am Ende keinen Rückhalt mehr im Volk, so daß es schließlich zusammenbrach. Dabei muß unterstrichen werden, daß die entarteten revisionistischen Führer, das, was das Volk mühselig erarbeitet hatte, brav in die Hände des westdeutschen Imperialismus legten. Erinnern wir uns, daß ein Hans Modrow selbst die Treuhand geschaffen hat, um das Volkseigentum zu privatisieren.

Marktwirtschaft ist aber Kapitalismus, bedeutet daß die Arbeitskraft des Menschen eine Ware ist. Kapitalismus heißt Ausbeutung und Massenarbeitslosigkeit. Daß das westdeutsche Kapital dieses von der Modrow- Regierung geschaffene Instrument wiederum gnadenlos benutzt hat, liegt in der Logik des Systems. Wenn später ein Modrow gegen die Folgen dieser seiner Politik wettet, dann ist das unehrlich. Wir als Kommunisten schätzen die Errungenschaften des Sozialismus in der DDR.

Aber wir werden niemals unseren Frieden mit den Leuten schließen, die den Sozialismus zerstört haben, egal aus welchen Gründen sie das getan haben, ob aus Illusionen oder sonst was oder gar aus Absicht heraus. Das ist für uns nicht wichtig. Wichtig ist für uns, daß sie das Werk zerstört haben, an dem Millionen Menschen mitgearbeitet haben.

Im Prozess der Neugründung der KPD (nach 1985) entwickelten sich ideologische Probleme. Eine Reihe von weiteren Neugründungen war die Folge. In diesen arbeiteten teils ehrliche KommunistInnen, aber auch Opportunisten und Sektierer. Letztere stellten ihre Person über alles, hatten spießbürgerlich-intellektuelle Vorstellungen über den Sozialismus/Kommunismus.

Unserer Meinung nach waren alle Auseinandersetzungen notwendig, doch sie wurden nicht immer richtig geführt - einige zu scharf, so dass es zu unnötigen Trennungen kam; andere nicht scharf genug, so dass Feinde der Arbeiterklasse nicht rechtzeitig entfernt wurden. Von diesen Fehlern nehmen wir uns nicht aus.

Erst in den letzten Jahren kam es zu gemeinsamen Aktionen und Diskussionen von Marxisten-Leninisten aus verschiedenen Organisationen. Diese positive Entwicklung wird auch von der KPD/ML gefördert und unterstützt, damit in Zukunft eine geeinte Kommunistische Partei entsteht, die ihre Aufgaben gerecht wird.

Aber die geistigen und materiellen Waffen, die die KPD/ML – KPD in 40 Jahren herstellte, sind da, und da ist die Lehre, neue herzustellen.



9. Januar 1999: Über 200 Kolleginnen und Kollegen waren nach Magdeburg gekommen, um des 80. Jahrestages der KPD und des 30. Jahrestages ihrer Neugründung durch Genossen Ernst Aust zu gedenken. Gäste aus mehreren Antirevisionistischen Parteien waren anwesend.



Nach dem Beitritt der DDR und dem Zusammenbruch des letzten sozialistischen Staates – Albanien – fand innerhalb der Marxistisch-Leninistischen Bewegung eine intensive Diskussion statt. Die wichtigsten Resultate wurden in den Büchern „Wann und Warum der Sozialismus scheiterte“ und „Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus“ veröffentlicht. (Beide: Zeitungsverlag Roter Morgen)

KPD/ML: 39034 Magdeburg – PSF: 351102

**Spenden: GEWISO
K-Nr. 613145200 bei Commerzbank BLZ 360 400 39**